Der Einfluß der ländlichen Siedlung auf den Arbeitsmarkt

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde
genehmigt
von der Philosophischen Fakultät der
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Hans Haehling v. Lanzenauer
aus Sigmaringen.

Tag der mündlichen Prüfung: 22. 7. 33.
Tag der Promotion: 13. 7. 34.

1934

Dissertationsdruckerei und Verlag Konrad Triltsch, Würzburg

418

Referent:
Prof. Dr. Constantin v. Dietze.
Prof. Dr. Ludwig Bernhard.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsangabe.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550810_0178

Der Einfluß der ländlichen Siedlung auf den Arbeitsmarkt.

I. Die volkswirtschaftlichen Ziele der Siedlung.

1. Die bevölkerungs- und sozialpolitische Aufgabe.

In weiten Kreisen unseres Volkes ist heute die Ansicht verbreitet, die Siedlung sei das Allheilmittel gegen die schon Jahre andauernde gewaltige Erwerbslosigkeit. Die vorstädtische Randsiedlung und die Kurzarbeitersiedlung sollen und können nicht dazu berufen sein, der Erwerbslosigkeit zu steuern; so scheint nur die ländliche Siedlung dafür in Frage zu kommen. Dieser Ansicht, die ländliche Siedlung sei das Mittel gegen die Erwerbslosigkeit, muß scharf entgegengetreten werden. Zu leicht kann ein Rückschlag in der siedlungsfreundlichen Stimmung des Volkes eintreten, wenn die ländliche Siedlung nicht das hält, war sie zu versprechen scheint. Dadurch aber wird die Gefahr in greifbare Nähe gerückt, daß die so unendlich wichtige und bedeutungsvolle innere Kolonisation lahmgelegt wird. Man darf nicht die Auffassung haben, die Siedlung sei das Mittel gegen die Erwerbslosigkeit, sie kann vielmehr nur als ein Mittel des Kampfes gegen sie in Betracht kommen. Die Aufgabe der nachfolgenden Ausführungen soll es sein, so weit es möglich ist, zu umreißen, in welchem Maße die ländliche Siedlung berufen sein kann, auf den Arbeitsmarkt einzuwirken, und vor allen Dingen, wie weit sie ihn schon entlastet hat.

Innere Kolonisation hat es schon vor dem Weltkriege gegeben; sie wurde damals zum Unterschied von heute aus rein nationalpolitischen Gründen betrieben. Es galt, den deutschen Einfluß in den Ostprovinzen zu stärken und gegen die Flut des Slaventums einen Damm aufzurichten. Auch heute spielen nationalpolitische Gesichtspunkte mit; hinzugetreten ist eine Reihe anderer Gründe, insbesondere solche, die die ländliche Siedlung zum Träger sozialer und wirtschaftlicher Ziele machen. Geheimrat Professor Dr. Sering, der Vater des Reichssiedlungsgesetzes (RSG) vom 11. August 1919, hat sich ausführlich in seinen Erläuterungen zu diesem Gesetz, die die Stelle der amtlichen Begründung vertreten [1]), über die heute maßgeblichen Ziele für die ländliche Siedlung ausgesprochen.

---

[1]) Erläuterungen zum Entwurf eines Reichsgesetzes zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland. Bei Ponfick-Wenzel: Reichssiedlungsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen. Kommentar Berlin 1930, S. 50 ff. Die Erläuterungen vertreten die Stelle der amtlichen Begründung.

Nach diesen Erläuterungen sind es drei Zwecke, die mit dem Gesetz verfolgt werden sollen:

1. handelt es sich um die bevölkerungspolitische Aufgabe der Dezentralisation und der Schaffung von Erwerbsgelegenheit auf dem Lande. Mit der veränderten Verteilung der Bevölkerung aber muß sich
2. der Aufbau einer sozialen Verfassung verknüpfen, welche dem Freiheitsideal unserer Bevölkerung entspricht und
3. muß diese soziale Verfassung den Anforderungen höchster Produktivität Genüge leisten. Es gilt, dem deutschen Boden mit vollendeter Technik Erträge abzugewinnen, die unserem Volke Nahrung und gewisse Rohstoffe zu mäßigen Kosten liefern, und der Industriebevölkerung im Austausch mit dem dichtgesiedelten und wohlhabenden Landvolk zu einem großen Teil Ersatz für die draußen verlorengehenden Absatzgebiete, Nahrungs- und Rohstoffquellen zu gewähren [2]).

Die bevölkerungspolitische Aufgabe der Siedlung liegt für jeden auf der Hand, der weiß, daß seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Zusammenballung in den Großstädten immer stärker geworden war.

Hand in Hand mit der Verschiebung zur städtischen Bevölkerung hin mußte auch eine solche der in der Landwirtschaft tätigen Personen gehen. Die Statistik beweist, in welch starkem Ausmaße das deutsche Reich von der Industrialisierung ergriffen worden ist.

Diese Entwicklung, die von einer außerordentlich starken Abwanderung vom Lande in der Richtung von Ost nach West begleitet war, mußte es mit sich bringen, daß der Durchschnitt der auf den qkm entfallenden Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen starke Unterschiede aufwies. Naturgemäß fand sich in der Folge die dichteste Bevölkerung in den am stärksten industrialisierten Teilen, wie im Freistaate Sachsen und den westlichen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Wenn man hört, daß unsere östlichen Provinzen eine Bevölkerungsdichte aufweisen, die weit unter der Hälfte des Reichsdurchschnittes liegt, wird man ermessen können, daß dort noch nicht vollständig aufgeschlossenes deutsches Land vorhanden ist. 1925 betrug der Reichsdurchschnitt 133 Menschen je qkm [3]).

Während sich im Westen ein Volk ohne Raum drängt, auf engster Fläche zusammengeballt, sehen wir im Osten einen Raum, der imstande ist, vielen deutschen Menschen mehr ihren Unterhalt zu gewähren.

Es bleibt die Erkenntnis, daß genug Land für die Ansetzung neuer Menschen vorhanden ist; mögen die Meinungen auch darüber auseinandergehen, wieviel Hektar Land uns zur Ansiedlung zur Verfügung stehen. Entscheidend bleibt, daß der Osten, besonders bei der Notlage der ostdeutschen Großbetriebe, neue deutsche Menschen aufzunehmen vermag. Vorläufig liegt der Vollstreckungsschutz noch als Riegel vor den Bestrebungen, die Ansetzung von Siedlern in großem Ausmaß vorzunehmen. Er wird eines Tages beseitigt werden müssen. Aber nicht alles Land, das dann auf den Markt kommt, wird für die Siedlung brauchbar sein. Viel zuviel ist in den letzten Jahren

---

[2]) a. a. O. S. 51.

devastiert worden, da die nötigen Mittel zu seinem Erhalt fehlten; manches auch ist wegen seiner Bodenbeschaffenheit nicht zu gebrauchen. Für den Siedler ist die Bonität des Bodens von entscheidender Bedeutung. Ein Boden, auf dem Siedlungen nicht lebensfähig sind, wird anderen Zwecken, etwa der Aufforstung, zugeführt werden müssen. Solange aber gutes Kulturland zu nicht zu hohen Preisen zur Verfügung steht, d. h. zu Preisen, die eine Besiedlung nicht lebensunfähig machen, hat es keinen Sinn, teuere Ödlandkultivierungen vorzunehmen.

Unter bestimmten Voraussetzungen kommt die Ödlandkultivierung für den Arbeitsdienst, wie überhaupt zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung, in Frage.

Gegen die geringe Bevölkerung des deutschen Ostens kann mit Erfolg nur ein Mittel angewandt werden: Die Schaffung eines bodenständigen Bauerntums, das gesund und stolz auf eigener Scholle sitzt. Es gilt, die Wanderungsbewegung von Ost nach West zum Einhalt zu bringen und dem Osten zunächst diese wertvollen Volkskräfte zu erhalten, die bisher in den industriellen Westen oder nach Berlin abwanderten. Das muß gelingen, und in diesem Erfolg wird ein gut Teil der Gesundung der Ostprovinzen liegen. Die Erhaltung dieser Kräfte, die mit Land und Leuten vertraut sind, muß wertvoller erscheinen, als erst abwandern zu lassen und die Lücken mit west- und süddeutschen Siedlern, die mit den dortigen Verhältnissen nicht vertraut sind, auszufüllen. Sie werden aber immer eine gute Ergänzung bilden, schon allein, weil sie wendiger sind und dem immerhin schwerfälligerem Ostdeutschen eine Blutauffrischung bringen.

Will man aber der Ost-Westwanderung Einhalt gebieten, muß man zunächst klar sehen, welche Gründe die Abwanderung veranlaßt haben. Wohl ist hier nicht der Platz, in den wissenschaftlichen Streit über die letzten Gründe der Abwanderung einzugreifen, aber man muß zwei Tatsachen herausstellen, ohne dabei das Vorhandensein anderer Faktoren leugnen zu wollen: Einmal ist es das Fehlen von Aufstiegsmöglichkeiten, das vielfach die Tüchtigsten in den industriellen Westen trieb, und zum andern die Agrarverfassung unserer Ostprovinzen. Wenn Sering behauptet [3]), das Vorherrschen der großen Güter entvölkere das Land, so mag das etwas zu weit gehen. Quante versucht Sering nachzuweisen, daß seine Erhebungsmethoden, durch die er die obige Behauptung beweisen will, nicht genau genug gewesen seien, und daß diese Behauptung nicht zutreffe [4]). Die Tatsache bleibt auf jeden Fall bestehen, daß durch den Großgrundbesitz zumindest das Land menschenleerer gehalten wird als bei einer bäuerlichen Agrarverfassung. Selbst Batocki muß das zugeben [5]): „. . . so kann durch intensive Siedlung die Abwanderung

---

[3]) Prof. Dr. Max Sering: Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande. Berlin 1910. S. 30.

[4]) Peter Quante: Die Abwanderung vom Lande und das Goltzsche Gesetz. Schmollers Jahrbuch 1931, S. 63 ff.

[5]) Dr. v. Batocki und Dr. Gerhard Schack: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen, Jena 1929, S. 149.

gewiß etwas eingeschränkt werden ..." Quante hat wohl recht, wenn er das von Oppenheimer formulierte sogen. Goltzsche Gesetz ablehnt. Es ist aber nicht zu leugnen, daß Gebiete mit bäuerlicher Verfassung eine höhere durchschnittliche Bevölkerungszahl aufweisen als Gegenden mit vorherrschendem Großgrundbesitz [6]). Auch ein Gremium wie das Königlich Preußische Landesökonomiekollegium konnte sich der Sering'schen Beweisführung nicht verschließen und nahm in seiner Sitzung (1912) folgenden Beschluß an [7]):

„In Anerkennung der hohen Bedeutung, welche die Grundbesitzverteilung für die Schaffung und Erhaltung einer dichten Bevölkerung auf dem Lande hat, hält es das Landesökonomiekollegium für geboten, daß namentlich dort, wo sich die Bevölkerungsziffer auf dem Lande im Stillstand oder in der Abnahme befindet, energische Schritte zur Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes ergriffen werden, und bittet die Königliche Staatsregierung, das Nötige zu veranlassen."

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern hat eine Erhebung über die Abwanderung aus der Landwirtschaft in Pommern für die Zeit vom 1. 1. 1928 bis 30. 6. 1929 veranstaltet [8]). Ihre Ergebnisse sind recht interessant, geben sie doch einen deutlichen Hinweis auf die Gründe, aus denen die Abwanderung erfolgte.

Es zeigt sich daraus, daß in den meisten Fällen die Abwanderung deswegen geschieht, weil sich auf dem Lande nicht genügende Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Einige Autoren machen diese Tatsache ausschließlich für die Abwanderung verantwortlich [9]).

Die Lösung des Abwanderungsproblems wird sich dann zeigen, wenn man versteht, die Gründe zu beseitigen, die es hervorrufen. Man wird also Aufstiegsmöglichkeiten schaffen müssen. Das kann dann geschehen, wenn man die Agrarverfassung ändert und dem einzelnen Landbewohner die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs auch auf dem Lande gibt. Später kommen wir auf die Lösung dieser Frage zu sprechen [10]). Es wird im folgenden bewiesen werden, daß überall dort, wo anstelle großer Güter Bauernwirtschaften entstehen, eine Verdichtung der Bevölkerung eintritt. Die Lösung der bevölkerungspolitischen Dezentralisation aber fällt mit der Lösung der von Sering gestellten sozialen Aufgabe zusammen.

Die Bevölkerungsvermehrung durch die Siedlung.

Nachdem wir die Entwicklung der deutschen Bevölkerung und ihre Strukturwandlung durch die Industrialisierung verfolgt hatten, haben wir

---

[6]) Freiherr v. Braun: Landwirtschaftliche Siedlung. Archiv für innere Kolonisation, XXIV. Band, S. 338 Anmerkung.

[7]) Abgedruckt in: Prof. Dr. Max Sering, Die Grundbesitzverteilung in den großen Reichen, Berlin 1912.

[8]) Archiv für innere Kolonisation, XXII. Band, 1930, S. 364/65.

[9]) Bierei: Die natürliche Fortentwicklung der deutschen Volkswirtschaft, Berlin 1929, S. 36.

[10]) S. Seite 46 ff.

auch bereits erkannt, daß der Entvölkerung des deutschen Ostens nur durch die Schaffung eines bodenständigen Bauerntums Einhalt geboten werden kann. Mit der Untersuchung der durch die ländliche Siedlung hervorgerufenen Bevölkerungsvermehrung hat sich in der letzten Zeit Wollenweber in Rostock eingehend beschäftigt [11]). Er ist bei vorsichtiger Auswertung seiner exakten Ergebnisse zu dem Schlusse gekommen, daß die Siedlung unbedingt eine Verdichtung der Bevölkerung hervorruft.

Aus seinen Tabellen [12]) ergibt sich, daß Wollenweber für Pommern vor dem Kriege zu einer Verdichtung von 52,85% kommt. Der Zeitraum ist zu kurz, um die in den letzten Jahren errichteten Siedlungen in gleicher Weise zu untersuchen; man kann aber durchaus, ohne einen Fehler zu begehen, zu dem Schluß kommen, daß deren Auswirkung etwa die gleiche sein wird.

Weiter stellt Wollenweber fest, daß die Siedlungen, die nach dem Kriege angelegt worden sind, einen höheren Verdichtungssatz aufweisen als die Vorkriegssiedlungen. Er führt diese Erscheinung auf die Besiedlung der Gebiete des geschlossenen Großgrundbesitzes, die auch schon früher eine geringere Dichteziffer aufwiesen, zurück [13]).

Die durch Massenstatistik gewonnenen Ergebnisse Wollenwebers lassen sich durch Erhebungen kleineren Umfanges durchaus stützen [14]).

Einen anderen Weg, um die Bevölkerungsvermehrung durch Siedlung zu beweisen, geht Dr. Hartwich [15]). Er führt aus:

„Nach den berufs- und betriebsstatistischen Zählungen von 1925 (vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1931 S. 50 ff.) kommen auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bei den Betrieben

von 5—20 ha	in der Landwirtschaft tät. Pers. m. Angeh.	46
von 20—50 ha	in der Landwirtschaft tät. Pers. m. Angeh.	26
von 50—100 ha	in der Landwirtschaft tät. Pers. m. Angeh.	22
von 100—200 ha	in der Landwirtschaft tät. Pers. m. Angeh.	23
über 200 ha	in der Landwirtschaft tät. Pers. m. Angeh.	19

Die durchschnittliche Stellengröße, die durch die Siedlung ausgelegt wird, liegt aber zwischen 12 und 13 ha, wenn wir das anteilige Straßen-, Gemeinde- und Kirchenland hinzurechnen. Auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche umgerechnet haben wir dann rund 8 Betriebe. Rechnen wir je Betrieb zwischen 4 und 4,5 Personen, so wohnen auf der Fläche von 100 ha zwischen 32 und 36 Menschen gegenüber

---

11) Helmut Wollenweber: Ländliche Siedlung und Bevölkerung. 44. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1931.

12) Wollenweber a. a. O. S. 62/63 und 107.

13) a. a. O. S. 105 und 112.

14) Willi Ruth: Die innere Kolonisation im Landkreise Stolp. Dissertation Greifswald 1922. Aus den Kommissionsakten der einzelnen Rentengutskolonien (Kulturamt Stolp) Nr. 3, 6, 9, 19, 20, 21, 23, 18, P2 und Geschäftsbericht der Landgesellschaft „Eigene Scholle“ 1927.

15) Dr. Karl Hartwich: Haltlose volkswirtschaftliche Gegengründe gegen die innere Kolonisation. Archiv für innere Kolonisation. XXIV. Band, S. 350. 1932.

19 Personen im Großbetriebe über 200 ha. Dies bedeutet eine Zunahme der Bevölkerung durch die Siedlung von 68 bis 89%."

In der Siedlungsliteratur kommt eine Bevölkerungsvermehrung so oft zum Ausdruck, daß man weitere Beispiele hier nicht anzuführen braucht. Auch schon vor dem Kriege, zu Zeiten der Königlichen Ansiedlungskommission, war man sich über diesen Vorgang im klaren [16]). Dort wird eine Bevölkerungsverdichtung um rund 53% nachgewiesen.

Als Ergebnis unserer Ausführungen halten wir fest, daß die Verdichtung der Bevölkerung durch Siedlung in der Regel 50% und mehr beträgt.

2. Die ernährungspolitische Aufgabe.

Bevölkerungsverdichtung bedeutet landwirtschaftliche Intensivierung.

Die Folgerung aus dieser Erkenntnis ist die, daß auf der gleichen landwirtschaftlichen Nutzfläche mehr Menschen als vorher leben. Die gleiche Fläche muß die Ernährungsgrundlage für eine um 50% oder stärker vermehrte Bevölkerung abgeben. Das aber bedingt — es handelt sich zunächst um die rein agrarische Bevölkerung —, daß man zu einer anderen Verteilung des Grund und Bodens schreiten muß. Die großen Güter werden aufgeteilt und machen kleineren Landlosen Platz. Die Einzelgröße ist hierbei vorerst ohne Belang. Die Entwicklung vom Groß- zum Kleinbetrieb ist im übrigen ein Vorgang, der sich mit wachsender Bevölkerungsmenge in allen Staaten einstellt, und für den es viele Belege gibt. Die Betriebszählungen im deutschen Reich, die Statistiken Frankreichs, Österreichs, der Vereinigten Staaten von Nordamerika u. a. weisen darauf hin [17]).

Dieser Prozeß ist immer durch wachsende Bevölkerung bedingt; er ist auf der anderen Seite aber auch die Vorbedingung, wenn man durch Siedlung eine wachsende Bevölkerung ansetzen will.

„Eine organische Siedlungspolitik hilft vielmehr einem organischen Entwicklungsprozeß nach und löst die Starrheit der gegebenen Verhältnisse an dem Punkt, der natürlichen Entwicklungstendenzen den größten Widerstand leistet . . . [18]).

---

[16]) Weitere Quellen sind z. B.: 20 Jahre deutscher Kulturarbeit, 1886 bis 1906. Denkschrift der Königl. Ansiedlungskommission. Berlin 1907.

20 Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen (1906—1926), ein Überblick über die Tätigkeit der Ostpreußischen Landgesellschaft m. b. H. zu Königsberg. Königsberg 1927.

Dr. v. Batocki und Dr. Schack: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen, Jena 1929.

[17]) Als weitere Quellen seien hier genannt:
August Skalweit: Agrarpolitik, Berlin 1923, S. 206.
Betriebsstatistik des Deutschen Reiches, 1907.
Schullern-Schrattenhofen: Agrarpolitik, Jena 1924, S. 9.
Max Sering: Die Grundbesitzverteilung in den großen Reichen, Berlin 1912, S. 35, 50—54.
H. Kallbrunner: Wiederaufbau der Landwirtschaft Österreichs, Wien 1926, S. 57 ff.
Census Reports 5. Band, Washington 1902.

[18]) August Müller: Die deutsche Volkswirtschaft, Berlin 1932, S. 168.

Jeder angesetzte Siedler ist gezwungen, aus seinem Landanteil seinen Unterhalt zu gewinnen. Er kann dies aber nur dann, wenn er dazu übergeht, sein Besitztum intensiver zu bewirtschaften. Hierbei soll Voraussetzung sein, daß von vornherein nur Stellen ausgelegt werden, die die Lebensfähigkeit gewährleisten. Diese ist die Grundbedingung für eine erfolgreiche und dauerhafte Siedlung und einen zufriedenen Siedler. Gefährlich ist es nicht nur für die einzelnen Siedler, sondern für den gesamten Siedlungsgedanken, Leute auf Stellen anzusetzen, auf denen sie, mögen sie auch noch so gut wirtschaften, einfach nicht leben können. Siedlung bringt demnach eine Intensivierung der Betriebe mit sich. Daran kann kein Zweifel bestehen, daß „eine zweckmäßig geleitete Kolonisation noch immer eine große Steigerung der Produktion zur Folge hatte . . ." [19]). Es ergibt sich von selbst, daß Siedlung mit einer Intensivierung verbunden sein muß, wenn man die von Dr. Hartwich mitgeteilten Zahlen berücksichtigt [20]). Die höhere Menschenzahl je Flächeneinheit macht sich in der besseren Bearbeitung des Bodens bemerkbar [21]).

Ertragssteigerung, Vieh- und Maschinenvermehrung.

Mit der Intensivierung ist selbstverständlich eine Ertragssteigerung verbunden, die sich deutlich in den Ernteergebnissen vor und nach der Besiedlung widerspiegelt. Die Schlesische Landgesellschaft [22]) veröffentlicht hierzu Zahlen, die recht instruktiv sind und als Ergebnisse von acht aufgeteilten Gütern einen gewissen Einblick vermitteln. Besonders interessant werden diese Aufstellungen durch einen Vergleich mit den in „Wirtschaft und Statistik" mitgeteilten Durchschnittserträgen. Es stellt sich heraus, daß die Erträge der aufgeteilten Güter im Jahre 1923 in allen Fällen über diesen Ziffern liegen. Man darf also feststellen, daß nicht nur kein Rückgang der Produktion, wie vielfach behauptet wird, sondern sogar eine Steigerung eingetreten ist.

Viele andere Autoren berichten von denselben oder doch ähnlichen Erfahrungen [23]).

In den meisten Fällen bringt die Intensivierung auch eine Verstärkung des Besatzes an landwirtschaftlichen Maschinen mit sich, die aber nicht immer als unbedingt günstig anzusehen ist, weil sie mitunter über das notwendige

---

19) Max Sering: Die Grundbesitzverteilung in den großen Reichen, Berlin 1912, S. 33.

20) Siehe S. 5 dieser Arbeit.

21) Kurt Marion: Die bisherigen Auswirkungen des Reichssiedlungsgesetzes. Dissertation Leipzig 1929, S. 68.

22) Jahresberichte der Schlesischen Landgesellschaft 1923/24.

23) Weitere Quellen zu dieser Frage:
Archiv für innere Kolonisation, Band XV, S. 265.
Bericht der Kgl. Ansiedlungskommission, S. 30 und 219.
Keup-Mührer: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Berlin 1913, S. 150.
Drucksachen des Pr. Landtages Nr. 3977, 1. Wahlperiode, 1. Tagung.

Maß hinausgeht. Diese Bedenken werden immer dann berechtigt sein, wenn, wie das früher oft geschah, das vorhandene Inventar des aufgeteilten Gutes gleichfalls aufgeteilt wird, anstatt den Siedlern in der Form einer Genossenschaft gleichmäßig zur Verfügung zu stehen [24]).

Die Schlesische Landgesellschaft berichtet aber auch, daß sich auf allen Siedlerstellen eine starke Vermehrung des Viehbestandes findet, und diese sich in der Regel auf alle Vieharten außer den Schafen erstreckt [25]). In der Folge werden wir uns eingehender mit diesen Dingen beschäftigen; mit dem Übergang vom Groß- zum Kleinbetrieb ist nämlich eine Verschiebung der Erzeugung zu beobachten. Sie geht von den pflanzlichen Erzeugnissen weg zu den tierischen. Mit der wachsenden Intensivierung ist ein starkes Ansteigen der Erträge von Fleisch, Eiern, Milch und Milcherzeugnissen, also der Veredelungsprodukte, verbunden [26]).

Die Erzeugungs- und Konsumverschiebung.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß das Schwergewicht der Siedlerbetriebe bei der Erzeugung von Veredelungsprodukten liegt. Das läßt ein Überblick über die Marktversorgung durch die einzelnen Größenklassen erkennen [27]).

Es wird bei Fensch nachgewiesen, daß mit dem Übergang vom Groß- zum Kleinbetrieb eine Verschiebung von der Erzeugung von Getreide und Hackfrüchten hinweg zu den Veredlungsprodukten stattfindet. Hier ist eine andere Tatsache für die gesamte Siedlung, ja für die gesamte Volkswirtschaft von eminenter Bedeutung. In den letzten Jahren hat sich auch im Konsum eine Bewegung vom Kohlehydrat zum Eiweiß bemerkbar gemacht. Sie kommt als glücklicher Zufall dieser Produktionsverschiebung entgegen [28]).

---

[24]) Geschäftsbericht der Schlesischen Landgesellschaft, 1923/24.

[25]) Geschäftsbericht der Schlesischen Landgesellschaft 1923/24.

[26]) Denkschrift der Kgl. Ansiedlungskommission 1886—1906, S. 232/33.
Max Sering: Grundbesitzverteilung und Abwanderung, S. 33.
Helmut Wollenweber: Siedlung und Viehbestand, Berlin 1932, S. 65. W.'s Ergebnissen liegt eine Untersuchung von 128 Nachkriegskolonien mit 1492 Stellen zugrunde. Hierbei sei besonders auf die graphische Darstellung der Viehstandsausweitung durch Siedlungstätigkeit auf Seite 31 hingewiesen. Wie für die Nachkriegssiedlungen bringt er ähnliches Material auch für die Vorkriegssiedlungen.
Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit in Ostpreußen, S. 47.

[27]) Dr. H. L. Fensch: Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes. Berlin 1930, S. 14.

[28]) Berichte über Landwirtschaft, 50. Sonderheft: Die deutsche Landwirtschaft, Berlin 1932, S. 20.
S. dort auch Eisig: Nahrungsmittelverbrauch in Deutschland. Deutsche Agrarpolitik, I, 141. Herausgegeben von der Friedrich List Gesellschaft. Berlin 1932.

In der glücklichen Ergänzung dieser beiden Tatsachen, der Produktionsverschiebung und auf der andern Seite der Verlagerung des Konsums, liegt aber auch das eine Ziel des Reichssiedlungsgesetzes beschlossen: die Sicherstellung der Ernährung aus heimischen Quellen, soweit sie die Art unserer Landwirtschaft überhaupt gestattet. Sie kann umso mehr sicher gestellt werden, da gerade der durch die Siedlung vermehrte Kleinbetrieb die am meisten begehrten und am stärksten eingeführten Nahrungsmittel zu liefern vermag [29]).

Die drei Sering'schen Siedlungsideale dürften demnach durch eine umfangreiche Siedlung durchaus zu erreichen sein. Die Erzeugung der Größenklasse, der die Siedlerstellen angehören, bewegt sich in der Richtung, daß die Volksernährung auf eine breitere Basis gestellt werden kann; die bevölkerungspolitische Dezentralisation wird durch die Siedlung auf das beste erreicht; schließlich wird sie durch die Schaffung von Erwerbsgelegenheiten auf dem Lande ihrer sozialpolitischen Aufgabe gerecht.

Die vermehrte Bevölkerung birgt die Ernährungsmöglichkeit für eine große Anzahl von Menschen in sich. Zu leicht wird das heute immer noch übersehen, daß nicht nur die angesetzten Siedler dem Arbeitsmarkt entzogen werden, sondern daß die neue Landbevölkerung erst den Boden bietet, um alle Bevölkerungsschichten zu vermehren. Genau wie die Struktur z. B. einer Industriestadt auf der Arbeiterbevölkerung als Basis fußt, auf der die anderen Berufe ihre Existenz aufbauen, so wird auch die Siedlung und das durch sie neu geschaffene Bauernvolk Arbeit und Brot für weite Kreise unseres Volkes schaffen. So strahlt die Siedlung ihre befruchtenden Wirkungen aus, angefangen vom Beginn des Siedlungsvorhabens, während der Dauer ihres Aufbaues und in der Zukunft fortdauernd. Alles das wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus, neben der reinen fortdauernden Entlastung durch die Zahl der angesetzten Siedler und ihrer Familienangehörigen.

II. Die unmittelbaren Auswirkungen der Siedlung.

1. Die Neusiedler.

Eine Auswirkung der Siedlung auf den Arbeitsmarkt liegt so nahe, daß sie dem Betrachter sofort in die Augen fällt. Die angesetzten Neusiedler und die Inhaber der auf eine selbständige Ackernahrung gebrachten Stellen. Die Entlastung, die sich ergibt, beschränkt sich nicht nur auf den ländlichen Arbeitsmarkt, sondern greift auch auf den gewerblichen, wenn auch nicht so stark, über. Aus der Bevölkerungsstruktur des Deutschen Reiches ergibt sich von selbst, daß der ländliche Arbeitsmarkt zahlenmäßig gesehen bei weitem nicht so groß ist wie der gewerbliche. Für letzteren wird darum auch die landwirtschaftliche Siedlung nie von sehr großer Bedeutung werden können, da er zu ausgedehnt ist und sich die Ansetzung von Siedlern naturgemäß in erster

---

[29]) Erich Bollert: Zehn Jahre Reichssiedlung. Magazin der Wirtschaft, Jahrgang 1930, S. 275 ff. u. 367 ff.

Linie auf Leute erstreckt, die von der Landwirtschaft herkommen. Die Erklärung hierfür liegt in ihrer zweifellos besseren Eignung zur landwirtschaftlichen Siedlung. So war es nur folgerichtig, daß man in der Siedlungspraxis den Bewerbern aus der Landwirtschaft den Vorzug gab. Die Erfahrungen, die man mit städtischen Siedlern gemacht hatte, waren durchaus nicht dazu geeignet, zu weiteren Versuchen anzuregen[30]). Griff man aber trotzdem auf Städter zurück, dann läßt sich in den meisten Fällen irgendeine Verbindung mit dem Lande nachweisen; sei es nun, daß die Siedler selbst auf dem Lande groß geworden sind oder daß sie sonst irgendeine Beziehung dorthin hatten, die einen Erfolg ihrer Ansetzung versprach.

Über die Herkunft der Siedler gibt uns die Siedlungsstatistik Auskunft. Sie unterscheidet zwischen dem früheren Beruf und dem Landesteil, aus dem die Siedler stammen. Hier ist der frühere Beruf, so wie ihn die Statistik angibt, für uns von Interesse[31]).

Die Entwicklung, die das Verhältnis der einzelnen Berufsgruppen seit 1923 angenommen hat, läßt sich am besten aus dem vom Statistischen Reichsamt[32]) veröffentlichten Schaubild erkennen. Danach verläuft sie im Reich etwas anders als in Preußen. Der Anteil der selbständigen Landwirte und der Siedler aus nicht landwirtschaftlichen Berufen nimmt laufend ab, während sich die Zahl der Siedler, die in der Statistik als landwirtschaftliche Hilfspersonen bezeichnet werden, ständig vermehrt; ein Beweis für die sich stark durchsetzende Landarbeitersiedlung.

Nach der in demselben Heft veröffentlichten Zusammenstellung der beruflichen Herkunft der Siedler ergibt sich, daß bis Ende 1931 48.218 Neustellen ausgelegt worden sind, zu denen 1932 noch 8.877 Stellen hinzukamen, sodaß seit 1919 rd. 57.000 Stellen neu ausgelegt worden sind. 57.000 Menschen scheinen zunächst als Neusiedler in diesen Jahren dem Arbeitsmarkt entzogen zu sein, auf dem sie in irgendeiner Form vorher auftraten, sei es nur versteckt, wie etwa die jüngeren Bauernsöhne, die zunächst noch auf dem Hofe des Vaters beschäftigt wurden, sei es in irgendeiner anderen Form offen als Arbeitnehmer. Jedoch würde die Annahme fehlgehen, daß alle Neusiedler dem Arbeitsmarkt entzogen worden sind, denn dabei spielt die Flächengröße der Stelle eine ausschlaggebende Rolle. Handelt es sich nicht um „selbständige Ackernahrungen", so wird der Siedler gezwungen sein, auch weiterhin einem Nebenberuf nachzugehen.

Die Stellengröße hat sich im Laufe der Jahre zu Gunsten der „selb-

---

[30]) Elisabeth Fleiner: Genossenschaftliche Siedlungsversuche der Nachkriegszeit. Dissertation Heidelberg 1932. Marion: „Die bisherigen Auswirkungen des Reichssiedlungsgesetzes" S. 85.

[31]) Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß). Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege. Band 10, S. 101, Berlin 1930.

[32]) Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 42. Jahrgang, III, 1932.

ständigen Ackernahrung" verschoben, während die kleinsten Stellen (bis 0,5 ha) bis 1925 ungefähr ein Drittel aller neuen Stellen ausmachten[33]).

Nach einer an derselben Stelle veröffentlichten Statistik erscheinen bis 1930 knapp 50% (48,8%) in der Größe unter 5 ha, die man ungefähr als die niedrigste Grenze einer „selbständigen Ackernahrung" annehmen darf[34]).

Die größeren Stellen setzen sich demnach von Jahr zu Jahr mehr durch, gleichzeitig wird damit auch der Prozentsatz der dem Arbeitsmarkt entzogenen größer. Wir werden aber trotzdem nur etwa die Hälfte der neuentstandenen Siedlerstellen, deren Inhaber vollkommen aus dem Arbeitsmarkt herausgezogen werden, bei unserer Berechnung berücksichtigen. Ihre Zahl sei mit 30.000 als nicht zu hoch angesetzt[35]). In diese Summe teilt sich der landwirtschaftliche mit dem gewerblichen Arbeitsmarkt, da ein Teil aus Berufen, die dem letzteren angehören, kommt. Man wird mit der Annahme nicht fehl gehen, daß die, die dem gewerblichen Arbeitsmarkt angehören, meist auf kleineren nicht selbständigen Stellen sitzen, die wir nicht mit berücksichtigt haben. Wie also, so lautet jetzt die Fragestellung, wird sich die Siedlung auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt auswirken?

Unter der Annahme, daß ein Teil bisher seine Kräfte noch nicht angeboten hatte, also auf dem elterlichen Hofe usw. Beschäftigung fand, können wir annehmen, daß der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt seit 1923 um rund 20.000 Kräfte entlastet worden ist, davon allein in den beiden letzten Jahren etwa 6.000.

Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Jahre 1931 besagt, daß 116.000 männliche Erwerbslose vorhanden waren, während es am 30. September 1930 nur 53.000 gewesen waren. In der dazwischen liegenden Zeit, hatte sich ihre Zahl also mehr als verdoppelt. Eine wesentliche Entlastung durch die Neusiedlung scheint demnach nicht eingetreten zu sein, besonders dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß sich mit der Siedlung, wie weiter unten betrachtet werden wird, zunächst eine Freisetzung von landwirtschaftlichen Arbeitern vollzieht. Man muß demnach von der Gesamtzahl der Angesiedelten die Zahl der Freigesetzten abziehen, soweit sie Siedler geworden sind. Der dann noch verbleibende Rest wird nicht sehr groß sein. Hier liegt vielleicht überhaupt die große Problematik der Frage, ob durch die angesetzten Siedler allein eine günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden kann. Der Hundertsatz der angesetzten Landarbeiter wird, wie aus der Reichsstatistik hervorgeht, von Jahr zu

---

33) Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 42. Jahrgang, 1932. III, S. 35 ff.

Vor 1923 ist die Siedlungsstatistik hierfür nicht heranzuziehen, da sie die Angehörigen mitrechnet; dadurch wird ein Vergleich unmöglich.

34) Diese untere Grenze läßt sich naturgemäß generell nicht bestimmen, da sie von vielen Faktoren, wie z. B. Bodengüte und Klima beeinflußt wird.

35) Die selbständigen Landwirte können wir durchaus mitrechnen, da die durch ihren Fortzug freigewordenen Höfe u. ä. von andern besetzt werden, die sonst ihre Kraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten müßten.

Jahr größer. Es findet also eine Aufsaugung der freigesetzten Landarbeiter in einem immer größeren Ausmaße statt, entsprechend geht der Prozentsatz der anderen Herkunftsberufe stetig zurück. In Zukunft wird demnach hier noch weniger als bisher durch die Zahl der angesetzten Siedler selbst irgend eine günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt zu erwarten sein. Wenn man auf der einen Seite immer daran denken muß, daß die ländliche Siedlung die Behebung, oder besser gesagt, die Verminderung der Erwerbslosigkeit nur als Nebenzweck ansieht, dann muß man aber auch daran erinnern, daß hiermit die Wirkung der Siedlung noch lange nicht erschöpft ist. Schon die Betrachtung der weiteren personellen Wirkung zeigt uns, daß es mit diesen rund 20.000 Menschen allein nicht getan ist; denn ihre Bedeutung und Auswirkung wird man erst richtig erfassen können, wenn man folgende Überlegung anstellt:

Nach der Statistik des Deutschen Reiches ergibt sich, daß die durchschnittliche Stellenbesetzung der Siedlerstelle — den Siedler selbst nicht mitgerechnet — 3,3 Menschen beträgt, d. h. daß die Zahl der Angehörigen und auf den Stellen Beschäftigten neben den 57.000 Siedlern weitere 190.000 Menschen beträgt. Hierfür kommen die Kinder für unsere Berechnung nicht in Frage. Man muß für sie einen bestimmten Hundertsatz abziehen; sie seien mit 1,8 je Stelle angesetzt, einer Zahl, die wahrscheinlich zu hoch sein wird, da es sich bei den Siedlern, die wohl ausnahmslos verheiratet sind, meistens um jüngere Ehepaare handelt. Für die Ehefrauen und etwa dort aufgenommene Verwandte bleibt uns ein Rest von eineinhalb Menschen je Stelle. Besonders erstere sind aber früher in irgend einer Form auf dem Arbeitsmarkt aufgetreten, z. B. als Mägde, Hausangestellte oder Landarbeiterinnen. Auch die Verwandten und vielleicht vorhandenes Gesinde wird man ohne weiteres zu den früher Tätigen hinzurechnen können. Wir müssen feststellen, daß sich auf Grund dieser Tatsache die Zahl der 20.000 dem Arbeitsmarkt entzogenen Siedler wesentlich vergrößert. 85.000 Menschen und die 20.000 Siedler, also mehr als 100.000 Menschen sind demnach bisher (bei vorsichtiger Berechnung) allein durch die Ansetzung durch die Siedlung dem Arbeitsmarkt entzogen worden. In der amtlichen Statistik [36]) ist leider nicht angegeben — wie auch an anderen Stellen nicht —, wie weit die Angehörigen früher im Erwerbsleben gestanden haben. Man ist auf eine Schätzung angewiesen, wie sie oben durchgeführt worden ist. Man kann von ihr behaupten, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse ziemlich richtig wiedergibt, auf jeden Fall aber sind die Zahlen nicht zu hoch angesetzt.

Achtet man auf die landsmannschaftliche Herkunft der Siedler, dann erkennt man, daß sich diese Entlastung naturgemäß vor allem auf die engere Umgebung des Aufteilungsgutes erstreckt, aber auch darüber hinausgeht, ja

---

[36]) Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 42. Jahrgang, 1932, III.

sich sogar bis weit in den Westen und in den Süden des Reiches erstreckt, da durch die Siedlung die West-Ostwanderung wirksam gefördert wird [37]).

2. Die Anliegersiedlung.

Bei unserer Betrachtung dürfen wir die Anliegersiedlung nicht außer Acht lassen; sie kommt jedoch nur so weit in Frage, als durch die Vergebung von Land die bisher vorhandenen Landlose so vergrößert wurden, daß eine „selbständige Ackernahrung" daraus entstand. Dies läßt sich nicht einfach aus der Statistik herauslesen, da die zu diesem Erfolge notwendige Landfläche je nach Boden, Klima und Verkehrslage ganz verschieden ist [38]).

Das Ergebnis, das sich aus der im Enquete-Bericht wiedergegebenen Tabelle [39]) bei Einführung der oben erwähnten Unterscheidung ergibt, ist folgendes: Von den insgesamt 1919—28 vergrößerten 191.664 Stellen im Deutschen Reich wurden 52.000 oder 27,5% zur Selbständigkeit erhoben.

In Preußen, das auch hier wieder den Hauptanteil stellt, liegt der Prozentsatz etwas höher, nämlich von den insgesamt 129.181 Stellen wurden 39.819 Stellen selbständig, d. s. 30,8%. Demnach würden rund 50.000 Stelleninhaber, die bisher als Handwerker, Arbeiter, ihren Nebenerwerb suchten, und, eingerechnet der etwa erwerbstätigen Familienangehörigen mit mindestens derselben Summe, zur alleinigen landwirtschaftlichen Beschäftigung gebracht und somit dem Arbeitsmarkt, hier wohl sogar vielfach dem gewerblichen, entzogen worden sein [40]).

Die Anliegersiedlung wird gerade in der heutigen Zeit eine gewichtige Rolle spielen, um die Erwerbslosigkeit zu mildern, wie die Tatsache ergibt, daß durch sie bisher mehr als 140.000 Personen dem Arbeitsmarkt entzogen worden sind.

Wir haben errechnet, daß bis Ende 1929 rund 50.000 Stelleninhaber durch Anliegersiedlung dem Arbeitsmarkt entzogen worden sind. Rechnen wir hierzu die seither verselbständigten Stellen mit weiteren 20.000, dann erhalten wir das Ergebnis, daß bisher mit den Angehörigen rund 140.000 Menschen vom Arbeitsmarkt als Folge der Anliegersiedlung verschwanden. Setzen wir hierzu die vorher errechnete Zahl der Neusiedler hinzu, dann erkennen wir, daß durch Ansetzung auf neuen Stellen und Vergrößerungen bereits bestehender mehr als 240.000 Menschen wieder in den Produktionsprozeß eingefügt worden sind. In den vierzehn vergangenen Siedlungsjahren wären das im Durchschnitt des einzelnen Jahres rund 17.000 Menschen gewesen. Das mag nicht übermäßig viel erscheinen. Es bleibt aber zu beachten, daß sich ihre Zahl durch die von der Siedlung hervorgerufenen Rückwirkun-

---

[37]) Über die landsmannschaftliche Herkunft der Neusiedler gibt der Enquête-Bericht und erschöpfend die Reichssiedlungsstatistik Auskunft.

[38]) Enquête-Bericht: Die ländliche Siedlung in der Nachkriegszeit. Band 10. S. 10.

[39]) a. a. O. S. 10—11.

[40]) Kurt Marion: Die bisherigen Wirkungen des Reichssiedlungsgesetzes. S. 85 f.

gen, die unten behandelt werden sollen, vervielfacht; denn die innere Kolonisation bringt nicht nur für die Siedler eine dauernde Existenzmöglichkeit, sondern auch mannigfache Lebensmöglichkeiten für andere Berufe.

3. Der Landarbeiter in der Siedlung.

Eine besondere Untersuchung unter den angesetzten Siedlern muß den Landarbeitern gewidmet sein; einmal weil sie infolge der Kenntnis der örtlichen Bearbeitungsbedingungen geradezu für die Siedlung bestimmt erscheinen, und zum andern weil sie durch die Aufteilung der Großbetriebe in den meisten Fällen um Arbeit und Brot kommen.

Nach dem Bericht des Enquête-Ausschusses befanden sich unter den Neusiedlern (1923—28), wie schon erwähnt, 1.750 landwirtschaftliche Beamte und Arbeiter. Die Ansiedlung von Landarbeitern ist in den einzelnen Landesteilen recht verschieden gehandhabt worden. Am stärksten scheint sie bei der Schleswig-Holsteinischen Höfebank betrieben worden zu sein, die schon 1922/23 schrieb [41]):

> „Eine vornehme soziale Pflicht eines gemeinnützigen Siedlungsunternehmens wird vor allem bleiben, landwirtschaftliche Arbeiter zu günstigen Bedingungen seßhaft zu machen und eine gewisse Zahl daraus zu Bauern zu heben . . . So ist es uns bisher doch stets gelungen, bei der Aufteilung von großen Gütern eine größere Anzahl der Gutsarbeiter seßhaft zu machen."

In Mecklenburg-Schwerin wurden bis zum 31. 12. 1927 von den beteiligten Siedlungsgesellschaften 615 Häuslereien (Landarbeiter) und 421 Büdnereien (Kleinbauern) angesetzt [42]). Die Schlesische Landgesellschaft dagegen hat nur in geringem Ausmaße Landarbeiter seßhaft gemacht, und zwar nur solche, die eigenes Vermögen mitbrachten. Dies geringe Ergebnis führt sie in erster Linie auf fehlende Mittel zurück [43]), ebenso ist es in Oberschlesien gewesen. Die Ostpreußische Landgesellschaft berichtet, daß im allgemeinen nur solche Landarbeiter angesetzt seien, die etwas eigenes Vermögen mitbrachten, da ihre Ansiedlung sonst bedenklich erscheine; es liege die Gefahr vor, daß, wenn die Landarbeiter auf ihren Stellen nicht vorwärtskämen, sie die Vorräte und das Inventar zu Geld machten und die Stelle verließen. Auch die „Eigene Scholle" lehnte jährlich etwa 20 Anträge von Landarbeitern wegen fehlender Mittel derselben ab [44]). Die Pommersche Landgesellschaft und die Schleswig-Holsteinische Höfebank lassen dieses als alleinigen Grund für die Nichtansiedlung nicht gelten. Sie haben damit auch die denkbar günstigsten Erfahrungen gemacht [45]). Die Akten der Gesellschaft für innere Kolonisation bieten bis zu diesem Zeitpunkt das oben gezeichnete Bild.

[41]) Tätigkeitsbericht der Schleswig-Holsteinischen Höfebank 1922/23, S. 7.

[42]) Erich Pommerenke: Die Landarbeiterverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin seit der Revolution. Schwerin 1931.

[43]) Bericht des Enquête-Ausschusses S. 107.

[44]) Landgesellschaft „Eigene Scholle" in Frankfurt O.

[45]) Bericht des Enquête-Ausschusses S. 107—108.

Es bleibt nachzutragen, daß in den meisten Fällen die Siedlungsträger bemüht gewesen sind, den nichtangesiedelten Angestellten und Arbeitern andere Arbeit zu verschaffen, was damals — es war 1927/28 — wohl immer gelungen ist[46]).

Die Untersuchungen v. Dietzes über die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande nach dem Kriege beweisen, daß gegenüber der Vorkriegszeit ein grundlegender Wandel eingetreten ist[47]). Wir wollen hier von der Erörterung aller Fragen absehen, die unmittelbar nichts mit der Siedlung zu tun haben, und uns darauf beschränken, ein Bild von ihrer Entwicklung zu geben, soweit dieses zum Verständnis der nachfolgenden Ausführungen notwendig ist.

In den Großbetrieben mußten durch die staatlichen Kontingentierungsmaßnahmen die fremden Wanderarbeiter durch einheimische Kräfte ersetzt werden; diese aber waren wesentlich teuerer als die polnischen. Zudem machte sich in den ersten Nachkriegsjahren eine stärkere Besetzung je Gut mit Arbeitskräften bemerkbar, die aber infolge der hohen Löhne nach der Stabilisierung zurückging. Die andern Belastungen der Lohnarbeit, wie Soziallasten, Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzung brachten weitere starke Verteuerungen für die in der Hauptsache fremdes Personal beschäftigenden Betriebe. Im Gegensatz hierzu standen die Kleinbetriebe, die in weitestem Umfange ohne fremde Hilfe auskamen. Hier liegt auch der Grund für die größere Krisenfestigkeit dieser kleinen Betriebe. Die Rationalisierung der Großbetriebe zur Ersparnis der hohen Löhne und die gute Konjunktur der Industrie verstärkten die in den Kriegs- und Inflationsjahren zurückgegangene Abwanderung vom Lande. Der industrielle Arbeitsmarkt und das Leben in der Stadt hatte von seinen Lockungen nichts verloren. Die Gründe, die vor dem Kriege die Abwanderung veranlaßt hatten, waren wieder voll wirksam. Hinzu kam, daß auch der Klein- und Mittelbauer seine fremden Arbeitskräfte in steigendem Maße abbaute. Die Sozial- und Lohnlasten wurden für ihn untragbar. An die Stelle der Lohnarbeit trat die Familienhilfe, die früher z. T. nur in Zeiten schärfster Beanspruchung eingesprungen war. Rund 80% aller Arbeiten werden jetzt bei den Klein- und Mittelbauern von ihm und seinen Familienangehörigen geleistet. In den Zeiten schlechter landwirtschaftlicher Marktlage werden die Reserven, die in der Arbeitskraft der Angehörigen stecken, in größtem Ausmaß herangezogen. Dadurch unabhängiger in der Bezahlung von Löhnen und Soziallasten, elastischer in den Liquiditätsgrenzen, dehnt sich diese Betriebsart weiter aus, auch ehe die ländliche Siedlung in großem Um-

---

[46]) Akten der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation. Eine Übersicht über die in diesen Jahren ausgelegten Arbeiterstellen gibt Otto Albrecht: Landproletariat und ländliche Siedlung. Landarbeiterarchiv 1931, Heft 6, S. 215 ff.

[47]) Constantin v. Dietze: Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution. Berlin 1922. Derselbe: Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, Berlin 1929, und das entsprechende Kapitel im 50. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1932, S. 132 ff.

fange einsetzt. Naturgemäß trug auch die sich verstärkende Siedlung dazu bei, die Arbeitsgelegenheit für Landarbeiter zu verringern. Ihr wird damit das große Ziel gesetzt, hierfür Ersatz zu schaffen, und darüber hinaus die Abwanderung vom Lande aufzuhalten.

Die aufgezählten Gründe zusammen bedingen eine verminderte Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern. Dies erkennen läßt die Frage stellen, was mit diesen freigesetzten, insbesondere mit den durch die Siedlung freigesetzten Arbeitskräften geschieht. Für die Arbeiter eines aufgeteilten Gutes gibt es verschiedene Wege, ihr Leben zu gestalten. Als gesundeste und volkswirtschaftlich am günstigsten ist die Ermöglichung der Ansiedlung zu betrachten, die nicht nur den Arbeiter dem Arbeitsmarkt entzieht, sondern auch für die Siedlerstelle am günstigsten ist, weil hier Leute angesetzt werden, die Boden und Klima, wie Arbeitsweisen der neuen Heimstätte durch ihre alte Tätigkeit bereits kennen. Die Ansetzung wird immer das beste Mittel sein, der Abwanderung vorzubeugen, die bei steigender industrieller Konjunktur zu verführerisch ist. Hier sind Aufstiegsmöglichkeiten gegeben, wobei es gleichgültig ist, ob die Ansiedlung auf einer Vollstelle oder einer Handwerker- bezw. Arbeiterstelle erfolgt. Das Eigentum an der zur Heimat gewordenen Scholle wird den Siedler fester als jedes andere Band an den von ihm bearbeiteten Boden binden. Das R. S. G. hat die Bedeutung der Arbeitersiedlung richtig erkannt, und legt deshalb besonderen Wert auf sie. Allerdings wird in sehr vielen Fällen die Ansiedlung mit gewissen Schwierigkeiten verbunden sein, weil immer nur ein geringer Hundertsatz über die zum Siedlen erforderlichen Barsummen verfügt. Wir sahen diese Tatsache schon durch die Berichte der Siedlungsgesellschaften bestätigt, die oft darin einen Grund sahen, eine Ansetzung nicht vorzunehmen. v. Dietze[48]) meint, daß diese Schwierigkeit nicht so groß wäre, da ein beträchtlicher Teil der Arbeiter über größere Ersparnisse verfüge, die aus der größeren realen Kaufkraft ihres Lohnes gegenüber den mit allen Belastungen des Güterverteilungsprozesses behafteten Industriearbeiters resultierten. Auch spiele die viel geringere Ausgabenotwendigkeit für nicht unbedingt lebensnotwendige Dinge eine Rolle. Gewiß mögen diese Tatsachen zutreffen; ich glaube aber annehmen zu können, daß Ersparnisse, wie die bei v. Dietze mit 2.000—4.000 RM angegebenen bei den Landarbeitern in der heutigen Zeit außerordentlich selten sein werden, und daß man sich nicht damit begnügen darf, nur diese wenigen anzusetzen.

Aufgabe der Siedlung soll es doch nicht sein, Arbeitswilligen die Arbeit zu rauben, sondern Arbeit zu verschaffen. Es ist schon verschiedentlich betont worden, daß durch die Siedlung die Arbeitsmöglichkeit für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte vermindert werde, aber es bleibt noch zu berücksichtigen, sie nicht minder dazu beiträgt, die Arbeitsgelegenheit zu verringern: es handelt sich um den kleineren Bedarf von Arbeitskräften, die nicht zu den Angehörigen des Gutsinhabers gehören, je ha in der Siedlung mit ihren kleineren

---

[48]) 50. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1932, S. 145.

Betriebsgrößen gegenüber den früheren Großbetrieben, die früher ihre Stelle einnahmen. Mit dieser Frage hat man sich schon häufig beschäftigt, und v. Dietze ist es wieder, der eine Aufstellung über die Zusammensetzung der Arbeitskräfte in den verschiedenen Größenklassen auf fremde Kräfte und Familienangehörige gibt. Diese Zusammenstellung vermittelt uns ein klares Bild über die wachsende Beschäftigung von fremden Kräften bei steigender Betriebsgröße [49]). Von 26,2% steigt sie bis zu 97% in den größten Betrieben.

Zu dieser Erscheinung kommt weiter, daß bei weichender Konjunktur — bereits 1928 machte sich die Krise bemerkbar — die Industrie eine Aufnahmefähigkeit für neue Kräfte nicht mehr aufweist —, — sich sogar ein Rückstrom der in den letzten Jahren dorthin gewandten Arbeitskräfte bemerkbar macht. Die Folgerung mußte unbedingt die sein: die Ansiedlung von Landarbeitern in der Siedlung zu verstärken.

Die beiden letzten Jahre der Landarbeitersiedlung.

Die Ansetzung von Landarbeitern konnte in größerem Ausmaße erst beginnen, als die Landarbeitersiedlung durch Gesetze und verschiedene Erlasse besonders dringlich gemacht worden war [50]). So wurde z. B. den Siedlungsträgern die Ansetzung von Landarbeitern zur Pflicht gemacht; nun aber gingen diese einen Schritt weiter und begnügten sich nicht damit, sie auf reinen Arbeiterstellen anzusetzen, sondern gingen stärker dazu über, den Arbeitern gleich Halbbauernstellen, wenn nicht sogar, natürlich nur in ganz besonderen Fällen, Vollbauernstellen zu geben. Diese größeren Stellen, die die ganze Arbeitskraft des Siedlers und seiner Frau erfordern, wird man dann nicht mehr als Arbeiterstellen sondern als Aufstiegsstellen betrachten dürfen [51]). Im Allgemeinen wird es trotzdem nicht möglich sein, 100% der auf einem Gute beschäftigten Landarbeiter anzusetzen. Die Gründe sind verschiedener Natur: einmal sind immer Arbeiter vorhanden, die kein Interesse daran haben, Eigentum zu erwerben; denn mitunter bedeutet es nicht sofort eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, als eigener Herr, selbstverantwortlich auf eigenem Grund und Boden, zu wirtschaften [52]).

Vorher hatte der Arbeiter seinen bestimmten Barlohn, mit dem er fest rechnen konnte — jetzt dagegen wird er nicht mit einem laufenden baren Einkommen von ungefähr derselben Höhe rechnen können.

---

[49]) Wilhelm Eichler: Das Siedlungswesen in Mecklenburg-Schwerin und seine landwirtschaftliche Bedeutung. Dissertation Göttingen 1926, S. 9. 50. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1932, S. 137.

[50]) Erlaß des preuß. Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten v. 31. 3. 1928 (Pflicht zur Ansetzung von Landarbeitern), 13. 3. 1929 (Siedlungsträger sollen Restkaufgelder bemühen), 2. 12. 1930 (Ermahnung an die Siedlungsträger zur Ansiedlung von Landarbeitern). Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 26. 6. 1929.

[51]) 50. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft, S. 708.

[52]) Schreiben des Landeskulturamts Frankfurt O. an die Landwirtschaftskammer in Stettin. Akten des L. K. A. Frankfurt O.

Mit der Aufteilung wird in vielen Fällen auch nicht unbedingt der Verlust jeder Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiter verbunden sein. Oft bleibt ein Restgut bestehen, das auch weiterhin Lohnarbeiter beschäftigen wird; schließlich werden manche Vollbauernstellen Arbeitsmöglichkeit für die Arbeiter bieten [53]).

Aber auch bei Erhalt der Arbeitsmöglichkeit wird man in diesen Fällen zur Ansiedlung schreiten, wenn auch nur auf Klein- oder Handwerkerstellen; man würde sogar versuchen, auch die auf dem Restgut Beschäftigten bodenständig zu machen [54]).

Was geschieht nun mit den nicht Angesiedelten, und aus welchen andern Gründen werden nicht alle angesetzt?

Ein Teil, der nicht gesonnen ist, sich selbständig zu machen wird fortziehen und so seine bisherige Arbeitsstätte verlassen. Erfahrungsgemäß wird dieser Anteilsatz allmählich geringer. Die Möglichkeit, sich auf einem andern Gut Arbeit zu suchen, wird immer geringer, schon wegen der fortschreitenden Siedlung, der steigenden Rationalisierung und der Krise, dann bleibt nur, in die Stadt zu ziehen. Dies ist volkswirtschaftlich unerwünscht; denn jeder Landbewohner, der in die Stadt zieht, schwächt die Erneuerungskraft des Volkes. Das Ziel muß sein, dies zu verhüten. Wie die Feststellungen des Jahres 1932 zeigen, wird diese Abwanderung nach und nach zur Ausnahme. Schließlich bleibt noch ein Weg, der aber hier außer Acht gelassen werden kann, da er auch zur Ansetzung führt. Der bisherige Gutsarbeiter zieht nach einem andern Aufteilungsgut, um dort eine Stelle zu erwerben.

Durch eine andere Erscheinung wird die hundertprozentige Ansetzung der Landarbeiter oft noch zur Unmöglichkeit: Bei den ländlichen Arbeitnehmern zeigt sich gegenüber der industriellen Arbeiterschaft eine starke Überalterung. Das liegt daran, daß schon vor dem Kriege und in den Jahren nach der Inflation bis zum Beginn der großen Krise eine starke Landflucht vorhanden war. Diese Abwanderung erstreckte sich vor allem auf die jüngeren und jüngsten Altersklassen der Erwerbstätigen. Gerade diese wollten sich ihr Leben in der Stadt neu gestalten und waren nicht mit dem Los ihrer Eltern, das ihnen wenig beneidenswert erschien, zufrieden. Hierdurch mußte auf der Seite der Industriearbeiter in diesen Jahrgängen ein starker Zustrom einsetzen, während bei den ländlichen Arbeitnehmern dieses Alters eine wesentlich schwächere Besetzung vorzufinden ist [55]).

---

[53]) W. Boyens: Ziele und Formen der landwirtschaftlichen Siedlung unter dem Einfluß der deutschen Agrarkrise. XV. Band, N.F. der Berichte über Landwirtschaft, 1931, S. 418.

[54]) Silvio Brödrich: Unsachliche Bekämpfung des Siedlungsgedankens. Archiv f. inn. Kol. Band XXIV, S. 346. Weitere Angaben dort: XXV. Band, 3. Heft, 1933.

[55]) Batocki-Schack: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Jena 1929, S. 103.

Errechnet nach: Statistik des Deutschen Reiches, Band 403.

In den Städten zeigt sich eine wesentlich stärkere Besetzung der mittleren Altersklassen als auf dem Lande.

Die bei Batocki abgedruckte Tabelle ergibt eine Besetzung der Altersklassen von 20—50 Jahren bei den Landarbeitern von 52 4% (hiervon 17,5% weiblich), gegenüber 59% (davon nur 7,4% weiblich) bei den Industriearbeitern, so daß bei den männlichen Arbeitnehmern sich 34,9% gegen 51,6% ergeben. In den Altersklassen von 50—65 Jahren und darüber liegen die Verhältnisse folgendermaßen: 16,7% (davon 3,3% weiblich) und 13,2% (weiblich davon 0,7%). Auf Seiten der Landarbeiter ist die Überalterung wesentlich stärker; wobei zu berücksichtigen bleibt, daß die Erhebung mehr als 7 Jahre zurückliegt. Es werden demnach jetzt die jüngsten und die ältesten Jahrgänge prozentual amf stärksten vertreten sein. Wie oft findet man auf den Gütern noch Leute beschäftigt, die nicht mehr als vollwertige Arbeiter zu rechnen sind, weil sie zur Arbeit zu alt sind, und nur noch gehalten werden, weil man sie ihrem Schicksal nicht überlassen kann und will. Wären diese alten Leute in der Industrie beschäftigt gewesen, so wären sie schon längst Rentenempfänger, in der Landwirtschaft behält man sie, wohl aus dem überlieferten patriarchalischen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aus der Überalterung wird man stets einen gewissen Anteilsatz erklären können, der nicht zur Ansetzung kommt, da er einfach nicht mehr imstande ist, sich eine neue Existenz auf einer Siedlerstelle zu schaffen.

Die Angaben der Landgesellschaft „Eigene Scholle“, die alle 1932 von dieser Gesellschaft aufgeteilten Güter umfaßt, zeigen dies deutlich. Die Fürsorge der Siedlungsträger erstreckt sich auch auf die zum Siedeln zu alten Familien, indem von ihnen Altersheime errichtet werden, die in das Eigentum der politischen Gemeinde übergehen und mit Landdotationen ausgestattet werden. So wird der Lebensunterhalt der Alten gewährleistet, da die Gemeinde in der Lage ist, aus dem Erlös der verpachteten Dotationen sie zu ernähren und zu kleiden.

Die Übersicht gibt klar zu erkennen, daß mehr als ein Fünftel (20,05%) der vorhandenen Landarbeiter bereits in einem Alter standen, das sie zum Siedlen ungeeignet machte. Der Prozentsatz erscheint recht hoch, wird aber aus den dargestellten Gründen verständlich. Von den restlichen $^4/_5$ der vorhandenen Landarbeiter erscheinen 0,26% als in die Stadt abgewandert. Das ist ein Hundertsatz, der so gering ist, daß er kaum beachtet zu werden braucht. Diese Zahl ist insbesondere deswegen so günstig, weil sich heute für den Wanderlustigen in der Stadt einfach ein Lebensunterhalt nicht finden läßt. Wie sollte dies auch in einer Zeit möglich sein, in der zahlreiche Menschen, die auch nur irgendeine Verbindung mit dem Lande besitzen, aus den Städten, die ihnen nichts mehr zu bieten vermögen, herausdrängen. Die Wanderungsverluste unserer großen Städte sagen mehr als große Worte.

Zur Berechnung der tatsächlich Angesiedelten und der auf das Land Abgewanderten müssen wir die von andern Gütern Angesetzten mitrechnen, und sie daher von der Zahl der Abgewanderten in Abzug bringen, um ein klares Bild zu erhalten. Mehr als ein Drittel aller in Frage kommenden sind demnach zu Siedlern geworden (34,37%), rechnen wir die Alten ab, dann

Verbleib der Landarbeiter der i. J. 1932 aufgeteilten Güter nach Angaben der Landgeſellſchaft „Eigene Scholle".

Name des Gutes und Kreiſes	Größe ha	Geſamtzahl der ausgelegten Stellen	Vorher auf d. Gut beſchäftigte Arb.-Fam.	Zahl d. angeſ. Landarbeiter vom Siedl. Gut ſelbſt	Zahl d. angeſ. Landarbeiter von andern Gütern	Von d. Landarbeitern abgewandert auf das Land	Von d. Landarbeitern abgewandert in die Stadt	Zu alt zum Siedeln *)
Booſen Kr. Lebus	493	35	22	7	1	11	—	3
Batzlow Kr. Königsberg	369	29	27	3	1	18	—	6
Damme Kr. Prenzlau	756	59	32	5	—	19	—	8
Gerswalde Kr Templin	1002	53	52	12	—	30	—	10
Görlsdorf Kr. Königsberg	635	52	23	8	5	9	—	6
Herrenſtein Kr. Templin	794	34	36	5	—	17	—	4
Jahnsfelde Kr. Landsberg	1064	87	42	17	—	18	—	7
Krohnhorſt Kr. Templin	510	40	13	6	—	2	—	5
Mansfelde Kr. Friedeberg	744	54	35	4	5	21	—	10
Mellentin Kr. Soldin	1065	82	45	17	2	20	—	8
Schönwerder Kr. Prenzlau	382	40	25	8	3	13	—	4
Seefeld Kr. Weſternberg	126	7	4	2	2	2	—	—
Wall Kr. Ruppin	581	32	15	2	2	9	1	4
Wendemark Kr. Angermünde	808	48	23	14	1	7	—	2
	9329	652	384 = 100 %	110 = 28,64 %	22	196 = 51,05 %	1 = 0,26 %	77 = 20,05 %

*) Im Altersheim untergebracht.
Vor der Aufteilung kam auf etwa je 24 ha eine Arbeiterfamilie.
Von den ausgelegten Stellen ſind 20,25 % Arbeiterſtellen.

ſind es ſogar 42,45 %. Das iſt im Vergleich zu den früheren Jahren ein weſentlich größerer Hundertſatz. Es macht ſich demnach ein großer Erfolg der Maßnahmen, die der Anſetzung von Landarbeitern dienen ſollten, bemerkbar. Man kann allerdings, wenn man die Abgewanderten mit 45,32 % erkennt, nicht leugnen, daß wir von einer reſtloſen Anſetzung noch nicht ſprechen können. Von den letzteren darf man aber wohl annehmen, daß ein Teil bei andern Siedlungsgeſellſchaften (bei unſerer Aufſtellung handelt es ſich nur um Ergebniſſe der „Eigenen Scholle") Land zum Siedeln gefunden hat. Mit der

Annahme, daß ein gutes Drittel trotzdem noch übrig bleibt, wird man ungefähr das Richtige treffen. Man wird leicht zu der Auffassung kommen, daß die Übrigbleibenden die Arbeitslosigkeit der landwirtschaftlichen Beschäftigten vermehrten. Das ist aber nicht ganz richtig. Die Pommersche Landgesellschaft schrieb zu dieser Frage [56]):

> „In allen Fällen haben sich Schwierigkeiten auch bei einem etwaigen Verbleib der Gutsarbeiter in den Gemeinden nicht ergeben. Die meisten Gutsarbeiter fanden s. Z. soweit sie noch arbeitsfähig waren, regelmäßig anderweit Beschäftigung."
>
> „Klagen über Belastung der Landgemeinden durch nicht angesiedelte Gutsarbeiter sind den Kulturämtern nicht bekannt geworden. Seitens der Gutsarbeiter sind wohl stellenweise Klagen von älteren Arbeitern vorgebracht worden, soweit sie noch keine Altersrente bezogen, auf andern Gütern keine Arbeit mehr erhielten und für eine Ansetzung als Siedler nicht mehr in Betracht kamen" [57]).

Nicht außer Acht gelassen werden darf eine Beschäftigung der Nichtangesetzten (besonders des Gesindes) auf einem etwaigen Restgut, das natürlich über die dort ständig Beschäftigten hinaus, einen Bedarf an Landarbeitern hat. Nicht alle Arbeit kann im Nebenberuf von Kleinsiedlern geleistet werden. Neben denen, die sich auf andern Gütern landwirtschaftlichen Erwerb suchen, bleibt also nur noch ein Rest übrig. Das sind die, die zwar zu alt zum Siedeln sind, aber eine Altersrente noch nicht beziehen, und die, die nicht siedeln wollen. Hierüber berichtet der Präsident des Landeskulturamts Frankfurt O. an die Landwirtschaftskammer in Stettin [58]):

> „Aufgefallen ist mir wiederholt, daß zu Beginn des Siedlungsverfahrens die Gutsarbeiter geschlossen ihre Ansiedlung ablehnten und mit Siedlungswünschen erst dann hervortraten, wenn Siedlerstellen nicht, oder nicht mehr in genügender Zahl verfügbar waren. Ob und welchen Einflüssen von außerhalb hier gefolgt worden war, habe ich mit Sicherheit nicht feststellen können, ..."

Es ist also durchaus nicht gesagt, daß eine Ansetzung aller Arbeiter nicht durchzuführen wäre, aber in den meisten Fällen sind die Gründe, die zu einer Ansiedlung nicht führten, in den Arbeitern selbst zu suchen. Das hat sich bisher auch immer bei allen von der Presse oder in den Parlamenten erhobenen Klagen gezeigt.

Die zweite Aufstellung, die hier auch wiedergegeben sei, umfaßt ein größeres Gebiet, nämlich ganz Pommern mit allen Ansiedlungsgütern seit 1919 bis Ende 1932. Sie ist aus den Einzelaufstellungen, die das L. K. A. Frankfurt a. O. angefordert hat, zusammengestellt. Das Bild ist ähnlich wie das bei der Erhebung des Verfassers bei der „Eigenen Scholle". Leider ist auch in den Einzelaufstellungen eine Unterscheidung nach den verschiedenen Jahren

---

56) Die Pommersche Landgesellschaft an das Landeskulturamt Frankfurt O. im Dezember 1932. Akten des L.K.A. Fft. O.

57) Das L. K. A. Fft. O. an die Landwirtschaftskammer in Stettin. Akten des L. K. A. Fft. O.

58) Der Präsident des L. K. A. Fft. O. an die Landwirtschaftskammer Stettin. Akten des L. K. A. Fft. O.

nicht vorgenommen worden. Außerdem finden sich unter den Neusiedlern auch Landarbeiter anderer Güter, die in der Nachweisung aber nicht in Erscheinung treten. Daher gibt sie kein vollkommenes Bild von den tatsächlich angesiedelten Landarbeitern. Besser ist also die erste Aufstellung, die aber nicht diejenigen berücksichtigt, die auf den Gütern anderer Siedlungsgesellschaften angesetzt worden sind.

Nachweis über den Verbleib der Landarbeiter von den aufgeteilten Gütern in der Provinz Pommern (1919—1932)[59].

Gebiet des Kulturamts	Zahl der Stellen	Wieviel Gutsarbeiter waren auf dem Siedlungsobjekt vor der Besiedlung vorhanden	Wieviel hiervon sind auf dem Siedlungsobjekt oder an anderer Stelle angesiedelt worden? Landarbeiter bis zu 3 ha	Kinderspannstellen 3-5 ha	Halbbauernstellen 5-10 ha	Vollbauernstellen 10-20 ha	Wieviel davon sind weggezogen	sind als Erwerbslose der betr. Landgemeinde zur Last gefallen	Bemerkungen *)
1. Stettin	55	1081	45	46	99	149	437	68	241[60])
2. Demmin	23	332	48	23	61	11	111	47	31
3. Strahlsund	14	175	23	13	20	10	72	12	25
4. Greifswald	13	213	23	35	38	9	54	50	4
5. Stettin	11	293	45	14	34	15	152	—	33
6. Stargard	9	151	13	15	9	3	64	—	47
7. Köslin	35	678	46	21	220	30	198	34	129
8. Stolp	23	461	42	33	111	53	146	—	76
9. Lauenburg	11	195	17	3	22	41	63	2	47
10. Neu-Stettin	23	222	19	11	20	4	129	—	39
zusammen	217	3801	321	214	634	325	1426	213	672
			1404						
		= 100 %	= 39,25 %				= 37,49%	= 5,6 %	= 17,66%

Die Ergebnisse der „Eigenen Scholle" und des Landeskulturamts Frankfurt O. ergeben, soweit sie miteinander vergleichbar sind, folgendes Bild:

	L. K. A. Fft. O.		Eigene Scholle	
Gesamtzahl d. erfaßten Landarbeiter	3801	100,00 %	384	100,00 %
davon sind angesetzt	1494	39,25 %	132	34,37 %
davon sind weggezogen	1426	37,49 %	196 **) 1 ***)	51,05 % 0,26 %
Rentenempfänger usw.	672	17,66 %	77	20,05 %
Erwerbslos	213	5,60 %	—	—

*) Vom Restgut übernommen, anderweit Arbeit gefunden, Rentenempfänger u. a.

**) auf das Land abgewandert.

***) in die Stadt abgewandert.

[59]) Angaben der Pommerschen Landgesellschaft Stettin.

[60]) einschl. 3 angesiedelter Söhne, 4 Deputatarbeiter, 1 Gutsbeamten.

Ein ungefähres Entsprechen ist bei den einzelnen Kategorien zu erkennen. Vielleicht würde das Bild noch gleichmäßiger sein, wenn alle Güter der Pommerschen Landgesellschaft hätten mitaufgeführt werden können. Diese Gesellschaft hat aber bei ihren Unterlagen ausdrücklich den Vorbehalt gemacht, daß sie Güter (bis zum Jahre 1926/27 in der Hauptsache) weggelassen habe, bei denen sichere Angaben wegen Fehlens geeigneter Unterlagen nicht gemacht werden könnten [61]). Zu beachten ist, daß übrigens in Pommern weit früher mit einer stärkeren Ansetzung von Landarbeitern angefangen wurde als in Brandenburg. Dadurch sind auch die z. T. höheren Zahlen zu erklären.

Leider wird aus diesen beiden Tabellen nicht ersichtlich, welche Fortschritte die Ansetzung von Landarbeitern in den letzten Jahren gegenüber früheren gemacht hat. Der Verfasser hat deswegen nach der repräsentativen Methode eine andere Aufstellung angefertigt. Als Unterlagen wurden die von der Deutschen Ansiedlungsbank 1932 aufgeteilten Güter benutzt, dazu Angaben der Siedlungsgesellschaft „Bauernhof" und Mitteilungen Silvio Brödrichs [62]) für vier in der letzten Zeit von ihm besiedelte Güter. Die Objekte sind also nicht besonders ausgewählt, sondern einfach herausgegriffen. Ab-

Verbleib der Landarbeiter von i. J. 1932 aufgeteilten Gütern, zusammengestellt nach versandten Fragebogen.

Name des Gutes	Größe ha	Gesamtzahl der ausgelegten Stellen	Vorher a. d. Gut beschäftigte Arb.-Fam.	Zahl d. angeſ. Landarbeiter		Von d. Landarbeitern abgewandert		Zu alt zum Siedeln
				vom Siedl. Gut selbst	von andern Gütern	auf das Land	in die Stadt	
Bredenfelde	644	41	24	21	3	2	—	1
Wültschkau	448	38	27	14	2	1	—	12 [63])
Klein-Nemerow	399	21	15	6	6	3	2	4
Hohenzollern (8 Güter)	3345	289	165	165	4	—	—	— [64])
Suckwitz	575	36	11	7	—	2 *)	—	2
Schossin	575	42	11	6	—	1 *)	2 [65])	2
Banzin	588	45	31	31	—	—	—	—
Dersenow		52	25	25	—	—	—	—
Roggenhagen	1550	68	37	13	—	21	—	3 [66])
Bresewitz	660	30	17	5	—	5	3 [67])	4 [66])
		662	363 = 100 %	293 = 80,72 %	15	35 = 9,64 %	7 = 1,93 %	28 = 7,71 %

[61]) Akten des L. K. A. Fft. O.

[62]) Archiv für innere Kolonisation, XXIV. Band, 1932, S. 348.

[63]) Im Gemeindehaus untergebracht.

[64]) 147 Guts- und 22 Forstarbeiterfamilien.

[65]) Gutsgärtner, die eine Abfindung zum Erwerb einer Gärtnerei in Hamburg erhielten.

[66]) Rentenempfänger, die in die Stadt gezogen sind.

[67]) Gelegenheitsarbeiter.

*) als Siedler.

weichungen in der Verallgemeinerung der gewonnenen Ergebnisse werden natürlich zu erwarten sein. Zunächst erscheinen sie zahlenmäßig außerordentlich günstig, auch im Vergleich zu den beiden anderen Aufstellungen.

Am hervorstechendsten sind die Daten der Siedlungsgesellschaft „Bauernhof", die 1932 acht große Güter des Fürsten Hohenzollern-Sigmaringen in Pommern aufgeteilt hat. Auf diesen Gütern waren bisher 165 Familien beschäftigt. Es wurden angesetzt: 147 Guts- und 22 Forstarbeiterfamilien. Die Gutsarbeiter haben Bauernstellen von durchschnittlich 30 Morgen und Einspännerstellen von 40 Morgen erhalten. Die Forstarbeiter wurden mit 15 Morgen-Stellen bedacht, da sich für sie auch weiterhin die Möglichkeit bietet, in den Forsten des Fürsten Beschäftigung zu finden. Hier wurde also nicht nur niemand vertrieben, sondern sogar noch 4 Arbeiterfamilien neben weiteren 120 bäuerlichen Siedlern mehr angesetzt.

In unserer Zusammenstellung ist der Anteil der Leute, die zum Siedeln zu alt waren, wesentlich niedriger als in den beiden anderen. Auch die Zahl der Angesetzten mit 82,72% der Gesamtzahl ist sehr hoch. Selbst unter der Einschränkung, daß hier *vielleicht* besonders günstige Zahlen vorliegen, kann man doch den Schluß ziehen, daß man die Landarbeiter, die zum Siedeln in Betracht kommen, ansetzen kann, wenn man nur den genügenden Nachdruck darauf legt. U. a. hat auch die Mecklenburgische Landgesellschaft im vergangenen Jahre gute Erfolge mit der Landarbeitersiedlung gehabt [68]).

Meines Erachtens kann man zusammenfassend feststellen, daß, wenn auch die Zahlen über die Landarbeitersiedlung für 1932 noch nicht vorliegen, doch ein grundlegender Wandel eingetreten ist, und daß die Behauptung nicht mehr zu halten ist, durch die ländliche Siedlung verlören die Landarbeiter in großem Ausmaße ihren Lebensunterhalt und wären gezwungen in die Stadt abzuwandern. Das Siedlungsergebnis der beiden letzten Jahre beweist, daß dies nicht mehr der Fall ist, sondern daß in allen Fällen, in denen persönliche Eignung und der Wille zum Siedeln vorhanden war, die Landarbeiter bei der Auswahl der Siedler immer an erster Stelle berücksichtigt wurden. Wenn aber aus diesem oder jenem Grunde eine Ansiedlung nicht stattfindet, dann wird immer — im ganzen gesehen — das alte Gut eine neue Heimstätte für mehr Menschen als früher sein. Das kommt deutlich genug in den Zahlen über die durch Siedlung hervorgerufene Bevölkerungsvermehrung zum Ausdruck.

III. Die Auswirkung des Aufbaus der Siedlergehöfte.

1. Die Vorarbeiten.

Eine unmittelbare Auswirkung der inneren Kolonisation ist die Erstellung der Siedlung, d. h. alle jene wirtschaftlichen und technischen Vorgänge, die mit dem Aufbau der Siedlerstellen eng verknüpft sind. Die Rückwirkungen dieser „Ereignung Siedlung" sind außerordentlich verwickelt. Man darf also bei einer Betrachtung dieses Problems sich nicht damit begnügen, etwa zu

[68]) Jahresbericht der Mecklenburgischen Landgesellschaft 1932.

sagen, so und so viele Arbeiter sind bei dem Aufbau der einzelnen Siedlerstelle oder der gesamten Aufteilung beschäftigt worden. Um alles zu erfassen, muß man weitergreifen. Zu bedenken bleibt, daß man bei dem Aufbau der Siedlung streng teilen muß zwischen den eigentlichen Arbeitslöhnen, d. h. den von den Siedlungsträgern oder den Unternehmern gezahlten Vergütungen für die bei der Errichtung der Stellen geleistete Arbeit, und den verwendeten Materialien, in denen bereits ein beträchtlicher Arbeitsaufwand steckt.

Die Betrachtung der Auswirkung für die nächste Umgebung des Aufteilungsgutes dürfte verhältnismäßig einfach sein; es werden sich aber schon Schwierigkeiten zeigen, wenn man die Lohnsumme in ihrem weiteren Wege in der Wirtschaft verfolgen will. Es gibt heute noch keine exakten Untersuchungen, wie sich eine Arbeit in der Wirtschaft weiter auswirkt; es soll jedoch versucht werden, den Weg des gezahlten Geldes zu verfolgen und seine Wirkungen zu verdeutlichen. Wie gesagt, es handelt sich um den Versuch einer Deutung, nicht um eine exakte Beweisführung, die nur auf Grund eines umfangreichen Quellenmaterials zu führen wäre.

Gehen wir zunächst von den einfachsten auf der Hand liegenden Dingen aus. Es ist ohne weiteres klar, daß durch die Ereignung Siedlung Geld in die nächste Umgebung des aufzuteilenden Gutes fließt, das sonst seinen Weg nicht dorthin genommen hätte. Dieses Geld bringt Arbeit, denn es müssen alle Aufgaben erledigt werden, die der ordnungsgemäßen Durchführung des Siedlungsvorhabens entsprechen. Hiermit nicht genug zieht der Aufbau eines Siedlungsdorfes die Erstellung von mannigfachen Folgeeinrichtungen nach sich. Versuchen wir an Hand der Reihenfolge des Aufbaues einer solchen Siedlung uns klar zu machen, was an Arbeiten benötigt wird, woher die dort beschäftigten Arbeiter stammen und welchen Weg das dort aufgewendete Kapital nimmt, ob es in der nächsten Umgebung bleibt oder zum größten Teile wieder abfließt.

Man kann annehmen, daß in der Regel der größere Teil der Erwerbssumme für das Gut nicht unmittelbar dem Konsum wieder zufließt. Mag es auch heute so sein, daß bei verschuldeten Großgütern, die ja zunächst der Aufteilung zugeführt werden, bestimmte Gelder zur Befriedigung der dort ansässigen Gläubiger dienen, so wird es doch immer nur der kleinere Teil sein. Der dem Verkäufer verbleibende Rest wird in den meisten Fällen nicht in der Nähe des Siedlungsgutes bleiben oder dort dem Konsum zufließen, da der bisherige Eigentümer häufig fortzieht. Abgesehen von dem Restkaufgeld, das für unsere Betrachtungen völlig nebensächlich ist, wird aber diese Summe der Volkswirtschaft in irgendeiner Form wieder zugute kommen. Das mag in Form der Kapitalbildung geschehen oder indem es in anderen Zweigen der Wirtschaft direkt seine Verwendung findet.

Ist das Gut in das Eigentum des Siedlungsträgers übergegangen, so setzt die „Ereignung Siedlung" ein. Man beginnt mit der Vermessung. Nach den Angaben der Deutschen Ansiedlungsbank berechnen sich die Kosten für die Vermessung einschließlich der dazugehörigen Materialien an Grenzsteinen,

Arbeitslöhnen, Fuhrlöhnen usw. auf 24,— RM je ha, während der Fiskus etwa 28,— RM dafür benötigt. Von diesen 24,— bezw. 28,— RM kann man rd. 50% für Löhne annehmen [69]); das wären also 12 bezw. 14 RM je ha. Bei einem Gut von z. B. 500 ha würde die gezahlte Lohnsumme bei Annahme des geringeren Kostenaufwandes je ha schon 6.000 RM ausmachen. Zum allerkleinsten Teile wird diese Summe in die Gegend fließen, in der die Kolonie aufgebaut wird. Die Hauptarbeit liegt nachher in der Ausarbeitung, die in den meisten Fällen — da man selten ortsansässige Geometer verwendet [70]) — am Sitz des Siedlungsträgers geleistet wird. Es bleibt in der Umgebung also nur das, was die mit der Vermessung Beauftragten an Ort und Stelle verzehren und was im Siedlungsbezirk an Arbeits- und Fuhrlöhnen gezahlt wird. Dafür wird aber bei den Siedlungsträgern einer Anzahl von Geometern eine Existenz geschaffen. Im einzelnen Fall sind die für die Herstellung der Grenzsteine und etwa notwendig werdende Erdarbeiten und Fuhren gezahlten Löhne unbeträchtlich; das Bild rundet sich in dem Augenblick ab, wenn man die als Grundlage benutzten Angaben der Ansiedlungsbank auf die gesamte Siedlung ausdehnt. Man wird dann zu der Überzeugung kommen, daß man diesen Teil der „Ereignung Siedlung" nicht außer acht lassen darf. In den vergangenen Jahren sind insgesamt rd. 600 000 ha besiedelt worden. Eine Aufmessung des Geländes war stets erforderlich, sodaß wir ohne weiteres diese Summe mit den als Kostenaufwand erforderlichen 12.— RM (wir nehmen wie in der Folge stets die ungünstigsten Zahlen an) multiplizieren können. Man wird erstaunt sein, daß sich eine so hohe Summe wie 7 200 000 RM ergibt. Rechnet man das Durchschnittsgehalt eines Geometers mit 3.600 RM jährlich [71]) und von der Gesamtsumme 70% als für deren Bezahlung erforderlich, so wird man feststellen müssen, daß sich in den 14 Siedlungsjahren für 14.000 Geometer Beschäftigung ergab, d. h. aber in jedem Jahr durchschnittlich 1.000 Geometer. Diese Anzahl findet demnach allein durch die innere Kolonisation Arbeit und Brot!

Wir hörten, daß die mit der eigentlichen Aufmessung beschäftigten Personen gewöhnlich von den Siedlungsträgern oder dem Finanzierungsinstitut gestellt werden. Es ist notwendig, an dieser Stelle eine grundsätzliche Klärung vorzunehmen, inwieweit durch die vorliegenden Ausführungen die Einwirkungen auf den Arbeitsmarkt ermittelt werden sollen bezw. überhaupt ermittelt werden können. Es erscheint nicht möglich, ein Ergebnis darüber zu erlangen, wie weit die Siedlung ihn bis in ihre letzte Auswirkung beeinflußt. Die Kanäle, durch die das von der Siedlung in Bewegung gesetzte Geld fließt, sind so mannigfacher Art, daß sie sich nie alle feststellen lassen werden. Schon wenn wir die Unzahl der in der Siedlung tätigen Organisationen im Geist an uns vorüberziehen lassen, werden wir einsehen, daß man sichere An-

---

[69]) Nach den Angaben der Deutschen Ansiedlungsbank.

[70]) Mecklenburg macht hier eine Ausnahme. Auch die privaten Siedlungsgesellschaften verwenden im allgemeinen zu diesen Zwecken ansässige Geometer.

[71]) Nach den Angaben der Deutschen Ansiedlungsbank.

gaben hierüber nicht finden kann. Zudem wird eine Überdeckung der Tätigkeit mit anderen Dingen bereits vielfach zu erkennen sein. Aus diesem Grunde müssen wir von vornherein eine sichere Grenze ziehen, innerhalb der sich unsere Betrachtungen bewegen. Es steht fest, daß bei den Siedlungsträgern, den Behörden, wie z. B. bei den Ministerien und Landeskulturämtern, den Architekten und Baufirmen, kurz bei allen Stellen, die mit der Siedlung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen, viele Menschen Beschäftigung finden. Wir beschränken uns deswegen in den vorliegenden Ausführungen darauf, nur das zu zeigen, was, von den genannten Organisationsträgern abgesehen, durch den Aufbau einer Siedlung und der gesamten ländlichen Siedlung unmittelbar ersichtlich in Arbeit gesetzt wird. In einem späteren Abschnitt soll gezeigt werden, welche Vorteile eine erfolgreiche innere Kolonisation für die Gebiete, die mit Siedlungen durchsetzt worden sind, mit sich bringt. Es wird dabei vor allem zu berücksichtigen sein, wie sich die veränderte Struktur des Bevölkerungsaufbaus in ihren soziologischen und wirtschaftlichen Folgen erweist. Diese Arbeit wird sich also darauf beschränken, die Auswirkungen der Erstellung von neuen Siedlungsdörfern auf den örtlichen Arbeitsmarkt und die der bei ihnen verwendeten Materialien auf den näheren und weiteren Arbeitsmarkt zu zeigen. Trotzdem man bei letzterem genaue Zahlen nicht wird erhalten können, darf man wohl annehmen, daß sich Werte ergeben werden, die der Wirklichkeit stark nahe kommen.

In vielen Fällen sind nach Beendigung der Vermessungen Meliorationen und Wegebauten notwendig. Der Anschluß der Siedlungen an ein gut ausgebautes Straßennetz ist für die spätere Lebensfähigkeit von größter Bedeutung. Gute Straßen ersparen nicht nur eine Fülle von Zeit, sondern auch Menschen-, Pferde- und Maschinenkraft, Geld für Reparaturen und sonstige Schäden. Der Umfang der erforderlichen Meliorationen wird in jedem Falle verschieden sein; deswegen ist es schwer, einen allgemeinen Überblick zu erlangen. Auch die vom Verfasser versandten Fragebögen ließen eine einheitliche Deutung nicht zu. Wir müssen daher darauf verzichten, diese Dinge im großen auszuwerten. Als Beispiel dafür, daß in vielen Fällen erhebliche Summen zu diesen Zwecken bereitgestellt werden müssen, seien hier die von der „Eigenen Scholle" für ihr Gut Wendemark aufgewendeten Kosten wiedergegeben:

„Insgesamt ist festzustellen, daß die Wegebefestigungen und Wegeausbesserungsarbeiten in Wendemark einen Betrag von 37.940.00 RM ausmachen. Das Wegeplanum erfordert insgesamt einen Betrag von 8.710,— RM. Von diesen Beträgen ist ein Teil als Beihilfe für Notstandsarbeiten abzusetzen. Für die Meliorationsarbeiten ist ein Betrag von 10.000,— RM erforderlich, welcher sich folgendermaßen gliedert:

a) Grabenausbau in den Koppeln	1.300 RM
b) Wiesenmeliorationen einschl. Ansaat	6.000 RM
c) Umbruch	2.700 RM.
zus.	10.000 RM."

Marion bringt Belege dafür, daß durch die Meliorationstätigkeit Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden [72]).

2. Die Baulichkeiten.

Die Hauptarbeit beginnt mit der Errichtung der Baulichkeiten. Hier ist für die zu untersuchenden Auswirkungen folgendes zu beachten: Im Laufe der letzten Jahre, insbesondere des Jahres 1932, hat sich der Kostenaufwand für das einzelne Gehöft wesentlich vermindert. Es kommt hinzu, daß man, soweit es sich eben durchführen läßt, anstelle von Neubauten vorhandene Gebäulichkeiten durch Um- oder Ausbau für Siedlungszwecke benutzbar macht. Alles dies bedeutet ein Absinken der durchschnittlichen Kosten für die einzelne Stelle. Naturgemäß bedingt die Verminderung dieses Aufwandes eine Herabsetzung der erforderlichen Tagewerke für die Fertigstellung einer solchen Siedlung. Indem man mit vollkommener Absicht die Siedlungskosten senkt, vermindert man gleichzeitig die durch den Aufbau einer Kolonie gewährte Arbeitsmöglichkeit. Bei den Vorteilen, die das primitivere Sedlungsverfahren für die Lebensfähigkeit der einzelnen Stelle bietet, muß dieser Vorgang mit in Kauf genommen werden; jedoch wird durch das Sinken der durchschnittlichen Kosten die Möglichkeit geboten, mit dem zur Verfügung stehenden Gelde mehr Stellen als vorher auszulegen, sodaß für den uns hier interessierenden Effekt ein ungefährer Ausgleich stattfindet. Die nachfolgenden Zahlen für einen größeren Siedlungsbezirk — es sind die im Jahre 1929 von der Mecklenburgischen Landgesellschaft in Schwerin im Lande Mecklenburg-Schwerin errichteten Baulichkeiten — seien hier wiedergegeben, weil sie eine Umrechnung der aufgewandten Summen in Arbeitslöhne und Tagewerke bieten. Aus ihnen kann man sich einen guten Überblick verschaffen, was die Bautätigkeit einer, allerdings der größten dort ansässigen Siedlungsgesellschaft für ein Land wie Mecklenburg-Schwerin bedeutet. Das Geld ist restlos, auch das für Ziegel und Holz aufgewandte, im Lande Mecklenburg verblieben, kam also der einheimischen Wirtschaft bis auf einen verschwindenden Rest zugute.

Die Erstellung der Baulichkeiten kostete 2.036.345,— RM. Es wurden vom 15. 4. bis 15. 12. 1929, also für das ganze Baujahr 1929, durchschnittlich 616 Arbeiter mit je 193,3 Arbeitstagen d i r e k t (also auf den Baustellen) beschäftigt. Bei durchschnittlich $7^3/_4$ stündiger Arbeitszeit und einem durchschnittlichen Stundenlohn von 0,85 RM, der damals gezahlt wurde, waren für die 119.084 Tagewerke = 922.901 Arbeitsstunden rd. 785.000 RM an Lohn erforderlich. Dabei ist das schwer erfaßbare Landgeld, das an die Arbeiter gezahlt wurde, in dieser Summe nicht mit enthalten. Zu den errichteten Baulichkeiten wurden von den hauptsächlichsten Baustoffen benötigt: 4.161.000 Stück Mauersteine
922.000 Stück Dachsteine
3.345 cbm Balken und Verbandholz.

[72]) Kurt Marion: Die bisherigen Auswirkungen des Reichssiedlungsgesetzes, 1926.

Die Herstellung bezw. Bearbeitung dieser Baustoffe erforderte an Arbeitsstunden und reinen Arbeitslöhnen:

4.161.000	mal	30	Std./00	=	124.830	Std.	=	15.604 Tagewerke
922.000	„	30	„ „	=	27.660	„	=	3.458 „
3.345	„	8	„ „	=	26.760	„	=	3.345 „
			insgesamt		179.250	Std.	=	21.407 Tagewerke

(das Tagewerk ist dabei zu je 8 Stunden gerechnet).

Es wurden demnach an reinen Arbeitslöhnen gezahlt:

124.830	mal	0,80	RM	=	99.864,— RM
27.660	„	0,80	„	=	22.128,— „
26.760	„	0,70	„	=	18.732,— „
					140.724,— RM

dazu Löhne an 616 Handwerker und Arbeiter

922.901	mal	0,85	RM	=	785.000,— RM
					925.724,— RM

Die Angaben über die Lohnhöhe und die erforderliche Arbeitszeit für die Herstellung der Materialien wie auch die ganzen Unterlagen stammen von der Mecklenburgischen Landgesellschaft, entsprechen also durchaus den damaligen Verhältnissen.

Von dem gesamten Bauaufwand von 2.036.345,— RM wurden demnach als Arbeitslöhne 925.724,— RM gezahlt, d. s. rd. 45%. Insofern unterscheiden sich diese Angaben von denen Geßmanns [73]). Dieser nimmt bei Kleinhäusern den Anteil der Löhne an den Herstellungskosten eines Baues einschließlich der Löhne für die Baumaterialienherstellung mit durchschnittlich 86% an. Der Unterschied ist dadurch erklärlich, daß in unserer Berechnung noch nicht alle Kostenelemente enthalten sind. Es fehlen z. B. die Angaben über die zur Herstellung und den Ausbau des Wohnhauses und der Ställe verwendeten Materialien. Außerdem mag hinzu kommen, daß bei den von Geßmann untersuchten Kleinhäusern ein größerer Komfort entsprechend den Ansprüchen der Städter angenommen werden muß. Gerade diese Dinge, die bei Siedlungsbauten entbehrlich sind, wie z. B. Wasserleitung, Badeeinrichtung und Heizungsanlagen, müssen den Anteil der Lohnkosten für die verwendeten Materialien erhöhen.

Die Bedeutung solcher Summen, wie sie sich aus der Zusammenstellung der Mecklenburgischen Landgesellschaft ergeben haben, wird auch von den Siedlungsgesellschaften klar erkannt. Am eingehendsten berichtet darüber die Ostpreußische Landgesellschaft in ihren Jahresberichten 1929 und 1930 [74]):

---

[73]) Geßmann: Neues Bauen, und: Wie ernähren wir uns?

[74]) Bericht 1929 S. 26 und Bericht 1930 S. 27.

„Von besonderer Bedeutung war unsere Siedlungstätigkeit für den Arbeitsmarkt. Rechnet man für den Aufbau eines neuen Normalgehöfts rund 4.000 Arbeitsstunden, für den Umbau einer alten Stelle mit alten Gebäuden rund 2.000 Arbeitsstunden, so ergeben sich als Arbeitszeit für den Aufbau der Gebäude 1929 rund 2.900.000 Stunden, bei durchschnittlich $8^1/_2$ stündiger täglicher Arbeitszeit, mithin 341.176 Arbeitstage. Bei Beschäftigung eines Arbeiters an dreihundert Arbeitstagen sind demnach 1.137 Arbeiter beschäftigt worden. Rechnet man hierzu die Arbeitskräfte für Holzbearbeitung, Ziegelbrennen usw., so ergibt sich, daß allein die Bautätigkeit der Ostpreuß. Landgesellschaft im Jahre 1929 mindestens 1.300 Arbeitern für ein volles Jahr Beschäftigung gegeben hat. Dazu kommen noch die Arbeitstage für den Ausbau der Wege, Brücken und Gräben, der Meliorationen und mittelbar für eine Reihe öffentlicher Bauten, wie Schulen, Spritzenhäusern usw. Bei der heutigen Arbeitslosigkeit gewinnt dieser Umstand eine besondere Bedeutung. An Gesamtkosten sind 8,5 Millionen RM verbraucht worden. Die Bautätigkeit der O. L. G. hat demnach auf das ostpreuß. Wirtschaftsleben einen beträchtlichen Einfluß gehabt."

„Die von der Landgesellschaft vergebenen Bauten haben wiederum eine große Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Provinz gehabt. Rechnet man für den Aufbau eines Normalgehöftes rund 4.000 und für den Umbau einer Stelle mit Ergänzungsbauten rund 2.000 Arbeitsstunden, so ergeben sich im Berichtsjahr 3.550.000 Arbeitsstunden oder bei durchschnittlich $8^1/_2$ Stunden täglicher Arbeitszeit 417.647 Arbeitstage. Bei Beschäftigung eines Bauarbeiters an 270 Tagen sind mithin rund 1.150 Arbeiter beschäftigt gewesen. Rechnet man hierzu die Arbeitskräfte für Holzgewinnung und -bearbeitung, Ziegelbrennen, Transport usw. so haben rund 1.900 bis 2.000 Arbeiter Beschäftigung gefunden."

Zwischen den beiden Berichten ist insofern ein Unterschied in der Beurteilung der durchschnittlichen Arbeitszeit eines Bauarbeiters auf das Jahr vorhanden, als einmal mit einer 300 tägigen und das andere Mal mit einer 270 tägigen Beschäftigung gerechnet wird. Man nimmt im allgemeinen im Baugewerbe eine jährliche Arbeitszeit von 270 Tagen an. Diese Berechnungsart werden wir auch in der Folge zugrunde legen. Die im Bericht der O. L. G. erscheinenden Zahlen sind demnach zu niedrig.

Im Jahre 1930 sind aber in Ostpreußen 2.137 Siedlungen errichtet worden, von denen 1.091 auf die O. L. G. entfallen. Das würde bedeuten, daß durch die Errichtung von Neusiedlerstellen allein in Ostpreußen 3.900 Arbeiter durch die Siedlung ihr Brot fanden.

Auch der Kreis Neustettin weist auf diese erfreuliche Wirkung auf dem Arbeitsmarkt hin [75]).

Aus den vorstehenden Ausführungen kann man klar und deutlich erkennen, daß in der heutigen Wirtschaftsnot die Siedlung wohl nicht imstande ist, diese auch nur für Teilgebiete aufzuheben und so eine segensreiche Wirkung

[75]) Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage des Kreises Neustettin. Frühjahr 1930. S. 9, Ziff. 24.

auszuüben; wohl aber daß sie ein weiteres Absinken der Beschäftigungsziffern verhüten kann und dadurch für die betroffene Gegend von großer Bedeutung wird. Genauere Berechnungen bringt die „Deutsche Bauernschaft“ für vier ihrer Aufteilungsgüter im Kreise Soldin[76]):

> „Auf den 4 Gütern Wiesenbrügge, Tempelhof-Schöneberg, Grünrad und Schönow ergeben sich an Gebäudewerten für die Siedlungen zusammen rund 3.070.000 RM.
> Für das Siedlungsgebiet bedeutet die Neuanschaffung von Werten in der genannten Höhe wirtschaftlich eine außerordentliche Förderung. Es soll dies im folgenden Abschnitt näher dargelegt werden.
> Die Bauarbeiten wurden je Siedlung an durchschnittlich je 30 Unternehmer vergeben, wovon 4 Bauunternehmer und die übrigen selbständige Bauhandwerker waren. Diese 30 Unternehmer beschäftigten auf den 4 Siedlungen insgesamt 940 Arbeiter.
> 85 % von diesen Arbeitern waren saisonmäßig beschäftigt. Die Zahl der dauernd beschäftigten Arbeiter hat sich durch die Siedlung von durchschnittlich 8 % auf 15 % erhöht. Von diesen 940 Arbeitern wurden in den vier Siedlungen 129.937 Arbeitstage geleistet.“

Wichtig ist aus den weiteren Angaben über die verbrauchten Materialien usw. die Feststellung, daß im Durchschnitt — Neu- oder Umbau mitgerechnet — 530 Arbeitstage für die Erstellung eines Gehöftes aufgewandt werden müssen.

In der Provinz Schleswig-Holstein fanden sich von 1919—1926 bei der Errichtung der von der Höfebank Kiel ausgelegten Stellen für insgesamt 17.640 Personen Arbeitsgelegenheiten, die teils dauernd, teils mit Unterbrechung gegen Entgelt beschäftigt wurden[77]).

Wenn man versucht, die Ergebnisse aus diesen Betrachtungen zu ziehen, kommt man zu beachtlichen Feststellungen. Vorher mag aber noch ein Rückblick auf die von der Königlichen Ansiedlungskommission in den Jahren ihrer Tätigkeit bis 1906 verbrauchten Materialien erlaubt sein. Er wirft ein deutliches Bild auf den ungeheueren Einfluß, den eine Siedlung großen Ausmaßes auf eine ganze Provinz haben kann. Die Zusammenstellung der errichteten Bauten und der aufgewandten Summen spricht eine deutliche Sprache[78]). Im ganzen sind bis Ende 1906 — vom Staat und von den Ansiedlern zusammen — errichtet worden:

Kirchen	35
Bethäuser	23
Pfarrgehöfte	37
Schulen (zweiklassig)	30
Schulen (einklassig)	240
Gemeindehäuser jeder Art	300
Kruggehöfte	210

[76]) Die Siedlungen der Deutschen Bauernschaft. S. 25.
[77]) Akten der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation.
[78]) Denkschrift der Ansiedlungskommission, S. 65.

Bauerngehöfte (Renten- und Pachtstellen)	11.360
Arbeitergehöfte f. 2 Familien	256
Arbeitergehöfte f. 1 Familie	39

Zu diesen Bauten sind nach den angestellten Berechnungen verwendet worden:

670.850.000	Mauersteine	= 14.000.000 ℳ
916.800	cbm Feldsteine	= 2.750.000 ℳ
180.191.000	Dachsteine	= 6.300.000 ℳ.

Es haben ferner betragen:

Die Löhne für Erd-, Maurer-, Zimmer-, Dachdecker usw. Arbeiten	= 21.500.000 ℳ
der Wert d. verbauten Holzes	= 28.500.000 ℳ
" " " verbauten Kalkes und Zement	= 5.700.000 ℳ
" " " verbauten Eisens	= 2.200.000 ℳ
" " " Pappdächer	= 2.400.000 ℳ
" " " Tischler-, Schlosser-, Glaser-, Maler- usw. Arb. u. f. d. innere Ausstattung	= 10.300.000 ℳ
" " " eisernen und Kachelöfen	= 2.750.000 ℳ
" " " Brunnen ohne Ziegel	= 3.200.000 ℳ
im ganzen sind also	99.600.000 ℳ

für die Bauten der Ansiedlungen aufgewendet worden. Diese Summe ist, da die in den Betrieben der Ansiedlungskommission hergestellten oder von den Gutsverwaltungen erworbenen Materialien auf höchstens 8—9 Mill. ℳ anzuschlagen sind, zum allergrößten Teil in den Ansiedlungsprovinzen heimischen Fabrikanten, Kaufleuten, Handwerkern und Gewerbetreibenden zugeflossen.

Über die Art und Weise der Bauausführung teilt sie uns weiter mit, daß sie bei den Ansiedlern selbst gelegen habe, während die Ansiedlungskommission die Materialien und die Pläne beschaffte [79]).

Rund 100 Millionen ℳ sind in den zwanzig Jahren ihrer Arbeit an Materialien und Löhnen der ostdeutschen Wirtschaft zugeführt worden, und haben in ihr gewirkt und vielfachen Segen und Arbeit gebracht. Es macht für die Wirkung dabei nichts aus, daß von den 671 Mill. Mauersteinen viele in staatseigenen Betrieben hergestellt worden sind. Die Wirkung auf den Arbeitsmarkt wurde dadurch nicht verringert.

Wie steht es heute? Treten bei der von uns jetzt durchgeführten und von allen Behörden unterstützten Ostsiedlung dieselben Wirkungen ein? Die Wirtschaft hat sich gewandelt, und die Verhältnisse in den ostdeutschen Provinzen sind gänzlich andere geworden. Vertieft man sich in die Denkschriften über die deutschen Ostprovinzen [80]), so findet man das Bild einer ungeheueren Wirtschaftsnot; und man gewinnt die Überzeugung, daß Siedlung heute neben allen andern Gründen, auch wegen ihrer die wirtschaftliche Notlage mildernden Wirkungen unentbehrlich ist. Staatsminister a. D. Rönne-

[79]) Denkschrift der Ansiedlungskommission, S. 63.
[80]) Denkschrift der Ostprovinzen: Die Not der Ostprovinzen. 1930.

burg[81]) gibt an, daß für die Errichtung einer Siedlerstelle etwa 1500—1800 Arbeitstage erforderlich seien. Derselben Meinung ist Maxion[82]). Er kommt demnach für die von 1919—1926 gegründeten 19.000 Stellen auf eine Arbeitszeit von 28,5 bis 34,2 Millionen Arbeitstage. Die Schlußfolgerung hieraus ist die, daß Siedlung in erheblichem Umfange Arbeit schaffe. Die genannten Zahlen mögen für die bis dahin errichteten Siedlerstellen zutreffen, allerdings nur unter Berücksichtigung der damals größeren Ausstattung und „pompösen" Erstellung der einzelnen Gehöfte. Heute und auch schon vor zwei Jahren treffen diese Angaben nicht mehr zu. 1.500 Arbeitstage sind für die Errichtung einer Ansiedlerstelle unter den heutigen Umständen zuviel.

Für die 1932 und z. T. auch schon 1931 errichteten Stellen wird man nicht mehr mit 1500 bis 1800 Arbeitstagen rechnen dürfen. Schon in den oben von der Ostpreuß. Landgesellschaft mitgeteilten Berichten erscheinen wesentlich niedrigere Angaben. Jedoch sind 4.000 Arbeitsstunden für Neubauten und 2.000 Arbeitsstunden für Umbauten sehr wenig. Falls sie für Ostpreußen zutreffen werden, so können sie doch nicht auf die Siedlung des ganzen Reiches verallgemeinert werden.

Es sei deshalb versucht, eine genaue Berechnung an einem — heute als Normaltyp geltenden — Gehöft durchzuführen. Es handelt sich um einen 60 Morgentyp mit folgenden Einzelheiten: Fachwerk mit Ziegeldach, ausgebautem Erdgeschoß, nicht ausgebautem Dachgeschoß (Stall und Wohnung unter einem Dach). Stalleinrichtung muß der Siedler selbst herstellen. Die Grundfläche beträgt 9 mal 26,4 m[83]). Die Arbeitslöhne betragen im einzelnen:

Fundament und Keller (mit Erdarbeiten)			250,— RM
Zimmerarbeiten:	Wohnteil	750,— RM	
	Stall und Scheune	750,— "	
	Verschaalung	150,— "	1.650,— RM
Dachdecker			210,— "
Maurer (mit Putz)			600,— "
Tischler			225,— "
Ofensetzer			45,— "
Stallfußboden			20,— "
		reine Arbeitslöhne	3.000,— RM

[81]) Rönneburg: Hat die deutsche Industrie ein Interesse an der landwirtschaftlichen Siedlung? Berliner Tageblatt Nr. 343 vom 23. Juli 1926.

[82]) Maxion: Die bisherigen Auswirkungen des Reichssiedlungsgesetzes. 1926. S. 85.

[83]) Die Angaben stammen von Dipl.-Ing. Professor Lörcher, der bereits in mehreren Siedlungen diesen Typ errichtet hat, so in Dedichow auf Usedom 13 solcher Gehöfte.

3.000 RM ergeben bei durchschnittlich achtstündiger Arbeitszeit und 0,60 RM Stundenlohn [84]):

8 mal 0,60 RM	=	4,80 RM je Tag
3.000 durch 0,60	=	5.200 Arbeitsstunden
	=	625 Arbeitstage je Gehöft.

Hierzu kommen je Brunnen noch durchschnittlich 180,— RM Lohn, d. s. weitere 300 Arbeitsstunden oder 37 Arbeitstage. Der Aufbau eines Gehöftes würde demnach (ohne elektr. Licht, das aber auch oft angelegt wird; es soll hier jedoch außer Betracht bleiben) nach Lörcher 665 Arbeitstage erfordern.

Die D.L.G. rechnet 4.000 Arbeitsstunden = 500 Arbeitstage für Neubauten und 2.000 Arbeitsstunden = 250 Arbeitstage für Umbauten, und die Deutsche Bauernschaft als Durchschnitt zwischen Neu- und Umbauten 530 Arbeitstage. Bei der D.L.G. ergibt sich für diesen Durchschnitt, wenn je die Hälfte als Neu- und Umbauten gerechnet wird, ein Mittel von 375 Arbeitstagen.

Wir wollen auch hier wieder die ungünstigeren Zahlen nehmen, und rechnen nach unserem Beispiel mit einem Aufwand von 600 Arbeitstagen für die Siedlungsjahre 1931 und 1932. Da sich genaue Zahlen nicht feststellen lassen, nehmen wir die Hälfte der in diesen Jahren errichteten Bauten als Umbauten an, für die wir 300 Arbeitstage ansetzen wollen.

Es sind aber 1931 und 1932 im Reich ausgelegt worden:

1931	8.889	Neusiedlerstellen
1932	8.877	Neusiedlerstellen
	17.766	Neusiedlerstellen.
also rd.	18.000	Neusiedlerstellen.

Davon seien 8.900 Neubauten und 8.900 Umbauten.
Also

	8.900 mal 600	Arbeitstage	
	8.900 mal 300	Arbeitstage	
d. s.	17.800 mal 450	Arbeitstage	
=	8.010.000	Arbeitstage	in den Jahren 1931 und 1932.

Man geht wohl mit der Annahme von dem Dreifachen an Arbeitstagen für die Zeit vor 1931 nicht fehl. Rönneburg und Marion geben diese Zahl sogar als untere Grenze an. Unter Berücksichtigung der allmählich einfacher werdenden Bauweise, und um die nötige Vorsicht walten zu lassen, werden wir also als Durchschnitt nur 1.500 Arbeitstage je Gehöft ansetzen. Umbaustellen sind in dieser Zeit so gut wir garnicht errichtet worden, wir können sie also vollkommen außer Betracht lassen.
Es ergibt sich demnach:

[84]) 0,60 RM. können als durchschnittlicher Stundenlohn für Bauhandwerker gerechnet werden. Die höheren Löhne gleichen sich mit den niedrigeren aus, so daß diese Summe gerechtfertigt erscheint.

1919 bis 1930 sind im Reich 39.329 Neusiedlerstellen errichtet worden. Sie brachten an Arbeitstagen:

1919—1930	58.993.500 Arbeitstage
1931—1932	8.010.000 Arbeitstage
	67.003,500 Arbeitstage

insgesamt in den viezehn Jahren der Nachkriegssiedlungstätigkeit.

Im Baugewerbe ist eine durchschnittliche Arbeitszeit von 270 Tagen im Jahr anzunehmen, das sind in diesen Jahren 67. Mill. durch 270 = 248.148 oder rund 250.000 Beschäftigte. Im Durchschnitt auf die 14 Jahre verteilt, ergibt sich, daß in jedem dieser Jahre

18.000 Arbeitskräfte

das ganze Jahr über Beschäftigung fanden.

Das wäre die reine Arbeiterzahl, die beim Aufbau der Siedlungen Beschäftigten. Hierbei sind die notwendigen Arbeitstage für die Vermessung, den Ausbau der Gräben, Brücken, Wege, der Meliorationen und öffentlichen Bauten, wie Schulen usw., und die Versorgung mit elektrischem Strom nicht mit eingerechnet. Diese Zahlen sind zu ungewiß und verschieden, als daß wir sie in unsere Berechnung mit aufnehmen könnten. Wir dürfen sie aber bei der Beurteilung der gesamten Auswirkung des Siedlungsverfahren nicht außer Acht lassen. Die Größenordnung dieser Arbeitsmöglichkeiten wird etwa ein Drittel bis ein Halb der für die Erstellung der Siedlungen notwendigen Arbeitszeit ausmachen.

Schließlich fehlen uns in den bisherigen Betrachtungen die Angaben für die bei der Herstellung der Baumaterialien beschäftigten Menschen. Lörcher gibt hierfür 60% der Materialkosten, in unserem Fall also 2.200 RM, für den Aufwand an Löhnen 1.320 RM. Wir wollen aber nicht diese Zahl als Unterlage verwenden, sondern auch hier wieder die geringere Summe, nämlich entsprechend der Aufstellung der Mecklenburgischen Landgesellschaft den fünften Teil der zum Aufbau der Siedlung notwendigen Zeit (ohne Materialkosten demnach). Dann erhalten wir nochmals rund 13,5 Millionen Arbeitstage; verrechnet wie oben ergibt sich hier bei 300 tägiger durchschnittlicher Arbeitszeit (300 Tage deswegen, weil es sich nicht um ausgesprochene Bauarbeiter handelt), für die vierzehn Jahre der Siedlungstätigkeit Beschäftigung für rund

45.000 Arbeiter

oder durchschnittlich in jedem Jahre 3.200 Beschäftigte. Insgesamt wären demnach durch die Siedlung in den 14 Jahren (allein durch den Aufbau der Gehöfte) für die ganze Dauer in Arbeit gebracht worden:

	248.000 Beschäftigte
+	45.000 Beschäftigte
	293.000 Beschäftigte

oder in jedem Jahr, das ganze Jahr über

21.000 Mann.

Interessant ist es, folgende Überlegung anzustellen; auch deshalb weil sie ein treffendes Bild von der Auswirkung der Siedlung ergibt. Um einem Siedler eine neue Heimstätte zu schaffen, müssen allein 5,15 Mann, oder wenn wir überschläglich die öffentlichen Bauten, Meliorationen, Wegebauten usw., mitrechnen wollen, rund 7 Mann ein ganzes Jahr hindurch beschäftigt werden. Wir kämen daraus zu der Folgerung, daß sich die Ansetzung auch nur eines Siedlers versiebenfacht. Das Ergebnis haben wir auf folgendem Wege erhalten. Die Gesamtzahl der Siedlungen haben wir durch die von uns errechnete Anzahl der Beschäftigten dividiert. 21.000 Beschäftigte in jedem Siedlungsjahr entsprechen einer ganzen Berufsgruppe von Werktätigen z. B. allen im ganzen Deutschen Reich in den Apotheken Erwerbstätigen (22.003 im Jahre 1925).

Eine Kontrolle unserer Berechnungen läßt sich durch die in den Siedlungsjahren (1924—1932) aufgewandten Geldsummen ermöglichen. Es haben aufgewandt:

Reich und Länder	rund	700.000.000	RM
die Siedler (11% als Anzahlung)	rund	77.000.000	RM
insgesamt	rund	777.000.000	RM.

Nach den Angaben des Enquête-Berichts [85]) beläuft sich der Anteil der Gebäudekosten auf rund 45% des Gesamtpreises. Wohl ist der Aufwand für Baulichkeiten geringer geworden, dem steht aber auch ein Fallen der Landpreise gegenüber, so daß man sich an die im Enquête-Bericht gegebenen Verhältniszahlen halten kann. 45% von 777 Mill. RM sind 349.650.000 RM. Diese Summe stand also für Baulichkeiten zur Verfügung. Jedoch fließt hiervon nach Geßmann der Anteil von 68% dem Lohnkonto zu, das wären 237.762.000 RM. Das Tagewerk wird im Durchschnitt mit einem Stundenlohn von 0,70 RM, um das Mittel zwischen alten hohen und neuen niedrigeren Löhnen zu erhalten, also bei 8 stündiger Arbeitszeit mit einem Tageslohn von 5,60 RM zu berechnen sein. Das Ergebnis sind 42.500.000 Tagewerke, bei einem Baujahr von 270 Arbeitstagen finden wir insgesamt

157.408 Beschäftigte

oder im Durchschnitt der neun Siedlungsjahre 1924—1932 [86]) in jedem Jahre

17.500 Beschäftigte.

Unter der Annahme des Enquête-Ausschusses wären von der öffentlichen Hand 75% des zur Siedlung verbrauchten Kapitals aufgebracht worden [87]). Zu den oben erwähnten Summen kämen dann nicht 77 Mill. RM von

[85]) Bericht des Enquête-Ausschusses. S. 60.

[86]) Diese Mittel sind erst seit der Stabilisierung aufgewandt worden, infolgedessen kommen für uns hier nur neun Siedlungsjahre in Betracht.

[87]) Bericht des Enquête-Ausschusses. S. 140.

Seiten der Siedler, sondern 175 Mill. RM, die von privater Seite, also den Siedlern und privaten Gesellschaften gestellt wurden.

Die Verhältnisse offenbaren sich uns jetzt folgendermaßen:

Es brachten auf:	Reich und Länder	700,— Mill. RM
	Private	175,— Mill. RM
		875,— Mill. RM

davon 45% (als für Gebäulichkeiten zur Verfügung stehend):

393,75 Mill. RM

davon 68% (als den aufgewandten Arbeitslohn einschl. des in den Materialien steckenden):

268,65 Mill. RM

Dividiert durch den Tageslohn von 5.60 RM:

47.957.143 Tagewerke,

oder, das Baujahr zu je 270 Arbeitstagen,

177.620 Beschäftigte,

oder in den neun Siedlungsjahren seit der Stabilisierung im Durchschnitt je Jahr, das ganze Jahr über

19.735 Beschäftigte.

Stellt man die so errechneten Zahlen zu denen in Vergleich, die wir aus der anderen Berechnungsart gewonnen haben, so ist die Ähnlichkeit der Ergebnisse überraschend. Dort waren bei der Errichtung der Bauten allein 18.000 Mann beschäftigt, zu denen aus der Herstellung der Materialien weitere 3.200 Mann kamen. Hier haben wir aus der Summe, der in die Siedlung gesteckten Kapitalien, unter alleiniger Berücksichtigung der Bauten, von denen wieder nur 68% für Löhne beim Bau und bei der Herstellung der Materialien berücksichtigt wurden, rund 20.000 Mann als Beschäftigte erhalten.

Es stehen sich also gegenüber:

nach der Berechnungsart I: jährlich rd. 21.000 Beschäftigte,
nach der Berechnungsart II: jährlich rd. 20.000 Beschäftigte,

Die Differenz zwischen den beiden Berechnungsarten läßt sich recht einfach dadurch erklären, daß man in keinem Falle den Nachweis bis auf die letzte Arbeitsstunde und die letzte Reichsmark führen kann. Die starke Ähnlichkeit zwischen den beiden Berechnungsarten und mit den von Thiede gefundenen Zahlen [88]), spricht dafür, daß hier Ergebnisse vorliegen, die durchaus zu vertreten sind.

Da wir für Baulichkeiten nur 45% der Gesamtsumme angesetzt haben und für den Landpreis 50%, so bleiben noch etwa 5% übrig, die sich aber

[88]) Klaus Thiede: Landwirtschaftliche Siedlung und Erwerbstätigkeit im deutschen Osten. Ständisches Leben, 1932, 2. Jahrgang, S. 291 ff.

auch zu einem großen Teil in Lohn umsetzen werden, so stecken in ihnen auch die Organisationskosten der Siedlungsträger. Jedoch seien diese 5% hier nicht weiter berücksichtigt.

Die Belebung des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Schwerin durch Errichtung der Siedlungsbauten stellt sich nach Thiede folgendermaßen dar [89]):

Es wurden beschäftigt:	1929	1930
Bauarbeiter, Handwerker usw.	1.135	6.000
mit Gesamtarbeitstagen	88.161	396.110
mit einer Gesamtstundenzahl	981.759	3.282.981
und mit einer Gesamtlohnsumme von	822.764 RM	3.147.010 RM

Das Jahresergebnis an neugeschaffenen Siedlerstellen beläuft sich für 1930 in Mecklenburg-Schwerin auf 751, in Preußen auf 7.447 mit 82.116 ha). Bei der genannten Gesamtlohnhöhe hätten unter Annahme eines durchschnittlichen Monatsverdienstes von etwa 175 RM allein in Mecklenburg-Schwerin 1.500 Erwerbstätige Beschäftigung für das ganze Jahr gefunden.

> „Schon aus solchen Angaben zeigt sich deutlich, wie durch die ländliche Siedlung die Befruchtung der Gesamtwirtschaft im Osten gegenwärtig in Erscheinung tritt. Verallgemeinert man die für Mecklenburg-Schwerin und für Ostpreußen genannten Zahlen, so würden für die 1930 insgesamt geschaffenen rd. 8.500 Siedlerstellen etwa 16—17.000 Arbeitskräfte tätig gewesen sein. Ziehen wir weiter in Betracht, was an Anschaffungen erforderlich war, so werden wir, da der landwirtschaftlichen Siedlung unter Einrechnung der von den Siedlern geleisteten Zahlungen 1930 etwa 110 Millionen RM zugeflossen sein, bei vorsichtiger Schätzung unter Zugrundelegung der vom Enquête-Ausschuß gewonnenen Ergebnisse, gemäß denen der Anteil der Landkosten am Gesamtpreis sich auf 50% beläuft, sagen dürfen, daß etwa 25.000 Menschen durch den Aufbau des Siedlungswerkes ihren Verdienst gefunden, und natürlich wiederum eine entsprechende Anzahl anderer in Nahrung gesetzt haben . . .“ [90])

Thiede kommt also auf einem anderen Wege als wir ihn eingeschlagen haben, zu einem beinahe gleichen Ergebnis, was die Zahl der bei der Ereignung Siedlung Arbeit und Brot findenden Menschen angeht. Lediglich in der weiteren Sphäre der mittelbar beim Aufbau Beschäftigten nimmt er eine etwas höhere Zahl an. Man weiß aber nicht, ob er nicht den Kreis seiner Betrachtungen weiter gezogen hat, als wir es taten. Wir haben uns darauf beschränkt, nur die zu erfassen, die beim Aufbau der Kolonie und bei der Herstellung der notwendigen Materialien für diesen Arbeit fanden.

Zusammenfassend kann man behaupten, daß sich die Ergebnisse im wesentlichen decken. Rund 21.000 Leute beschäftigt allein die Siedlung unmittelbar.

---

[89]) Thiede benennt als Unterlage für seine Angaben eine Denkschrift des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aus dem Frühjahr 1931.

[90]) Thiede a. a. O. S. 291 ff.

Was bedeutet das? Betrachten wir die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit, so will das bei sechs Millionen Erwerbslosen nicht allzuviel bedeuten. Um aber in der Auswertung recht zu gehen, müssen wir nur einen Ausschnitt aus ihr betrachten, nämlich den deutschen Osten, also einen räumlich wesentlich kleineren Teil, und einen Raum, der eine viel weniger dichte Bevölkerung besitzt als der industrielle Westen. Die Siedlung konzentriert sich, von den in Frage kommenden Teilen Schleswig-Holsteins und Hannovers abgesehen, in dem eigentlichen Ostdeutschland, und hier wieder auf die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und die beiden Mecklenburg. Erfaßt werden in erster Linie die kleineren Städte und das flache Land; denn deren Bevölkerung erzielt an erster Stelle Nutzen aus den Siedlungsvorgängen. Es fallen also in dem östlichen Raum die großen Menschenzusammenballungen wie Berlin und Oberschlesien schon wieder aus. Die übrigbleibende kleinstädtische und ländliche Bevölkerung ist zahlenmäßig so geschichtet, daß ein mehr oder weniger von 20.000 Erwerbslosen schon ein Beachtliches ausmacht, besonders aber dann, wenn diese 20.000 durch ihre nun wieder vermehrte Kaufkraft instand gesetzt werden, wieder weiteren Kreisen ihren Lebensunterhalt zu gewährleisten. Im letzten Teil werden wir hierauf noch näher eingehen müssen. Auch für die Kommunen als Hauptträger der Wohlfahrtslasten wird sich eine Verminderung der Erwerbslosigkeit nur günstig auswirken. Bedenkt man weiter, daß diese 20.000 Menschen mit ihren Angehörigen eine Stärkung der inneren Kaufkraft des Marktes bedeuten, dann wird man erst richtig ermessen können, was die Siedlung für den deutschen Osten bedeutet.

3. Weitere Folgen nach der baulichen Fertigstellung der Siedlung.

Die Ereignung Siedlung findet mit der Fertigstellung der Bauten nicht ihren Abschluß; selbst wenn die Siedler ihre Scholle bezogen haben, ist sie noch nicht beendet. Eine Anzahl von Vorgängen hängt auf das innigste mit ihr zusammen; sie geben ihr erst die Vollendung. Bisher haben wir den Ausbau der Siedlergehöfte betrachtet. Nach Abschluß der Bauarbeiten bezieht der Siedler sein neues Heim. Mehr oder minder bedeutungsvoll sind die Maßnahmen, die eingeleitet werden müssen, um zu diesem Ziele zu kommen. Da aber in sehr vielen Fällen nur ein bestimmter Prozentsatz der Siedler aus der näheren Umgebung des Aufteilungsgutes stammt, wird ein großer Umzug erforderlich. Mit lebendem und totem Inventar zieht die Familie der eigenen Scholle zu. Vieles wird der Siedler schon mitbringen, auch wenn er jung verheiratet ist. Vieles wird er sich neu anschaffen müssen, besonders das eigentliche landwirtschaftliche Inventar, aber auch im Haushalt wird manches fehlen. Zunächst wird für das Mitgebrachte Fracht an die Eisenbahn gezahlt werden müssen, die für die Ost-West-Siedler nicht immer gering sein wird, auch wenn ihnen von der Reichsbahn verbilligte Fracht zugebilligt worden ist; manche Fuhre muß gefahren werden, um von dem oft kilo-

meterweit entfernten Bahnhof alles an Ort und Stelle zu bringen. Diese Vorgänge sind zahlenmäßig nicht zu erfassen. sie müssen aber erwähnt werden, weil man ihre auf die Beschäftigung vieler gewerblicher Kreise befruchtende Wirkung nicht vergessen darf.

Schließlich ist das Wichtigste die Ergänzung des lebenden und des toten Inventars. Die des lebenden wird in der Regel nur nach und nach entsprechend den größeren und kleineren Geldmitteln des Siedlers erfolgen. Bei dem toten Inventar aber muß ein bestimmtes Mindestmaß vorhanden sein, um die Lebensfähigkeit des Betriebes zu gewährleisten. Es ist eine allgemeine Erscheinung, daß nach der Aufteilung der Prozentsatz des je ha verwandten Gerätes höher ist als er in der Zeit des Großbetriebes war. Hieran ist schon verschiedentlich, gewiß nicht immer mit Unrecht, Kritik geübt worden [91]). Es ist in der Vergangenheit bestimmt des öfteren vorgekommen, daß die Vermehrung der Maschinenverwendung zu weit gegangen ist. Das kann nie von Nutzen sein, da die Belastung der Siedler durch die Abzahlung und den Erhalt des Maschinenkapitals zu stark vermehrt wird. Doch es muß in jedem Falle bei der Aufteilung nicht nur mit einer Vergrößerung des Maschinenbesatzes, sondern auch des Gebäudekapitals gerechnet werden [92]).

Eine gewisse Vermehrung des Maschinenkapitals wird man durchaus noch im Rahmen einer „wirtschaftlichen Maschinenverwendung" annehmen können. Dabei lassen sich bestimmte Normen kaum aufstellen, da die Verhältnisse von Fall zu Fall verschieden sind. Aber man wird im Zuge der heute überall geforderten Verbilligung der Siedlung unbedingt dazu kommen müssen, für den einzelnen Siedler die Kosten des Maschinenparks so gering wie möglich zu gestalten. Gewisse Maschinen, wie Dresch- und Häckselmaschinen, werden genossenschaftlich ausgenutzt werden müssen. Für den einzelnen sind ihre Anschaffungskosten zu hoch und außerdem würde er sie auch nicht voll ausnutzen können. Manches von dem Maschinenbesatz des aufgeteilten Gutes wird auch nach der Besiedlung weiter Verwendung finden können. Tröscher unterscheidet drei Arten des Maschinenbesitzes [93]):

a) genossenschaftlich,
b) gemeinschaftlich,
c) Alleinbesitz.

Durch Zusammenfassung dieser drei Besitzarten will er eine wesentlich geringere Belastung für den einzelnen erreichen. Den Normalbesatz einer Stelle mit Maschinen will er so aufgeteilt wissen:

a) genossenschaftlich	mit	861,20	RM	=	28,36 %
b) gemeinschaftlich	„	745,80	„	=	24,56 %
c) im Alleinbesitz	„	1.430,—	„	=	47,08 %
		3.037,—	RM	=	100,00 %

[91]) Siehe S. 7 f. dieser Arbeit.
[92]) Aereboe: Agrarpolitik, Berlin 1928, S. 233.
[93]) Tröscher: Ausbaugehöfte S. 60 ff.

Es würde demnach für den einzelnen Siedler die Summe von 3.037,— RM, bei einem Minimalbesatz von 2.352,50 RM aufzubringen sein. Allerdings geht hiervon noch der Teil ab, der von dem früheren Großgut zur Verfügung gestellt werden kann. Im Durchschnitt werden für den einzelnen Siedler alles in allem rd. 3.000,— RM erforderlich sein. Wir nehmen wieder, um vorsichtig zu sein, an, daß der genossenschaftliche Besitz von dem aufgeteilten Gute her noch ganz vorhanden ist. Das wird zwar nicht immer der Fall sein, besonders dann nicht, wenn ein Restgut erhalten bleibt, das für die meisten Maschinen seine Verwendung haben wird. Weiter können wir annehmen, daß von den anderen Geräten 6,64 % auch beim Siedler vorhanden sind. Es bleiben demnach noch rd. 65 % von a + b + c zu beschaffen; das wären von den insgesamt erforderlichen 3.000 RM 1.950 RM oder rd. 2.000 RM je Siedlerstelle, wobei die 15 ha Stelle zugrundegelegt ist. Bei der Errichtung von rd. 30.000 Stellen (50 % der gesamten Stellen) müßten demnach in den vierzehn Siedlungsjahren nach dem Kriege rd. 60 Millionen RM der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie durch die Siedlung mehr zugeflossen sein [94]). Mehr als bei einem Bestehenbleiben der Großbetriebe, da wir ja nur den Mehrbedarf berücksichtigt haben.

Rechnen wir bei der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen mit einem Prozentsatz von 70 % für die aufgewandte Arbeit — und dieser Hundertsatz ist bestimmt nicht zu hoch — so bedeutet dieses bei 300 jährlichen Arbeitstagen die Beschäftigung von etwas mehr als 30.000 Mann [95]), oder in jedem Jahre, das ganze Jahr über beschäftigt, von mehr als 2.300 Arbeitern. Diese Berechnungen sind nicht etwa unwahrscheinlich; bei der vor dem Kriege wesentlich geringeren Benutzung von landwirtschaftlichen Maschinen, wie sie aus den Aufstellungen von Stedtfeld-Dornap hervorgehen, konnte auch die Ansiedlungskommission schon einen Mehrverbrauch feststellen [96]).

> „Ohne Zweifel ist der Bedarf an Maschinen in den Ansiedlungen auf gleicher Fläche und gleichem Boden weit größer als in den früheren Gutsbezirken. Die Industrie landwirtschaftlicher Maschinen hat dadurch ihren Absatzmarkt bedeutend erweitert . . .
> Eine Firma in Briesen schätzt die Steigerung ihres Absatzes infolge der Ansiedlungen in der kurzen Zeit (von 3 Jahren) auf 25 %, ebenso wird diese Steigerung von einer Thorner Firma geschätzt. Eine Firma in Schneidemühl rechnet eine Steigerung von 10—20 % heraus . . .“

Diese Vermehrung des Maschinenparks kommt der näheren und weiteren Umgebung nur zu einem kleinen Teile zugute. Da die Herstellung der

---

[94]) Hierbei sind die durch Anliegersiedlung auf eine selbständige Ackernahrung gebrachten Betriebe nicht mitgerechnet.

[95]) Bei achtstündiger täglicher Arbeitszeit zu 0,85 RM. die Stunde gerechnet.

[96]) Denkschrift der Ansiedlungskommission, S. 105—107; hierzu auch: Dr. E. Stedtfeld-Dornap: Die organische Verbindung von Landwirtschaft und Industrie und deren Einfluß auf die innere Kolonisation. Vortrag 1932. S. 42.

größeren Maschinen beinahe ausschließlich im industriellen Westen geschieht, werden außer den Erwerbspreisen für Gerätschaften und kleinere Maschinen nur die Händlergewinne in der Umgebung verbleiben. Anders liegt es mit der sich ergebenden Lebensmöglichkeit für Schlosser, Mechaniker und Reparaturwerkstätten. Hierauf wird in anderem Zusammenhange noch zurückzukommen sein.

Was aber bedeutet die Erstellung der Siedlung für die weitere Umgebung? Bisher haben wir nur an die mittel- oder unmittelbar Beschäftigten und an die Zahl der Arbeitstage gedacht. Das Hereinfließen der für den Siedlungsaufbau benötigten großen Summen muß belebend auf das flache Land, das Dorf, die Landstadt und den Landkreis wirken. Mit der Auszahlung des Arbeitslohnes an die beim Aufbau Beschäftigten ist der Weg des Geldes erst begonnen. Es erhebt sich die Frage, was das Fließen von mehreren hunderttausend Reichsmark — um diese handelt es sich bei größeren Objekten — für die nähere und weitere Umgebung bedeutet. Daß sie nicht einem eng begrenzten Personenkreis, sondern der gesamten Wirtschaft der Umgebung zugute kommt, liegt auf der Hand. Unmittelbar trifft die Entlastung des örtlichen Arbeitsmarktes die beteiligten und benachbarten Gemeinden. In den weitaus meisten Fällen setzt sich die Arbeiterschaft, die bei den Bauten beschäftigt wird, aus Einheimischen der näheren Umgebung zusammen. Ein dadurch hervorgerufenes Sinken der Wohlfahrtslasten bedeutet eine nicht unwesentliche Erleichterung für die Gemeinde, darüber hinaus für die Fürsorgeverbände, das Land, und schließlich das Reich. Siedlung vermag für örtlich begrenzte Bezirke die Arbeitslosigkeit, wenn auch in der Regel nicht vollständig aufzuheben, so doch wesentlich zu mildern. Die Anerkennung dieser Tatsache kommt in der Denkschrift des Kreises Neustettin zum Ausdruck. Der Bürgermeister des pommerschen Städtchens Loitz hat es verstanden, für seinen Bereich die Arbeitslosigkeit wesentlich herabzumindern. In den Jahren des Siedlungsaufbaus — es wurde dort beinahe die Hälfte aller in der Nähe liegenden Großgüter aufgeteilt — war eine Arbeitslosigkeit nicht zu bemerken. Sogar die weiter entfernt liegenden Gemeinden erfuhren durch den Aufbau der Siedlung eine Entlastung ihres Arbeitsmarktes. Weichende Erwerbslosigkeit bedeutet auf der anderen Seite aber auch erhöhte Einnahmen an Steuern für die Gemeinden. Zunächst wird immer das Baugewerbe die günstige Wirkung der Siedlung zu spüren bekommen; von diesem Schlüsselgewerbe strahlt weitere Wirkung auf die anderen Gewerbezweige aus, denn die Kaufkraft stärkt sich mit der Abnahme der Erwerbslosigkeit. Das durch Siedlung verdiente Geld wird auch unmittelbar am Orte der Lohnauszahlung, oder besser gesagt, innerhalb des Wirtschaftsgebietes der Herkunft der Arbeiter (d. i., wie wir oben gesehen haben, die nähere Umgebung) verzehrt. Angefangen vom Schuster, Bäcker und Krämer haben alle Bevölkerungskreise ihren Vorteil davon. Der Verfasser fragte den Bürgermeister einer 6.000 Einwohner zählenden Stadt, die kaum — wie im Osten allgemein — Industrie aufzuweisen hat, was für eine Stadt die Summe von einigen Hunderttausend Reichsmark an Löhnen bedeuten würde. Er ver-

sicherte, daß die sichere Folge eine starke Belebung aller Geschäftszweige sein würde[97]). Vor dem Kriege sei eine Summe von ungefähr 300.000 ℳ bei Gelegenheit der Kanalisierung der Stadt angelegt worden; einhellig hätten alle Leute erklärt, daß dieses Jahr das beste seit langem gewesen wäre. Er führte weiter aus, daß sich bei den heutigen Verhältnissen eine solche Summe weit stärker bemerkbar machen müsse, weil wir uns in einer Deflation befinden, und somit auch die Umsätze gegenüber der Vorkriegszeit geringer seien. Eine Umsatzbelebung durch diese Kapitalien würde sich doppelt angenehm bemerkbar machen. Der Bürgermeister von Soldin war ferner in der Lage, einige Tatsachen herauszustellen, die er unmittelbar auf die in der Umgebung der Stadt lebhaft betriebene Siedlung zurückführte; so hob er den gestiegenen Umsatz, die erhöhten Spareinlagen, die steigende Beschickungsziffer des Marktes usw. hervor. Daß Summen von der oben genannte Höhe in Landkreise fließen, ist in der Siedlungspraxis schon häufig vorgekommen. Es sei auch in diesem Zusammenhange auf die Untersuchung von Miltz über Deutsch-Eylau hingewiesen[98]), der gleichfalls eine starke Belebung durch den Aufbau der Siedlung selbst festgestellt hat.

Man wird heute nicht zu der Äußerung kommen, daß das Jahr oder die Jahre, in denen die Siedlungen errichtet wurden, die besten gewesen wären, aber man wird feststellen müssen daß die seit Jahren zurückgehende Konjunktur in ihrem Abfall zumindest für diese Teilgebiete aufgehalten, wenn nicht zeitweise sogar zum Stillstand gebracht worden ist. Ist dieses aber gelungen, so bedeutet das für die ostdeutschen Kreis- und Landstädte eine fühlbare Hilfe. Wieder sei auf die Denkschrift des Kreises Neustettin hingewiesen, die klar zum Ausdruck bringt, daß ohne die durch Siedlung erfolgte Entlastung des Arbeitsmarktes mit allen ihren Folgen die Lage des Kreises sehr verschlimmert worden wäre, ja daß sie dann zu einer Katastrophe geführt hätte. Für weite Gebiete des Ostens kann also aus den obigen Gründen in absehbarer Zeit auf Siedlung n i c h t verzichtet werden. Fallen für die Gewerbezweige, gleich welcher Art, die Lieferungen für den Aufbau der Kolonien aus oder werden sie in den Jahren der Krise auch nur stark vermindert, so bedeutet das für die meisten Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich heute eben noch über Wasser zu halten vermögen, den finanziellen Ruin. Es bedeutet aber auch Erwerbslosigkeit in weitem Rahmen für die Arbeitnehmer aller Berufe. Es bedeutet eine weitere Senkung der Lebenshaltung dieser deutschen Menschen und die Gefahr einer verstärkten Abwanderung aus dem Osten, wenn die westliche Industrie sich wieder aufnahmefähig zeigen sollte. Zu allen Gründen, die für die Siedlung sprechen, kommt als wichtigster hinzu: die Belebung und Katastrophenverhütung in den heute noch deutschen

---

[97]) Bürgermeister Eichholz aus Soldin.

[98]) Dr. Odo Miltz: Stadt und Siedlung, ein Gegenwartsbild der Wechselbeziehungen zwischen Bauernsiedlung und städtischer Entwicklung, dargestellt an dem Beispiel der Stadt Deutsch-Eylau in Ostpreußen.

Teilen des Ostens; denn bei vielen anderen ostdeutschen Kreisen liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Kreise Neustettin. Immer aber wird sich eine Beschäftigung der Schlüsselindustrie des Ostens für das gesamte wirtschaftliche Leben günstig auswirken.

Dazu einige Beweise: Miltz berichtet über die Deutsch-Eylauer Dachpappenfabrik Eduard Dehn [99]). Es heißt dort:

> „Einen Lichtblick im Dunkel des Wirtschaftslebens bot noch die Siedlungstätigkeit, wovon uns wenigstens etwas Beschäftigung erteilt wurde und im allgemeinen das Wirtschaftsleben unserer Stadt günstig beeinflußt wurde. Die Siedlungstätigkeit im allgemeinen hat unseren Betrieb, wie auch das Wirtschaftsleben der Stadt günstig beeinflußt. Unser Umsatz betrifft zu 98 % das Land und zu etwa 2 % die Stadt."

Miltz fährt weiter fort:

> „Durch das Baugewerbe und seine Hilfsindustrien sind, wenn die Zahlen der beschäftigten Personen nebst den Familienangehörigen zusammengezählt werden, in Deutsch-Eylau zeitweise rund 25 %, selten weniger als 10 % der Bevölkerung mittelbar oder unmittelbar in ihren Verdienstmöglichkeiten günstig beeinflußt worden. Ein wesentliches Verdienst hat gemäß obigen Zahlen daran die Siedlungstätigkeit. Auch für die Hilfsindustrien des Baugewerbes gilt ebenso wie für das Baugewerbe selbst, daß der belebende Einfluß der Siedlungstätigkeit in der Hauptsache ein einmaliger und vorübergehender ist. Ein solcher ist allerdings zu Zeiten der wirtschaftlichen Depression äußerst bedeutsam und ist für die Aufwärtsentwicklung Deutsch-Eylaus wesentlich geworden. Neben diesem starken vorübergehenden Einfluß übt die Siedlungstätigkeit einen nachhaltigen aber weit geringeren Einfluß insofern aus, als bei der Vielheit der geschaffenen Bauten in der Folgezeit mehr Ergänzungsbauten, Umbauten und Verbesserungen durchzuführen sein werden als in den vorher vorhandenen Großbetrieben, in denen, zur Flächeneinheit betrachtet, bei weitem nicht so viel Gebäudekapital investiert war wie bei den Siedlerbetrieben."

Lassen wir noch einige Unternehmer zu Worte kommen und hören wir von ihnen, wie sie über die Wirkungen des Aufbaus der Gehöfte für ihre Betriebe denken [100]):

> Otto Strauß, Baugeschäft, Berlinchen: „. . . besteht an sich m. E. die Tatsache, daß außer den Siedlungsarbeiten wenig gebaut wurde und somit die auf den Siedlungsgütern beschäftigten Bauleute lediglich durch die Siedlung die Arbeitslosenziffern verminderten, was für die jeweils in Frage kommende Gegend, summarisch betrachtet, immerhin einen größeren Prozentsatz ausmachen dürfte, selbst vorsichtig betrachtet . . ."

---

[99]) Dr. Odo Miltz: Stadt und Siedlung S. 22. In dem Bericht der oben genannten Fabrik aus dem September 1930.

[100]) Die Siedlungen der deutschen Bauernschaft, S. 51 u. 52.

„Ob darüber hinaus durch die Siedlung dauernde Beschäftigung geboten wird, hängt wohl von der günstigen Entwicklung der einzelnen Siedler ab. Es dürfte durch die umsichtige Bauweise der Hauptgenossenschaft in den ersten kommenden Jahren kaum mit Aufträgen seitens der Siedler zu rechnen sein . . ."

Albert Schönhardt, Bau- und Maschinenschlosser, Lippehne äußert sich: „. . . Bin sehr zufrieden mit den Siedlungsarbeiten und wünsche, es würde jedes Jahr gesiedelt . . ."

Auch eine Zusammenstellung der Ostpreußischen Landgesellschaft zeigt die belebende Wirkung für das Privatgewerbe. Es wurden 1930 folgende Firmen mit Aufträgen bedacht [101]):

Mit Bauarbeiten		51	Firmen
mit Ziegeln und Pfannen		58	"
Baustoffen		33	"
Holz		48	"
Kacheln		3	"
Ausführung v.	Tischlerarbeiten	22	"
" "	Klempnerarbeiten	24	"
" "	Malerarbeiten	21	"
" "	Glaserarbeiten	17	"
" "	Töpferarbeiten	33	"
" "	Dachdeckerarbeiten	2	"

Naturgemäß macht sich der Aufbau der Siedlungen am meisten in der Umgebung der Aufteilungsgüter bemerkbar. Darüber hinaus bedeutet er für die gesamte Volkswirtschaft eine Vermehrung der Aufträge, und somit eine Belebung des Arbeitsmarktes. Zahlreiche Materialien können nicht aus der Siedlungsgegend bezogen werden, sie müssen z. T. durch Vermittlung von Ansässigen von weiter her bestellt werden. So z. B. Stahlwaren, Maschinen usw. Dagegen werden Ziegel, Holz, Dachpappe, Kalk immer aus der näheren Umgebung kommen.

Nicht zu vergessen ist auch die mittelbare Belebung, die durch eine Erhöhung des Steuereingangs, eine Entlastung der Wohlfahrtsausgaben usw. vor sich geht. Siedlung stärkt immer den Binnenmarkt, das geben auch weite Industriekreise offen zu [102]).

Es ist aber bereits zu Beginn dieser Arbeit auseinandergesetzt worden, daß tatsächlich mit der Siedlung eine Intensivierung eintritt [103]).

In den vorliegenden Ausführungen ist bewiesen worden, daß der Aufbau der ländlichen Siedlung eine Befruchtung für den Arbeitsmarkt bedeutet. Frisch pulsierendes Wirtschaftsleben wird durch die Siedlung geschaffen, und

---

101) Geschäftsberichte der Ostpreuß. Landgesellschaft, 1930, S. 27.

102) E. Stedtfeld-Dornap: Die organische Verbindung von Industrie und Landwirtschaft. S. 20.

103) Fr. Aereboe: Agrarpolitik, Berlin 1928, S. 433. Rönneburg: Hat die deutsche Industrie ein Interesse an der landwirtschaftlichen Siedlung? Berliner Tageblatt, Nr. 343 vom 23. Juli 1926.

viele Menschen finden durch sie Arbeit und Brot, weit über die Person des angesetzten Siedlers hinaus. Müssen doch etwa sieben Menschen ein Jahr lang tätig sein, um das neue Heim für unseren Siedler zu schaffen! Man könnte einwenden, daß der Aufbau der Siedlung eine einmalige Angelegenheit ist, und daß, wenn nach einiger Zeit die Erstellung aller Siedlungsbauten beendet ist, damit die Belebung insbesondere für die Bauwirtschaft wegfällt, und somit die günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt von selbst aufhört. Gewiß ist die Ereignung Siedlung einmalig und wir werden unbedingt nach gewisser Zeit zu einem gewissen Abschluß kommen. Dieser Zeitpunkt hängt auch von dem Tempo der Durchführung der ländlichen Siedlung ab. Aber das Wesentliche ist doch daran, daß eine großzügige Siedlung uns durch die Schwere der heutigen Not mit hindurch hilft, indem sie viele Härten mildert oder ihren Eintritt verhindert. Hierbei wird sich aber auch für die Zukunft manche Folgerung ergeben, besonders bei den Aufstiegssiedlungen, die noch auf Jahre hinaus Aufträge vergeben werden, die dauernd bleibt. Viele Auswirkungen werden sich erst zeigen, wenn aus den Siedlern Bauern geworden sind, und sich nach den Jahren der Agrarkrise die Lage der Landwirtschaft bessert, und für jeden guten Wirt zumindest ein wenig mehr, als er unbedingt zum Leben notwendig hat, — bei vorausgesetzter Lebensfähigkeit seines Betriebes — gewährleistet wird.

Wir siedeln ja nicht um der einmaligen Entlastung des Arbeitsmarktes willen, die — wie wir gesehen haben — auch eintritt, sondern als großes Ziel unseres Tuns steht über allem die Gesundung des deutschen Ostens in nationalpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht. Die neugeschaffene Struktur der ostdeutschen Bevölkerung wird die Grundlage für ein gesundes und ausgeglichenes Wirtschaftsleben abgeben, das aufnahme- und leistungsfähig als unentbehrliches Glied in der deutschen Gesamtwirtschaft stehen soll. Diese Folgen der vollzogenen Siedlung sollen im letzten Teil der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Ohne sie wäre das Bild, das zu zeichnen wir uns bemüht haben, unvollständig.

IV. Die Folgen der vollendeten Siedlung.

1. Die neue Siedlung und die Gemeinden.

„Je feiner der gesamte Wirtschaftsorganismus in allen seinen Teilen aufeinander eingespielt ist, je entwickelter die Wirtschaft ist, umso einschneidender wird das „siedeln" empfunden werden müssen, umso mehr wird „Siedeln" zu einem über den eigentlichen Vorgang hinauswirkenden Problem und umso schwieriger wird es werden, irgendwelche wirtschaftlich erheblichen Erfahrungstatsachen auf den Vorgang „Siedeln" zurückzuführen [104]).

Diese Sätze Wollenwebers seien der gesamten Abhandlung, die sich mit

[104]) Hellmut Wollenweber: Auswirkungen der Siedlung. Berichte über Landwirtschaft, 44. Sonderheft. S. 8.

den Auswirkungen der vollendeten Siedlung befassen soll, vorausgeschickt. Tatsächlich ist es sehr schwer, die durch sie eintretenden gewollten und ungewollten Folgen in ihrer großen Fülle festzuhalten und darzustellen. Bei aller erdenklichen Sorgfalt wird es doch nicht möglich sein, zu Ergebnissen zu kommen, die unbedingt und in jedem Falle zutreffen. Aber aus den Worten Wollenwebers geht auch ein anderes hervor. Es ist die Anerkennung, daß sich auf Grund jeder Siedlungstätigkeit Folgen ergeben, und daß demnach mit der Vollendung des Siedlungsaufbaus keineswegs der Abschluß des Werkes verbunden ist. Dies eben bleibt uns zu untersuchen. Zugespitzt ergibt sich folgende Frage: Ist nach dem Aufbau der Siedlung auch weiterhin ein Einfluß auf den Arbeitsmarkt festzustellen bezw. hat die innere Kolonisation Folgen, die auf eine — vielleicht spätere — Entlastung des Arbeitsmarktes hindeuten?

Ein neues Dorf ist entstanden. Im nachbarlichen Verbande sitzen die neuen Siedler auf ihrer Scholle. Die Nachbarschaft des einzelnen wird zur Gemeinschaft, zur Dorfgemeinschaft; genau wie in den alten schon seit langem bestehenden Bauerndörfern. Der Zweck des Siedelns ist, einen Bauern zu schaffen; also muß aus dem Siedlerdorf eine Gemeinschaft erwachsen, die keine Unterschiede mehr von der Gemeinschaft altansässiger Dorfbewohner aufweist. Dies aber kann nur dann geschehen, wenn die Struktur des Aufbaus in beiden Fällen die gleiche, zumindest aber eine ähnliche ist. Dörfer mögen sich unterscheiden, wie sie wollen und so stark wie sie wollen, keines wird dem andern gleich sein, und doch werden alle ein Gemeinsames aufweisen: Unterschiede in der sozialen Stellung ihrer Bewohner. Von diesem Umstande muß derjenige ausgehen, der die Planung für ein neues Dorf entwirft. Um für alle späteren Zeiten die Lebenskraft des neuen Dorfes zu erhalten, muß hierauf stark Rücksicht genommen werden. So nur kann ein Ausgleich zwischen den Aufgaben, die dem einzelnen in dieser Gemeinschaft gesetzt sind, stattfinden. Das alte gewachsene Bauerndorf bildet den Abschluß einer Jahrhunderte langen Entwicklung, in der alle wirtschaftlichen Faktoren Zeit hatten, sich auszuwirken; und in der einem jedem sein Platz in der Gemeinschaft angewiesen worden ist.

Unser neues Siedlungsdorf muß auch soziale Unterschiede aufweisen, daher muß es kleine und große Stellen, Vollbauern- und Handwerkerstellen usw. aufweisen [105]).

In welcher Zusammenstellung die einzelnen Größen ausgelegt werden müssen, welche — allerdings immer mit Vorsicht auszulegen — Spezialstellen in Frage kommen, das muß sich aus den wirtschaftlichen Bedingungen, die vorhanden sind, oder geschaffen werden können, aus der Absatzlage usw. im Einzelfall ergeben. Dies darf ebensowenig außer acht gelassen werden, wie die Bodenverhältnisse und die klimatischen Vorbedingungen. Derjenige, der den Plan aufstellt, muß mit aller Vorsicht seine Er-

---

[105]) Karl Maßmann: Beiträge zur Förderung der Landeskultur. Neujahrsheft 1931, Heft 2, S. 27.

wägungen anstellen, denn aus der Art, mit der er den Notwendigkeiten gerecht wird, ergibt sich oftmals Gedeih und Verderb der Siedlung.

Die Ostpreußische Heimstätte hat eine Untersuchung veranstaltet, um aus dem Beispiel von 31 ostpreußischen Dörfern, die Struktur alter Bauerndörfer festzustellen[106]). Ganz kritiklos darf man diese Untersuchung nicht hinnehmen. Die Auswahl der Dörfer und ihre berufliche Zusammensetzung befriedigt nicht ganz. Jedoch muß man anerkennen, daß es sich hier um ein neues Wissensgebiet handelt, und daß eingehenderes Material noch nicht vorliegt.

Die Gliederung eines normalen Dorfes sieht nach dieser Untersuchung etwa wie folgt aus:

rein landw. Betriebe	30 %	
Handwerker	20 %,	mehr, wenn diese auch nebenher Landw. treiben.
Gewerbe	10 %	
z. Unterbringung landw. Arbeiter	20 %	
Rest als Verzehrstellen	20 %	

Die Planung eines solchen Dorfes von 50 Stellen würde etwa folgendermaßen aussehen:

15	Voll- und Halbbauernstellen als Familienwirtschaften		
	7 Stellen zu 60 Morgen	=	420 Morgen
	8 Stellen zu 30 Morgen	=	240 Morgen
10	Kleinbauernstellen als Aufstiegsstellen mit Nebenerwerbsmöglichkeit in Gestalt von gelegentlicher Lohnarbeit beim Nachbarn, im Walde, als Chaussee-, Drainage- oder sonstiger Arbeiter.		
	10 Stellen zu 25 Morgen	=	250 Morgen
10	Handwerkerstellen mit Landzulage. Schmied, Stellmacher, Maurer, Zimmerer, Tischler, Maler, Schuster, Schneider, Sattler, Schlosser, Barbier, Fleischer, Bäcker, Fischer usw.		
	10 Stellen zu 15 Morgen	=	150 Morgen
5	Gewerbliche Stellen mit Landzulage. Krämer, Schrotmüller, Brennereien, Molkereien, Gastwirte, Vieh-Butter-Produktenhändler, Fuhrhalter, Ziegeleien usw.		
	5 Stellen zu 15 Morgen	=	75 Morgen
10	Verzehrstellen als Gartenstellen. Stellen mit Kartoffelland u. ä.		
	10 Stellen zu 2,5 Morgen	=	25 Morgen
50	Stellen mit durchschnittlich 23 Morgen	=	1.160 Morgen
		=	295,8 ha.

106) Der Weg der Siedlung. Herausgegeben von der Ostpreuß. Heimstätte. Königsberg 1931, S. 19 u. 31.

Das Schema bringt uns mehr den Plan einer Wirtschaftssiedlung, die im agrarischen Osten nur selten am Platze ist[107]). Zu stark sprechen hier die örtlichen Verhältnisse wie Marktlage, Bodengüte und Klima mit. Als Erkenntnis ist festzuhalten, daß man in den Dörfern soziale Unterschiede bestehen lassen muß, damit sich die „Dynamik des bäuerlichen Lebens" erhält. Hierzu ist auch die Haltung einer Landreserve, um dem Tüchtigen den Aufstieg zu erleichtern, wohl am Platze; sie würde insbesondere den angesetzten Landarbeitern zugute kommen. Aber auch für die Auslegung von größeren Wirtschaften unter den kleineren Stellen wird sie von Vorteil sein, da die Inhaber dieser größeren Bauernstellen eher geneigt sind, und auch eher die Zeit aufbringen können, um auf den verschiedenartigen Gebieten, in der Gemeindeverwaltung, im Versuchswesen, der Zuchttierhaltung, im Genossenschaftswesen usw. den andern vorzustreben und ehrenamtlich führende Stellen zu bekleiden. So ließe sich gewiß auch einer der Nachteile der Beseitigung der großen Güter abstellen oder doch mildern. Von den Siedlungsgegnern wird gerne der Vorwurf erhoben, daß mit der Siedlung eine Gleichmacherei verbunden sei, und die Aufgabe der bisherigen Großbetriebe, die auch gerade in der oben erwähnten Richtung lägen, garnicht oder nur schlecht erfüllt würden. Gewiß sind diese Gesichtspunkte, wie z. B. die Wahrung der sozialen Unterschiede innerhalb einer Siedlergemeinschaft oft nicht beachtet worden. Aus den Erfahrungen heraus aber wird man in Zukunft nicht mehr daran vorbeigehen können, diese Erfordernisse zu beachten. Um gerecht zu sein, muß man auch betonen, daß bereits in den letzten Jahren auf die oben erwähnten Fragen Rücksicht genommen wurde.

In wenigen Fällen wird die Siedlung imstande sein, Handwerker oder Gewerbetreibende durch die sich auf dem neuen Dorfe bietende Arbeitsgelegenheit zu ernähren, d. h. also die Lebensmöglichkeit dieser Handwerker ohne Landzulage sicher zu stellen. In den von der Ostpreußischen Heimstätte untersuchten 31 Dörfern ist auch die Zahl der „Landlosen" verschwindend gering. Hier und da ist wohl einmal ein Krämer o. ä. anzutreffen, der sich ohne eigenes oder Pachtland zu ernähren vermag. Meistens jedoch verfügen diese Berufe auch über einen Landanteil, wenn er auch gegenüber den rein landwirtschaftlichen Betrieben verschwindend gering zu sein pflegt.

Nachstehend die Dorfzusammensetzung der Siedlung Erben[108]) und zwei Angaben von stadtnahen Siedlungen: Absintkeim in Ostpreußen und Puddenzig in Pommern[109]). Dort sind naturgemäß Spezialstellen und kleine Stellen vorhanden, da die Absatzlage durch die Stadtnähe in günstiger Hinsicht erheblich beeinflußt wird.

Die Siedlung Erben besteht aus 55 Rentengütern, die sich in Stellen mit folgenden Größen aufteilen:

---

[107]) Dr. E. Lang: Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung, 50. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1932, S. 706.

[108]) Siedlung und Wirtschaft, 1931, Sept. Heft 1, S. 15.

[109]) Siedlung und Wirtschaft, 1931, S. 50 u. 85.

10	Stellen		bis 2,5	ha
7	„	von	2,5— 5	ha [110])
12	„	„	5,0—10	ha
24	„	„	10 —20	ha
2	„	über	20	ha.

Die vielen kleinbäuerlichen Stellen werden von Deputanten, Freiarbeitern und kleinen Handwerkern begründet. Die Landarbeiter auf diesen Stellen verfügen, soweit sie nicht in den Forsten Arbeit haben, über Pachtland. Interessant ist, daß sich alle kleinen Stellen allmählich um 2—3 ha, also auf 4—5 ha vergrößert haben. Wir sehen hier deutlich, wie von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, sich zu vergrößern, wenn sich die Gelegenheit nur irgendwie aus den örtlichen Verhältnissen ergibt.

In Absintkeim liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Da es in nächster Nähe der Stadt Königsberg liegt, sind von den dreißig ausgelegten Stellen nur die Hälfte, 15 rein landwirtschaftliche Stellen, während die andern 15 in einer Größe von 15—20 Morgen mit Gewerbetreibenden und Handwerkern besetzt sind.

Puddenzig liegt bei Gollnow in Pommern; es gibt dort auch eine Molkereigenossenschaft. Die Stellen verteilen sich folgendermaßen:

12	Stellen zu je	8	Morgen
1	Hökerei zu	18	„
1	Stellmacherei	18	„
1	Schmiede	18	„
1	Gärtnerei	18	„
6	Stellen zu je	35	„
1	Stelle zu	60	„
1	Restgut zu	330	„

Diese Einteilungen von neuen Siedlungsdörfern lassen sich beliebig vermehren. Die angeführten Beispiele sollten nur ein Bild von den mannigfachen Möglichkeiten geben, die bei der Stellenverteilung vorhanden sind [111]).

Wir stellen als Folgerung aus unseren Betrachtungen fest, daß auf dem flachen Lande über die mit Landlosen ausgestatteten Handwerker hinaus, sich keine Gelegenheit für andere Angehörige dieses oder des Gewerbestandes bietet, sich eine Existenz aufzubauen. Ohne Landwirtschaft sind die Einkommensverhältnisse zu gering, der Abnehmerkreis zu klein. Schon die Ansiedlungskommission legte nur im Rahmen des voraussichtlichen Bedarfes Handwerker-

---

110) Die 7 Stellen von 2,5—5 ha setzen sich folgendermaßen zusammen:
2 Schmiede,
1 Kaufmann,
1 Maurer,
1 Stellmacher,
1 Tischler,
1 Brennereiverwalter in der genoss. Brennerei.

111) Freiherr v. Gayl, in Deutsche Agrarpolitik; herausgegeben von der Friedrich List-Gesellschaft, Berlin 1932. II, S. 396.

stellen aus. Aber auch diese Stellen waren in der Regel mit Land ausgestattet, wenn auch aus den Angaben der Kommission nicht zu ersehen ist, wieviele etwa ohne Landzulage errichtet worden sind. Es ist aber als gewiß anzunehmen, daß der Hundertsatz der Stellen ohne Land sehr gering war [112]).

Eine Erhebung über die in den Siedlungen ansässig gemachten Handwerker läßt leider nicht die Zahl der ohne Land Tätigen erkennen. Was die oben erwähnten größeren gewerblichen Betriebe angeht, so handelt es sich nach den Angaben der Ansiedlungskommission außer den genossenschaftlichen zu Anfang des Jahres 1907 um 58 von einzelnen betriebene Anlagen, in denen 354 Arbeiter beschäftigt wurden [113]). Teils gehörten sie dem Bauwesen an, teils dienten sie der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, teils der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen. Diese Betriebe waren zu mehr als der Hälfte nur saisonmäßig beschäftigt. Die Zahl der einmal auf dem flachen Lande als Handwerker ohne Landzulage Beschäftigten und der Arbeiter, wie z. B. in den angeführten Betrieben, ist nur gering. Sie kann und wird zu keiner Zeit viel höher sein, da der Abnehmerkreis immer sehr beschränkt bleibt.

Diese Lebensmöglichkeiten werden sich erst wieder in den größeren Gemeinden, sicher aber in kleineren oder größeren Städten finden. Auf die Dienste dieser in der Stadt wohnenden Handwerker und Gewerbetreibenden, denen er selbst ein ausreichendes Einkommen nicht bieten kann, wird aber der Siedler häufig angewiesen sein; denn mit der Vermehrung der Menschenzahl, der Baulichkeiten und des Maschinenkapitals wird absolut ein Mehr an Arbeitsdarf gegenüber dem früheren Großbetrieb sich einstellen. Die von Fensch mitgeteilten Zahlen lassen erkennen, daß die vom Kleinbetrieb zur Unterhaltung von Gebäuden, Maschinen und Geräten aufgewendete Summe je ha wesentlich höher ist [114]).

Wirtschaftsausgaben einer ostdeutschen Getreidewirtschaft in RM je ha.

Jahr	5—20 ha	20—200 ha	über 200 ha
1924—25	28	34	34
1925—26	30	33	29
1926—27	30	34	30
1927—28	34	36	30
1928—29	36	34	30

Da es sich in unserem Falle beinahe ausschließlich um die Aufteilung von Großgütern in bäuerliche Betriebe handelt, wird man selbstverständlich einen Teil dieser Ausgaben nicht mitrechnen dürfen, da die bisherigen Aufwendun-

112) Denkschrift der Kgl. Ansiedlungskommission. S. 114.

113) a. a. O. S. 115.

114) Dr. H. L. Fensch: Fünfjährige Buchführungsergebnisse der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1930, Heft 22, S. 16.

gen der Großbetriebe wegfallen. Im ganzen gesehen bleibt für den kleinbäuerlichen Betrieb aber ein Überschuß vorhanden [115]).

Fangen wir bei der Betrachtung der Einwirkung eines Bauernlandes auf die Volkswirtschaft im engen Kreise an, also mit der Wirkung auf den deutschen Osten überhaupt, und hier wieder auf die Teile, die von der Siedlung besonders stark erfaßt worden sind; denn ohne weiteres ist es klar, daß mit einer Befruchtung durch die Siedlung für alle ostdeutschen Städte nicht gleichmäßig gerechnet werden kann, sondern nur für die, in deren Umgebung stark gesiedelt worden ist. Auch von diesen muß man wieder einen Teil ausschließen, um zu einer allgemein gültigen Regel zu kommen. Das sind diejenigen Städte, deren wirtschaftliche Absatzgebiete usw. durch die neue Grenzziehung verändert worden sind. Die neuen Grenzen bedeuteten für manche Gemeinden einen Verfall, während anderen wiederum zu einem großen Aufschwung verholfen wurde. Aus diesen Gründen muß man auch den Untersuchungen von Miltz über Deutsch-Eylau Vorsicht entgegenbringen. Vielleicht sind manche Wirkungen der Siedlung durch die Veränderungen im Hinterlande der Stadt zu stark, wieder andere zu schwach dargestellt worden; denn es läßt sich im Einzelfall schwerlich eine reinliche Scheidung durchführen. Wohl ist das Einflußgebiet von Deutsch-Eylau mit Siedlungen stark durchsetzt worden, aber es wäre unrichtig, wollte man alle diese Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage der Stadt auf den Siedlungseffekt zurückführen. Für manches wird auch die Grenzziehung verantwortlich sein. Dabei soll aber der hervorstechende Einfluß der Siedlung auf die Stadt durchaus nicht verkannt werden [116]).

Durch den dauernden Konjunkturabfall der vergangenen Jahre werden allzu oft sonst sichtbare Auswirkungen der Siedlung überdeckt. So wird die Folge der Siedlung mitunter nur ein Abflachen der nach abwärts gerichteten Konjunkturkurve bedeuten, in anderen günstigeren Fällen sogar weiteres Abgleiten verhüten. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Jetztzeit es schwer machen, ein richtiges Bild der Siedlungseinflüsse zu zeichnen, erscheint es angezeigt, stärker in die Vorkriegszeit zurückzugreifen.

Glücklicherweise besitzen wir aus der Vorkriegszeit die hier schon oft angeführte Denkschrift der Kgl. Ansiedlungskommission — ein Werk, das man als das klassische Siedlungswerk bezeichnen kann. Bietet sie schon reiches Material, so kommen noch die Ausführungen eines Friedrich v. Schwerin hinzu, der sich in seinen Darlegungen ausführlich mit den Untersuchungen über die Einwirkung der inneren Kolonisation auf die Entwicklung der Städte der beiden Ansiedlungsprovinzen — Posen und Westpreußen — befaßt [117]).

[115]) Friedrich Aereboe: Die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft. 172. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. S. 146 f.

[116]) Dr. Odo Miltz: Stadt und Siedlung, ein Gegenwartsbild der Wechselbeziehungen zwischen Bauernsiedlung und städtischer Entwicklung, dargestellt an dem Beispiel der Stadt Deutsch-Eylau in Ostpreußen. 1932.

[117]) Friedrich v. Schwerin: Die Stellung der Städte zu der inneren Kolonisation. Berlin 1911, Heft 12 der Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation.

Den Betrachtungen seien einige Bemerkungen vorangestellt, die allgemeine Gültigkeit beanspruchen. In Ostdeutschland bedeutet die Stadt, insbesondere die Kreisstadt, den wirtschaftlichen Mittelpunkt des ganzen Gebietes, in dem sie liegt. Die Städte sind hier wesentlich dünner gesät als im Westen des Reiches, sie nehmen nie die großen Ausmaße an, die wir aus anderen Gegenden kennen. Von vier Ausnahmen — Breslau, Danzig, Königsberg und Stettin — und dem oberschlesischen Industriegebiet abgesehen, bewegen sich ihre Einwohnerzahlen durchweg unter hunderttausend. Sie sind in der Regel frei von größeren Industrieen oder, infolge der Zerreißung des deutschen Ostens, in den letzten Jahren davon frei geworden. Ihr Schwergewicht liegt demnach in ihrer Aufgabe als Mittelpunkt einer beinahe rein agrarischen Bevölkerung. Die Größe ihrer Aufgabe aber wächst proportional der Vermehrung der ländlichen Bevölkerung. Das Anwachsen dieser ländlichen Bevölkerung wird in den Städten einer größeren Anzahl von gewerblichen Betrieben ein Betätigungsfeld bieten [118]).

Besonders wird sich dieses in den Gegenden mit bisher vorherrschendem Großgrundbesitz bemerkbar machen, wenn auch Salin mit Recht vor einer Überschätzung dieser Tatsachen warnt [119]).

Es sei demgegenüber nicht vergessen, daß die Stadt für den Kleinbauern, die ihm auf Grund des dort stattfindenden Marktes eine Absatzgelegenheit für seine Erzeugnisse bietet, auch von ihm als Einkaufsort bevorzugt wird. Der Großgrundbesitzer wird eher diese Markt- oder Kreisstadt umgehen, da er seine Produkte mit einem Schlage in möglichst großen Mengen loswerden will, und infolge seiner höheren Ansprüche wird er auch lieber seine Bedürfnisse in der Provinz- oder sogar in der Reichshauptstadt befriedigen. Schließlich spielt auch die Abwanderung hier eine Rolle. Die Söhne der besitzenden Klassen erhalten in der Regel ihre letzte Ausbildung in einer anderen Gegend des Reiches, in der sie vielfach auch seßhaft werden. So geht mit ihnen zumindest das in ihrer Heimat, also in Ostdeutschland, erworbene Kapital für die Ausbildung; aber auch die Abwanderer der anderen Schichten nehmen ostdeutsches Kapital mit nach dem Westen. Im Durchschnitt kann man für jeden Abwanderer, der von Ost nach West zieht, eine Summe von 1.000 RM ansetzen, die seiner Heimat verloren geht. An der Zahl der Abgewanderten und an dieser Summe kann man allein schon ermessen, was dem weit ärmeren deutschen Osten zu Gunsten des reicheren Westens jährlich an Kapital entzogen wird. Hierin liegt ein Grund mehr, der Abwanderung durch Siedlung zu steuern oder sogar eine Zuwanderung westdeutscher Elemente zu erreichen [120]). Alles in allem werden die Städte von einer vermehrten ländlichen Ansiedlung, und zwar gerade der Schichten, die die Neusiedler bilden, einen

---

118) J. Hansen: Die Leistungen von Klein- und Großbetrieb für die Kriegswirtschaft. Berlin 1919, S. 73.

119) Deutsche Agrarpolitik. Herausgegeben von der Friedrich List-Gesellschaft, 1932. II, S. 725.

120) Wenn hier von Westdeutschland gesprochen wird, so sind damit alle deutschen Landesteile, die westlich der Elbe liegen, gemeint.

Auftrieb erfahren, der sich in dem Steueraufkommen, den Umsatzzahlen der Geschäfte usw. ausdrücken wird. Das Leben fluktuiert schneller, der Umsatz wird größer und schneller, auch wenn man die bisherige Bedeutung der früheren Großbetriebe nicht abzuziehen vergißt. Für den Kleinbetrieb ist die Bedeutung der Landstadt als Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Siedler wesentlich höher als für die Großgüter. Nur die Siedlung vermag hier die Ausgeglichenheit zwischen Stadt und Land herzustellen [121]).

Die Bedeutung der Siedlung nach den verschiedensten Richtungen für die Landgemeinden und Landstädte faßt Ponfick kurz folgendermaßen zusammen [122]):

„Jede Neusiedlung, die auch zum Teil ortsfremdes frisches Blut heranbringt, schafft Leben und Bewegung und behebt die Stagnation. Dabei ist der Bedarf des Neusiedlers, den er in der Gemeinde, beim Handwerker, Kaufmann usw. decken will und muß, meist erheblich — muß er doch aufbauen, wo die alten Wirtschaften nur zu erhalten brauchen. Verständnisvolle Siedlungspolitik ist zugleich Steuerpolitik auf lange Sicht. Das gilt nicht nur für den Staat, das trifft ganz besonders auch für die Landgemeinden zu . . ."

Es wird jetzt darauf ankommen, die Auswirkung der Siedlung im einzelnen näher darzulegen. Wir wollen dazu insbesondere Angaben aus der Vorkriegszeit benutzen, da die Nachkriegszeit keine normalen Verhältnisse bietet und so den Blick nur trübt.

„Die Umsätze der Reichsbank stiegen in Westpreußen und Posen in viel höherem Maße als im Durchschnitt, wenn man die Zentrale Berlin nicht mitrechnet, nämlich um 117 % und 161 % gegen 84 %. In der Stadt Posen stieg der Verkehr in den Jahren 1895 bis 1905 um 201 % und in Danzig um 65 %. Der Verkehr in der jung aufstrebenden Stadt Posen überflügelte die alte Hansestadt Danzig. Auch in anderen Städten war die Zunahme relativ und absolut sehr beträchtlich, wie in Bromberg, Thorn, Marienwerder, Graudenz, Elbing, Hohensalza, Gnesen usf.

Die Zunahme des Geldverkehrs läßt am besten den Umfang der Wechsel erkennen, obwohl die großen Privatbanken gerade in neuester Zeit ihre Wechsel der Reichsbank nur nach Bedarf hingeben" [123]).

Für die Jetztzeit stellt Miltz ähnliches fest [124]). Vor allem sind es nun die Sparkassen, die von dem gestiegenen Geldumlauf Zeugnis ablegen. Nicht nur die Zahl der Einleger, sondern auch die Einlagesummen und die Höhe der fließenden Gelder sind wesentlich gewachsen [125]).

---

[121]) Schlemm: Dorf und Landstadt in der kommenden Siedlung. Wirtschaft und Siedlung, Heft 1, Sept. 1932.

[122]) Dr. Ponfick: Die Stellung der Landgemeinden gegenüber der ländlichen Siedlung. Handbuch der Landgemeinden 1925.

[123]) Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit, S. 121 ff. Dort auch die genauesten Angaben der Einwirkungen der Besiedlung auf die Städte.

[124]) Dr. Odo Miltz: Stadt und Siedlung, S. 38 ff.

[125]) a. a. O. S. 41.

Der Fluß der zur Finanzierung der Siedlungen notwendigen Gelder und die späteren Einlagen der Siedler können nicht spurlos an dem Geldmarkt vorübergehen. Dieses und auch eine wirkliche Belebung des Sparkassengeschäftes bestätigte der Bürgermeister einer kleinen brandenburgischen Kreisstadt. In diesem Kreis sind bis jetzt von den ungefähr 50 früher vorhandenen Großgütern 17 aufgeteilt worden. Er teilte weiter mit, daß sich auch bei den Einwohnern der Stadt, die mittel- oder unmittelbar durch die Siedlung verdienten, bleibende größere oder kleinere Einlagen zeigten. Das wird nicht zum geringsten Teil auf die Marktbelebung durch die Siedler zurückzuführen sein. Dieselben Beobachtungen machte vor dem Kriege auch schon Sering [126]).

v. Schwerin macht uns Mitteilung von erheblichen Erhöhungen des Steuersolls in den Ansiedlungsstädten in den Jahren 1900 bis 1905 [127]).

Die Einkommensteuer ist nach seinen Angaben um beinahe 20% gestiegen, während sich in der Erhöhung der Gebäudesteuer die Wertsteigerung der Grundstücke bemerkbar macht. Die Gewerbesteuer ist immer noch mehr gestiegen als in den Nichtansiedlungsstätten.

Auch die Spareinlagen in 6 von 7 Städten, um die gesiedelt worden ist, sind um 235% von 1885 bis 1905 gestiegen; ebenso ist die Anzahl der selbständigen Handwerksmeister in demselben Zeitraum um 29,66% gestiegen — ein Beweis für die Befruchtung des Gewerbes durch die innere Kolonisation. Dieser Auftrieb, den das Wirtschaftsleben der Städte erfuhr, spiegelt sich in den Verwaltungsberichten der Gemeinden wieder [128]).

Über das Genossenschaftswesen, das sich naturgemäß auch günstig entwickeln mußte, finden wir in der Denkschrift der Ansiedlungskommission genaue Mitteilungen, ebenso über die Entwicklung der Kaufhäuser und die Zunahme der Steuerkraft. Bei allen diesen Angaben ist das eine gewiß: gleiche oder ähnliche Wirkungen der inneren Kolonisation dürfen wir heute nur dann erwarten, wenn in der Landwirtschaft normale Verhältnisse herrschen, und wenn, wie durch nicht zu hohe Zins- und Amortisationslasten der ausgelegten Stellen, zumindest eine gewisse Lebensfähigkeit der Stellen gesichert erscheint. Wenn man überhaupt von Dogmen sprechen kann, die für die Siedlung Gültigkeit haben, so gilt sicher dieser Satz: Lebensfähigkeit jeder einzelnen Siedlerstelle ist das erste und unbedingt notwendige Erfordernis. Unter dieser Voraussetzung braucht dann auch nicht wieder betont zu werden, daß alle von uns

---

126) Max Sering: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. 1893, S. 195 in dem Absatz: Private Parzellierungen im Kreise Kolberg-Körlin.

127) Fr. v. Schwerin: Die Stellung der Städte zur inneren Kolonisation. Berlin 1911, S. 13 f.

128) Fritz Vosberg: Ansiedlungspolitik und Städteentwicklung. Archiv für innere Kolonisation. II. Band, 1910, S. 94 und auch hierzu: Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit; Vosberg, v. Schwerin und für die Nachkriegszeit Miltz.

Es konnten hier nur einige Beispiele herausgegriffen werden; da die genannten Autoren über diese Vorgänge bis ins einzelne berichten, erschien eine Wiederholung nicht angebracht.

aufgezählten Wirkungen für die Zukunft nur für die lebensfähige Siedlung Gültigkeit haben.

Bald nach der Gründung der Königlichen Ansiedlungskommission war man sich darüber klar, daß sich die Wirkungen der inneren Kolonisation von dem flachen Lande auf die Städte erstrecken würden; daher ging die Politik der Kommission dahin, zuerst das flache Land zu germanisieren und breite Ringe deutscher Bauerndörfer um die Städte zu legen. Der Zuzug vom Lande nach der Stadt sollte allmählich deutsch werden. Man nahm an, daß der Nachwuchs der Bauern zu einem Teil als deutsche Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende sich in der Stadt niederlassen, daß durch den gesteigerten deutschen Verkehr, namentlich an Markttagen, das deutsche städtische Gewerbe emporsteigen werde [129]).

Sechs Städte wurden diesem Einkreisungsverfahren unterworfen: Mogilno, Jannowitz, Briesen, Schönsee und zum Teil auch Wongrowitz und Wreschen.

> „Diese Städte aber heben sich aus ihrer früheren Entwicklung so stark heraus, daß man sagen darf, die Einkreisung bedeute für sie den Anfang einer neuen Aera" [130]).

In dem letzten Jahrzehnt mögen diese Auswirkungen nicht ganz so günstig gewesen sein. Dieses hängt mit den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen, insbesondere mit der großen Agrarkrise unserer Tage. Immerhin lassen sich auch heute noch Beweise genug anführen, die eine Wirtschaftsbelebung anzeigen [131]).

Eine deutliche Sprache, wie sehr es den Landkreisen um die Siedlung zu tun ist, spricht die Denkschrift des Kreises Neustettin, die schon wiederholt angeführt worden ist. Nach den obigen Ausführungen sind wir in der Lage, den Grund, aus dem die Kreise die Siedlung wünschen, sofort zu erkennen: sie sehen in ihr das einzige wirksame Mittel, ihre örtliche Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Unter diesem großen Gesichtspunkt nehmen die Gemeinden und Gemeindeverbände u. U. die öffentlichen Lasten auch wesentlich williger auf sich (z. B. Schullasten usw.), bezw. sie werden sich eher bereit finden, sich mit den Siedlungsträgern auf einer mittleren Linie zu einigen [132]).

Auf diese öffentlich-rechtlichen Lasten und ihre Aufteilung zwischen Siedlungsgemeinde und dem Siedlungsträger näher einzugehen, verbietet der Rahmen dieser Arbeit. In den meisten Fällen wird für jede Gemeinde, falls man

---

[129]) Fritz Vosberg: Ansiedlungspolitik und Städteentwicklung; Archiv für innere Kolonisation. II. Band. 1910, S. 86.

[130]) Ludwig Bernhard: Preußische Städte im Gebiet des polnischen Nationalitätenkampfes. 119. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1909, S. XXXII.

[131]) Die Siedlungen der Deutschen Bauernschaft. Herausgegeben von der Deutschen Bauernschaft. S. 52.

[132]) Freiherr v. Gayl: Deutsche Agrarpolitik. Herausgegeben von der Friedrich List-Gesellschaft, 1932. II, S. 399.

es nicht vorzieht, aus dem Siedlungsdorf eine eigene politische Körperschaft zu bilden, zunächst eine erhöhte Belastung entstehen, deren völlige Übernahem man dem Siedlungsträger nicht zumuten darf. Von Seiten der betroffenen Körperschaft sollte man sich aber auch stets darüber klar sein, daß für die Gemeinde wohl im Augenblick Lasten entstehen, daß sie aber auch auf die Dauer durch eine erhöhte Steuergesamtsumme der Siedler gegenüber dem früheren Großbetrieb wieder wettgemacht werden; bei dieser Überlegung sind nicht die höheren Steuererträge mitgerechnet, die ihr aus den anderen von der Siedlung befruchteten Gewerbezweigen zufließen werden. Natürlich kann man den heute schwer kämpfenden Gemeinden nicht ohne weiteres die erhöhten Schul-, Sozial- und Wegebaulasten aufbürden. Hierunter müßten auch die Neusiedler selbst leiden. Nur ein verständnisvolles Zusammengehen der beiden Vertragspartner, deren einer ja auch noch durch das Landeskulturamt geschützt wird, kann hier helfen; dann wird man stets einen Weg finden, der allen Beteiligten gerecht wird, auch nur dann kann man von einer fruchtbringenden Gemeinschaft sprechen, aus der heraus die Landgemeinde als eine der Urzellen des Staates ihrer Aufgabe gerecht zu werden vermag. Gleichzeitig vermag auch nur dann die Siedlung einen Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen [133]).

Der Weg der Siedlung zeichnet sich klar vor unseren Augen ab als ein Weg des Aufbaus von unten, bei dem Dorf und Stadt sich als die wichtigsten Bausteine erweisen.

Spricht die Denkschrift des Kreises Neustettin insbesondere von der Auswirkung des Aufbaus der Siedlung auf die Wirtschaft des Kreises, so kommt in der Denkschrift des Amtes Malchin in Mecklenburg-Schwerin [134]) die trostlose Lage des deutschen Ostens erschütternd zum Ausdruck. Hier kann nur die Siedlung die verlorene Lebensfähigkeit der kleinen Gewerbebetriebe wiederherstellen.

2. Siedlung und Industrie.

Durch die Folgen der widersinnigen Grenzziehung, die blühende deutsche Provinzen und Gemeinden mitten ins Herz traf, sind die Verhältnisse so katastrophal geworden, daß nur durch einen sinnvollen Aufbau der Wirtschaft hier geholfen werden kann. Eine falsche Anschauung ist es, anzunehmen, die Zusammenbrüche all dieser ostdeutschen kleineren und größeren Betriebe sei durch die Konzernierung der Nachkriegsjahre eingetreten; von zwei Fällen abgesehen — hier aber wurden in Stettin und Königsberg große Werke betroffen — kann gar keine Rede davon sein. Richtig ist vielmehr, daß nur durch die örtlichen Verhältnisse und die schwierige Verkehrs- und Absatzlage diese Betriebe scheitern mußten. Zu viele Fäden waren zerschnitten worden, und die landwirtschaftlichen Abnehmer, die nach dem Schwinden der früheren Absatz-

[133]) Schlemm: Dorf und Landstadt in der kommenden Siedlung. Siedlung und Wirtschaft, Heft 1, Sept. 1932.
[134]) November 1930.

gebiete als einzige Abnehmer übrigblieben, waren wirtschaftlich so schlecht gestellt, daß der Absatz reißend zurückging.

Die Wirkung der Siedlung stellt sich so dar, daß zunächst im Bereich der Aufteilung selbst ein verstärkter Verbrauch einsetzen wird. Dieser befruchtet das örtliche Handwerk, darüber hinaus das der Kreise und der östlichen Städte, und bietet so den Grund, auf dem eine zahlreichere Bevölkerung sich strukturell aufbaut. Erfahrungsgemäß kann man auch hier sagen, daß durch jeden Produzenten zwei weitere Menschen Lebensunterhalt finden werden. Dem deutschen Osten kann hierdurch wesentlich geholfen werden, allein dadurch, daß eine Abwanderung nahezu verhindert wird. Das bedeutet schon sehr viel. Heben wir aber jetzt diesen, wenn auch schon ziemlich weit gefaßten örtlichen Bereich nicht mehr aus der deutschen Gesamtwirtschaft heraus, sondern betrachten wir unsere Volkswirtschaft, dann werden wir erkennen können, daß über diesen Bereich hinaus zahlreiche Ansatzpunkte vorhanden sind, um in ihr wieder weitere Menschen in den Produktionsprozeß einzufügen. Das soll zunächst an der Betrachtung des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft verdeutlicht werden. Am 30. November 1924 führte Generaldirektor Vögeler in einer Rede aus [135]):

> „Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß der Begriff der Wirtschaft, auf die einfachste Formel gebracht, den Austausch landwirtschaftlicher Produkte gegen Industrieerzeugnisse bedeutet "

Das heißt mit anderen Worten, wir müssen die Aufnahmefähigkeit unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung für Industrieprodukte stärken, dann wird ein Erstarken der deutschen Industrie die notwendige Folge sein. Dieser Weg wird aber nur durch Siedlung eröffnet, indem sie große Teile der heute unter Selbstkosten arbeitenden Landwirtschaft wieder zur Lebensfähigkeit bringt und gleichzeitig für eine größere und kaufkräftigere landwirtschaftliche Bevölkerung sorgt. Wir haben gewiß nur allzu deutlich am eigenen Leibe erfahren, daß Aereboe recht hat, wenn er die sinkende Kaufkraft der Landbevölkerung für die Erwerbslosigkeit in den Städten und die damit verbundenen Absatzstockungen für Agrarerzeugnisse mitverantwortlich macht [136]).

Unsere Erkenntnis ist inzwischen so weit gediehen, daß wir nicht behaupten, — von dem eigentlichen Aufbau der Siedlung abgesehen — durch die Siedlung setze sofort unmittelbar eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Wir haben vielmehr festgestellt, daß eine Entlastung wohl vorhanden ist, daß sie aber auf einem Umweg vor sich geht, wie das auch Ponfick sehr klar ausdrückt [137]):

> „Die Entlastung der Arbeitslosigkeit durch Siedlung erfolgt vielmehr auf einem Umwege. Man halte sich vor, daß durch die Landflucht vor dem Kriege jährlich 3—400.000 Menschen der Industrie zugeführt wur-

---

[135]) Sonderdruck Stahl und Eisen. 1924. Nr. 50, S. 9.

[136]) Friedrich Aereboe: Die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft. S. 146.

[137]) Dr. Ponfick: Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Siedlung. Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr. 8. Jahrgang, Nr. 38 vom 22. 9. 1927.

den, dann bedeutet das Festhalten von 25.000 Menschen im Jahr auf dem Lande und das durch diese Kolonisation verursachte Festhalten vielleicht nochmals der gleichen Zahl durch das Ansetzen in jener Form, daß ländliche Kräfte als Unternehmer, als Händler und Beamte und Freiberufliche auf dem Lande Unterhalt und Beschäftigung finden, die teilweise Verhinderung neuen Zustroms, die in den Städten neue Arbeitslosigkeit schafft. . . . Die durch Siedlung beschäftigten neuen Arbeitnehmer haben, da sie sonst erwerbslos wären, erhöhte Einnahmen. Diese werden mehr oder weniger restlos durch Ankauf von Lebensmitteln, von Bekleidung, Beschuhung und von Gegenständen des täglichen kleinen Bedarfs und kleinen Luxus dem Wirtschaftsleben zugeführt. Sie befruchten kaskadenartig immer wieder andere Zweige der Wirtschaft, immer wieder andere Gruppen von Arbeitnehmern, deren dadurch erhöhte Löhne und Kaufkraft immer wieder weitere Kreise von Arbeitnehmern- und Gebern in Brot und Arbeit setzen."

Für die landwirtschaftliche Maschinenindustrie haben wir bereits bei der Betrachtung des Aufbaus der Siedlung einige Erkenntnisse gewonnen. Wir brauchen deshalb hier nur noch festzuhalten, daß die allmähliche Verbesserung des Maschinenparks und der Ersatz verbrauchter und veralteter Geräte bei starker bäuerlicher Verteilung des Grundbesitzes ein Mehr an Beschäftigung für diesen Industriezweig bedeutet, weil der bäuerliche Besitz stärker mit Maschinen je ha besetzt ist, mehr in Arbeit setzt als der Großbetrieb. Gerade die kleineren Werkstätten des Ostens werden von dieser Belebung den größten Vorteil haben, da naturgemäß der Bedarf an Geräten und kleineren Maschinen überwiegt gegenüber den großen Maschinen, die etwa im genossenschaftlichen Besitz stehen. Wir können sagen, das Arbeitsgerät und dessen Verschleiß wird bei der arbeitsintensiveren Betriebsweise des Kleinbetriebs wesentlich größer sein als in der Betriebsweise des Großgutes. Aber diese Geräte werden in großem Ausmaße gerade von den kleinen und kleinsten Gewerbetrieben des Ostens geliefert. Außerdem werden sich hierdurch neue Lebensmöglichkeiten für Handwerker und Ausbesserungswerkstätten ergeben.

Aus dem größeren Bedarf einer erhöhten Bevölkerungszahl je ha kann man schließen, daß auch bei Wegfall der betreffenden Großbetriebe ein Mehrbedarf an industriellen und gewerblichen Leistungen jeder Art (natürlich auch hier nur bei gewährleisteter Lebensfähigkeit) eintreten wird. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Weg aus der Krise ist, daß die Stärkung des Binnenmarktes erreicht wird. Denn „die Volkswirtschaft wird mehr und mehr mit ihrer eigenen Wirtschaft zu rechnen haben. So sehr die Industrien auch ferner um den Auslandsabsatz ringen werden und müssen, so wird jedenfalls für die nächste Zukunft der Binnenmarkt in den Vordergrund unserer wirtschaftspolitischen Bemühungen treten" [138]).

Aus den einleitenden Betrachtungen ergab sich bereits, daß auch in gewissen Produkten eine Verminderung der Einfuhr, die ja nach Sering auch ein

---

[138]) Bramstedt: Tauschbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie. Deutsche Agrarpolitik, herausgegeben von der Friedrich-List-Gesellschaft. II. S. 417.

Ziel der Siedlung sein soll, eintreten wird. Bei einer Verminderung der Einfuhr aber bieten sich, soweit es sich um Fertigfabrikate oder Halbzeug handelt, weitere Arbeitsgelegenheiten für inländische Schaffende. Sind es aber Rohstoffe landwirtschaftlicher Erzeugung, die wir im eigenen Lande wirklich in derselben oder sogar in einer besseren Qualität erzeugen können, so werden Werktätige, gleich welcher Art, auch hier beschäftigt werden können. Es tritt also in jedem Falle eine Entlastung unseres inländischen Arbeitsmarktes ein. Hier nur ein Beispiel für viele andere [139]):

„ . . . der Bedarf an Rohhäuten und Fellen für die deutsche Lederwirtschaft kann in Deutschland nicht annähernd gedeckt werden, höchstens drei Fünftel des Bedarfs können aus den Schlachtungen in Deutschland gedeckt werden. Der Rest muß aus dem Ausland importiert werden ... Da die Siedler schon im Interesse ihrer Dungwirtschaft und auch aus anderen Gründen in der Regel das meiste Vieh halten, so ist die Förderung der Siedlung als Lieferant von Schlachttieren und Kleinvieh im Interesse der Rohstoffversorgung der deutschen Lederwirtschaft auf das wärmste zu begrüßen . . . . daß die Vermehrung der Bauern- und Siedlerstellen auch wieder eine Grundlage für den Absatz der Produkte der Lederwirtschaft ergibt, ist selbstverständlich."

3. Siedlung und Verkehrspolitik.

Eine letzte Betrachtung sei noch dem Zusammenhang zwischen Siedlung und Verkehrspolitik gewidmet. Günstige Verbindungen zu den Absatzmärkten sind eine Lebensfrage für jede Siedlung. Darüber hinaus aber müssen Mittel und Wege gefunden werden, um den deutschen Osten wieder organisch mit der deutschen Gesamtwirtschaft zu verbinden. Die Provinzen jenseits der Oder sind schon durch ihre geographische Lage sehr benachteiligt; vermehrt aber wird diese Ungunst durch die Verkehrsnot des Ostens. Nicht einmal den örtlichen Beziehungen vermag das Netz der Eisenbahnen und Straßen zu genügen; wollen wir aber lebensfähige Siedlungen auslegen, können wir nicht umhin, hier Wandel zu schaffen. Das Gedeihen der landwirtschaftlichen Siedlung hängt stärker denn je zuvor davon ab, wie zahlreich und fest die Fäden sind, die den einzelnen mit der Gesamtheit verbinden; nie kann sonst der Warenaustausch zwischen landwirtschaftlichem Osten und industriellem Westen den Aufschwung nehmen, der zu einer Ausgeglichenheit notwendig ist. Hier aber wird sich durch den Bau von neuen Eisenbahnen und Straßen, durch Einrichtung von Zubringerlinien für Menschen und Lasten ein großes Feld der Betätigung ergeben, das vielen Menschen, wenn auch zum größeren Teil nur für einige Zeit, für die Dauer des Ausbaus, Arbeit und Brot gibt. Zahlenmäßig läßt sich die Auswirkung hier ebensowenig abschätzen wie bei den kurz vorher behandelten Gebieten.

Die neue Art des Bevölkerungsaufbaus, deren Träger die Siedlung sein soll, wird hierdurch wesentlich gefördert. Man denke nur an die zur Indienst-

[139]) Archiv für innere Kolonisation. 1926. XIX. Band, S. 97.

haltung dieser Verkehrsmittel notwendigen Beamten und Angestellten und die zur Instandhaltung dauernd beschäftigten Arbeiter. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die neuen Siedlergemeinschaften, die erhöhte Bevölkerungszahl ein Betätigungsfeld in der Verwaltung der Kommunen, Genossenschaften usw. geben werden. Ärzte und Lehrer werden sich hier einfinden; auf der Siedlerschicht wird sich ein neues Volk in blühender Wirtschaft, dichtgedrängt auf dem Boden der Väter aufrichten.

V. Zusammenfassende Schlußbetrachtung.

Zum Schluß dieser Ausführungen, die ein Versuch sein sollen, die Wirkungen der ländlichen Siedlung auf den Arbeitsmarkt darzulegen, ergibt sich die Notwendigkeit, die erarbeiteten Ergebnisse in einer Schlußbetrachtung zusammenzufassen, um sie noch einmal mit aller Deutlichkeit herauszustellen. Schon eingangs wurde gesagt, daß die ländliche Siedlung nicht als das Allheilmittel gegen die Erwerbslosigkeit unserer Tage aufgefaßt werden darf, sondern daß der günstige Einfluß auf den Arbeitsmarkt als „Nebenprodukt" aufzufassen ist. Wir siedeln ja nicht, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sondern vor allem aus anderen Gründen.

Wenn in der vorliegenden Arbeit bewiesen worden ist, daß die Siedlung tatsächlich in nennenswerter Weise den Arbeitsmarkt entlastet, so finden wir darin einen Grund mehr, die ländliche Siedlung zu fördern. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter und erkennen in der Siedlung das geeignetste Mittel, um die Wirtschaft des deutschen Ostens vor einer Katastrophe zu behüten. Die von ihr jetzt Beschäftigten würden sonst keinesfalls Arbeit finden, sondern das Heer der Erwerbslosen weiter vergrößern. Um einen Siedler seßhaft zu machen, müssen ungefähr sieben Mann ein ganzes Jahr arbeiten! Sagt das noch nicht genug für den großen Einfluß auf den Arbeitsmarkt?

In großzügiger Weise soll jetzt auch dieser Erfolg der Siedlung auf den Arbeitsmarkt ausgenutzt werden, indem man diesen Zweck der Siedlung mehr in den Vordergrund stellt. Aus den vorliegenden Ausführungen ist ersichtlich, daß man in einer groß angelegten Verstärkung der ländlichen Siedlung ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit besitzt.

Dem Einwand, daß durch das Hineinfließen der Steuergelder in die Siedlung an anderen Stellen der Volkswirtschaft neue Erwerbslosigkeit geschaffen werde, kann leicht mit dem Hinweis auf die größere Kapitalausstattung jedes einzelnen industriellen Arbeitsplatzes begegnet werden. Die neuerliche Siedlungsvermehrung soll zudem nicht durch Steuern der gesamten Volkswirtschaft finanziert werden. Der weitere Einwand, daß durch die Erzeugung der neuen Bauernbetriebe anderen Erzeugern der Absatz beschränkt werde, kann nicht gehalten werden, da, wie wir ausführlich dargelegt haben, eine Vermehrung gerade der Produkte stattfindet, die wir bisher in großem Ausmaße einführen mußten. Ein weiteres Eingehen auf diese gewiß sehr interessanten Fragen verbietet der Rahmen dieser Arbeit.

Zum ersten Male sehen wir hier alle Vorgänge, die wir bisher nur im einzelnen erörtert hatten, zu einem einheitlichen Bilde zusammengefaßt. Der Sprache dieser Zahlen kann man sich wahrhaft nicht entziehen. Im einzelnen erschien es uns oft, als wäre die Bedeutung der Siedlung für den Arbeitsmarkt nicht übermäßig groß.

Zusammenstellung der durch die ländl. Siedlung Beschäftigten.

I. Die Siedler und ihre Angehörigen, die dem Arbeitsmarkt für dauernd entzogen wurden:

Neusiedler	seit 1923	20.000	od. 2.000	je Jahr
Angehörige	1919—1932	üb. 100.000	od. 7.000	je Jahr
Anliegersiedler mit Angehörigen	1919—1932	rd. 140.000	od. 10.000	je Jahr
		rd. 260.000	od. 19.000	je Jahr.

II. Die Beschäftigten beim Aufbau der Siedlungen:

Geometer	1919—1932	14.000	od. 1.000	je Jahr
Arbeiter für den Aufbau	1919—1932	250.000	od. 18.000	je Jahr
Herstellung der Baumaterialien	1919—1932	45.000	od. 3.200	je Jahr
Herstellung der landw. Maschinen	1919—1932	30.000	od. 2.300	je Jahr
		rd. 340.000	od. 24.500	je Jahr.

Wir sehen, daß im Jahresdurchschnitt etwa 45.000 Kräfte dem Arbeitsmarkt z. T. für dauernd, z. T. für das laufende Jahr entzogen wurden. Dabei sind die Jahresdurchschnittsziffern für die Jahre 1931 und 1932 noch zu niedrig, da in diesen Jahren der Siedlungserfolg wesentlich größer war als in den ersten Siedlungsjahren überhaupt. Die Ergebnisse der beiden letzten Jahre sollen fortan Mindestziffern sein, deswegen wird der Erfolg der Siedlung gegenüber dem errechneten Durchschnitt wesentlich höher sein. Die in der Zusammenstellung unter I. Aufgeführten werden aller Voraussicht nach für dauernd dem Arbeitsmarkte ferngehalten, während die jährliche Ziffer der unter II. Aufgeführten nur für die Dauer einer anhaltenden Siedlung diesem fernbleibt. Die Gesamtsumme ergibt, daß die ländliche Siedlung einem ganzen deutschen Industriezweig nur um ein Geringes nachsteht. In der deutschen Spielwarenindustrie wurden 1925 46.636 Erwerbstätige gezählt [140]), also nur wenig mehr, als die Zahl der durch die Siedlung in Arbeit und Brot Gebrachten angibt. Dies ist etwa die Zahl der Landarbeiter, die nicht angesetzt wurden, die man von der Gesamtsumme abziehen müßte. Bei der, wie oben auseinandergesetzt worden ist, so außerordentlich verstärkten

[140]) Deutsche Wirtschaftskunde. 1930, S. 45.

Landarbeitersiedlung der letzten Jahre spielt ihre Anzahl aber kaum eine Rolle.

Die Bedeutung der Zahlen wird erst dann recht ersichtlich, wenn wir berücksichtigen, daß wir allerorts nur mit den niedrigsten Zahlen gerechnet haben, und daß es nicht möglich war, alle Auswirkungen zu erfassen. Demnach müssen die Ergebnisse als Mindestwerte angesehen werden, die von der Praxis wahrscheinlich überschritten werden. Alle diejenigen, die sich von der Siedlung die Behebung der Erwerbslosigkeit versprachen, werden enttäuscht sein; aber auch alle die, die glaubten, daß die ländliche Siedlung einen Einfluß auf den Arbeitsmarkt nicht auszuüben vermöchte. Die Freunde der Siedlung aber werden nicht überrascht sein, daß ihre Annahme, die Siedlung werde dazu beitragen, die Erwerbslosigkeit zu mildern, zutrifft, vielleicht in einem Ausmaße, wie sie es nicht zu hoffen wagten.

Das Schwergewicht der Bedeutung unserer Ergebnisse liegt aber in dem Einfluß auf den Arbeitsmarkt in den Siedlungsprovinzen selbst Hier tragen die Zahlen ein ganz anderes Gesicht; sie sagen uns, daß die Siedlung auch vom arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt aus recht bedeutend ist, und daß sie auf keinen Fall entbehrt werden kann. Die Schlüsselindustrie des Ostens, das Baugewerbe, wird maßgeblich von ihr beeinflußt. Der Baumarkt würde sonst fast völlig still und die menschliche Arbeitskraft brach liegen. Mindestens 45.000 Menschen würden sonst der öffentlichen Fürsorge mehr zur Last fallen, während sie jetzt ihre Hände zu rühren vermögen und in der Lage sind, sich und den Ihren den Lebensunterhalt zu verdienen.

Welche Folgerungen ergeben sich aus unseren Erkenntnissen? Die bäuerliche Siedlung muß mindestens in demselben Rahmen wie bisher vorgetrieben werden; sie ist sogar, um die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt noch größer zu gestalten, nach Möglichkeit in stärkerem Ausmaße zu betreiben. Dadurch wird durch das Einmalige der „Ereignung Siedlung" dem deutschen Osten in diesen schweren Wirtschaftsjahren eine bedeutende Hilfe. Das Entscheidende aber liegt in der Tatsache beschlossen, daß es mit dieser einmaligen Entlastung des Arbeitsmarktes während der Siedlungsjahre nicht getan ist. Aus der dichter gesiedelten bäuerlichen Bevölkerung erwächst eine Stärkung des Binnenmarktes, erwächst aber auch ein neues zahlreiches Geschlecht, dessen Interessen und Möglichkeiten eben in diesem Ostdeutschland liegen, das seine Grenzen mit frischem wirtschaftlichem Leben anfüllt, da die Siedlerschicht, und der daraus gewordene Bauer, die Grundlage für alle anderen Stände bildet, die zu ihrer Entfaltung hier einen breiteren Boden finden.

Ein wahrhaft im heimischen Boden verwurzeltes deutsches Menschentum wird nicht so leicht dem Odem der Großstadt anheimfallen; es wird zur Hüterin der deutschen Ostmark. Die Abwanderung nach dem industriellen Westen kann nicht mehr reizen, da die Aufstiegsmöglichkeiten in der Heimat selbst vorhanden sind. Bauertum ist der Urquell des Volkes, nur aus ihm kann ein Volk immerwährende Erneuerung schöpfen. An uns wird es liegen, daß dieser Quell nicht verschüttet werde, sondern daß er kräftiger und reiner fließe.

Tun wir durch die Siedlung das Unsere dazu; geben wir den Siedlern die Gewißheit der Lebensfähigkeit ihrer Betriebe, so werden wir ein zufriedenes Geschlecht heranwachsen sehen. Füllen wir den deutschen Osten mit deutschen Bauern, dann ist er in sicherster Hut. Darum, und aus der Erkenntnis, daß Siedlung Frucht und Segen für die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt für das deutsche Volk bedeutet, muß es jetzt und in Zukunft heißen:

Siedlung tut not!

Quellennachweis.

I. Bücher und Dissertationen.

Aereboe, Friedrich: Die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Heft 172. 1926.
Agrarpolitik. Berlin 1928.

Asmis, Walter: Umfang und Entwicklung der inneren Kolonisation in Pommern. 1875—1902. Dissertation Berlin 1903.

v. Batocki u. Schack: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Jena 1929.

Berichte über Landwirtschaft: Die deutsche Landwirtschaft. N.F. Bd. XV, Berlin 1932.

Bernhard, Ludwig: Preußische Städte im Gebiet des polnischen Nationalitätenkampfes. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Heft 119, 1909.

Bierei: Die natürliche Fortentwicklung der Volkswirtschaft auf der Grundlage des rechten Verhältnisses zwischen Landvolk und Stadtvolk. 14. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1929.

Bramstedt: Tauschbeziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie. Berlin 1932.

Bruck, W. F.: Deutsche Siedlungsprobleme. Münster 1932.
Kolonialgebiete des rheinisch-westfälischen Industriereviers. Münster 1933.

Diestel, Friedrich: Der landwirtschaftliche Arbeitsverbrauch in seiner Bedingtheit durch Betriebsweise und Arbeitsverfassung. Dissertation Rostock 1915..

v. Dietze, Constantin: Die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse seit der Revolution. Berlin 1922.
Die deutsche Landwirtschaft und die neue Handelspolitik. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. München 1925.
Die gegenwärtige Agrarkrisis. Berlin 1930.
Agrarkrise, Konjunkturzyklen und Strukturwandlungen. Festausgabe für L. Elster. Jena 1931.

Eichler, Wilhelm: Das Siedlungswesen in Mecklenburg-Schwerin und seine landwirtschaftliche Bedeutung. Dissertation Göttingen 1926.

Fensch, H. L.: Betriebsergebnisse der deutschen Landwirtschaft in den Wirtschaftsjahren 1924/25 bis 1927/28. Berlin 1929.
Fünfjährige Betriebsbuchungsergebnisse der deutschen Landwirtschaft. Berlin 1930.
Bauernbetrieb und Großbetrieb als Versorger des deutschen Marktes. Berlin 1930.

Fleiner, Elisabeth: Genossenschaftliche Siedlungsversuche der Nachkriegszeit. Dissertation Heidelberg 1932.

v. Flemming, Hasso: Die neuere Kolonisation im Kreise Cammin. Dissertation Greifswald 1923.

Frost, Julius: Die aktuellen Fragen der Agrarpolitik. München 1932.

Fuchs, Karl-Johann: Die Wohnungs- und Siedlungsfragen nach dem Kriege. Berlin 1918.

Gerlach, Otto: Ansiedlungen von Landarbeitern in Norddeutschland. Heft 149 der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Berlin 1909.

v. d. Goltz, Theod. Frhr.: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Danzig 1874.

Hansen: Leistungen von Groß- und Kleinbetrieb für die Kriegswirtschaft. Königsberg 1919.

Harmsen, Hans: Praktische Bevölkerungspolitik. Berlin 1931.

Hientsch, E.: Das pommersche Siedlungswerk. Dissertation. Berlin 1927.

Huschke, Leo: Landwirtschaftliche Reinertragsberechnungen bei Klein-, Mittel- und Großbetrieb. Jena 1902.

Jasny, N.: Bevölkerungsgang und Landwirtschaft. Berlin 1931.

Kallbrunner, H.: Wiederaufbau der Landwirtschaft Österreichs. Wien 1926.

Keup: Das Siedlungswerk, in Zukunftsfragen der Landwirtschaft. Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Heft 300. Berlin 1919.

Keup-Mührer: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Berlin 1913.

v. Köller, Bogislav: Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Cammin in Pommern. Dissertation Leipzig 1931.

Lang, E.: Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung. Berlin 1932.

Friedrich List-Gesellschaft e.V.: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Berlin 1932.

Marion, Kurt: Die bisherigen Auswirkungen des Reichssiedlungsgesetzes. Dissertation Leipzig 1929.

Metz: Die Zukunft der inneren Kolonisation im östlichen Deutschland. Berlin 1910.

Mielke, Robert: Siedlungskunde des deutschen Volkes. 1927.

Miltz, Odo: Die Produktivität der Landwirtschaft — eine Bevölkerungsfrage. Stettin 1929.
Stadt und Siedlung, ein Gegenwartsbild der Wechselbeziehungen zwischen Bauernsiedlung und städtischer Entwicklung, dargestellt an dem Beispiel der Stadt Deutsch-Eylau in Ostpreußen. 1932.

Müller, August: Die deutsche Volkswirtschaft. Berlin 1932.

v. Oertzen: Landflucht, Kleinsiedlung und Landarbeit. Berlin 1914.

v. Oppen, Editha: Landarbeiterwohnungsbau und -siedlung in ihrer arbeitsmarktpolitischen Bedeutung. Bernau 1932.

Oppenheimer, Franz: Die Siedlungsgenossenschaft. Berlin 1896.

Pfeiffer, Franz-Xaver: Großgrundbesitz und Innensiedlung. Heft 34 der Schriften des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz. Berlin 1919.

Pommerencke, Erich: Die Landarbeiterverhältnisse in Mecklenburg-Schwerin seit der Revolution. Schwerin 1931.

Ponfick, Hans: Die Stellung der Landgemeinden gegenüber der ländlichen Siedlung. Jahrbuch der Landgemeinden. 1925.
Siedlung in Stichwörtern. Berlin 1929.

Ponfick-Wenzel: Reichssiedlungsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen. Kommentar. Berlin 1930.

Rieß, Hans: Die West-Ostsiedlung in den Jahren 1927 bis 1931. Heft 3 der Flugschriften der Reichsstelle für Siedlerberatung. Berlin 1932.

Ritter, Kurt: Die Krise der deutschen Agrarpolitik. Berlin 1931.
Ruth, Willi: Innere Kolonisation im Landkreise Stolp. Dissertation Greifswald 1922.

Sagawe: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb. Heft 300 der Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin 1919.

Sering, Max: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Berlin 1893.
Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande. Berlin 1911.
Politik der Grundbesitzverteilung in den großen Reichen. Veröffentlichungen des Kgl. Preuß. Landesökonomiekollegiums. Berlin 1912.
Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. Berlin 1930.

Skalweit, August: Agrarpolitik. Berlin 1923.

Sohnrey, Heinrich: Wegweiser für ländliche Wohlfahrtsarbeit. Berlin 1930.

Schullern-Schrattenhofen: Agrarpolitik. Jena 1924.

v. Schwerin, Friedrich: Die Stellung der Städte zu der inneren Kolonisation. Heft 12 der Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. Berlin 1911.

Stedtfeld-Dornap, E.: Die organische Verbindung von Landwirtschaft und Industrie und deren Einfluß auf die innere Kolonisation. Vortrag auf der XXVII. ord. Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Manuskript 1932.

Stieger: Grundbesitzverteilung und Landarbeiterfrage. Berlin 1911.
Buchführungsergebnisse in fünfjährigen Durchschnitten schließend mit dem Rechnungsjahr 1912/13. Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Heft 275. Berlin 1915.

Stumpfe, E.: Der landwirtschaftliche Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb. Landwirtschaftliche Jahrbücher, XXXI. Band. Ergänzungsband I, Berlin 1901.

Tröscher: Wirtschaftliche Maschinenverwendung im Siederbetrieb. In „Ausbaugehöfte". Bearbeitet vom Siedlungsausschuß der Arbeitsgemeinschaft für landwirtschaftliches Bauwesen. Berlin 1931.

Volz, Wilhelm: Die ostdeutsche Wirtschaft. Leipzig 1930.

Vosberg, Fritz: Ansiedlungspolitik und Städteentwicklung. Berlin 1910.

Waldeck, Friedrich: Die innere Kolonisation. 1912.

Weber, Max: Die Verhältnisse der Landarbeiter. 55. Heft der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. München 1892.

v. Wiese, Leopold: Das Dorf als soziales Gebilde. Köln 1928.

Wollenweber, Hellmut: Ländliche Siedlung und Bevölkerung. 44. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1931.
Siedlung und Viehbestand. 47. Sonderheft der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1932.

II. Zeitschriften und Aufsätze.

Archiv für innere Kolonisation. Band I—XXIII.
Basse: Arbeitsbeschaffung durch Siedlung und ihre Finanzierung. Der deutsche Ökonomist. 50. Jahrgang, Nr. 21 v. 27. 5. 1932.

Beiträge zur Förderung der Landeskultur. Heft 1—6. 1930—1932. Herausgegeben von der Deutschen Bodenkultur-A.G.

Berichte über Landwirtschaft N.F. Band I (1924), IV (1926), XIV (1930) und XV (1931).

Bollert, Erich: Zehn Jahre Reichssiedlung. Magazin der Wirtschaft. 1930.

Boyens, W.: Ziele und Formen der landwirtschaftlichen Siedlung unter dem Einfluß der deutschen Agrarkrise. Berichte über Landwirtschaft XV. Bd. Berlin 1931.

Hollmann, A. H.: Zur Frage in der optimalen Betriebsgröße in der Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft. N.F. I. Band. Berlin 1924.

Horny: Bauernlandgefährdung, Bauernsiedlung, Bauernbesitzfestigung in der Nachkriegszeit. Berichte über Landwirtschaft. N.F. IV. Band. 1926.

Internationale Agrikulturwissenschaftliche Rundschau. N.F. Band I und II. 1925.

Landwirtschaftliche Jahrbücher. 18. Band. 1889.

Maßmann, Karl: Arbeitslosigkeit und Siedlung. Deutsches Archiv für Siedlungswesen. Berlin 1932.

Ostpreußisches Heim. Mitteilungen der Ostpreußischen Heimstätte. 9. Jahrg. 1927/28.

Ponfick, Hans: Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und Siedlung. Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr. 1927.
Die ländliche Siedlung als Wirtschaftsfaktor. Deutschlands Erneuerung. 12. Jahrgang. 1928.

Quante, Peter: Die Abwanderung vom Lande und das Goltz'sche Gesetz. Schmollers Jahrbuch 1931. I. Halbband.

Rießler, Otto: Kann uns Siedeln helfen? Deutsche Zeitung Nr. 257b vom 1. 11. 1932.

Sering, Max: Erläuterungen zu dem Entwurf eines Reichssiedlungsgesetzes zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland. Archiv für innere Kolonisation. XI. Band. 1919.

Siedlung und Wirtschaft. 13. und 14. Jahrgang 1931 und 1932.

Schlemm: Dorf und Landstadt in der kommenden Siedlung. Siedlung und Wirtschaft. Jahrgang 1932.

Stolt, M.: Industrie und Handel zur Siedlungspraxis. Archiv für innere Kolonisation. XXI. Band. 1929.

Thiede, Claus: Landwirtschaftliche Siedlung und Erwerbstätigkeit im deutschen Osten. Ständisches Leben. 2. Jahrgang. 1932.

Ulbrich: Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung für die Gemeinden. Preußische Gemeinde-Zeitung Nr. 35/36. 1931.

III. Denkschriften und Geschäftsberichte.

Die Not der deutschen Ostprovinzen.

Denkschrift der Ostprovinzen. Königsberg i. Pr. 1930.

Die Not im Kreise Neustettin. 1930.

Die Mecklenburgische Landgesellschaft. Düsseldorf 1931.

Die Siedlungen der deutschen Bauernschaft. Berlin 1931.

Der Weg der Siedlung.

Denkschrift der Ostpreußischen Heimstätte. Königsberg i. Pr. 1931.

Geschäftsberichte der Landgesellschaft „Eigene Scholle". 1927.
Jahresberichte der Mecklenburgischen Landgesellschaft. 1931/32.
Jahresberichte der Ostpreußischen Landgesellschaft. 1921—1932.
Jahresberichte der Schlesischen Landgesellschaft. 1922—1925.
Jahresberichte der Schleswig-Holsteinischen Höfebank. 1921—1932.
Zwanzig Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen.
Herausgegeben von der Ostpreußischen Landgesellschaft. Königsbrg i. Pr. 1927.

IV. Akten und amtliches Schrifttum.

Akten der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, Berlin, über die Vertreibung der Landarbeiter.
Akten des Landeskulturamtes Frankfurt/Oder über Landarbeiter.
Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquete-Ausschuß).
Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft (II. Unterausschuß).
Band 7: Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse. Berlin 1929.
Band 8: Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen. Berlin 1929.
Band 10: Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege. Berlin 1930.
Deutsche Wirtschaftskunde.
Ein Abriß der deutschen Reichsstatistik. Bearbeitet vom Statistischen Reichsamt. Berlin 1930.
Die deutsche ländliche Siedlung.
Herausgegeben im Preuß. Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Berlin 1930.
Drucksachen des Preuß. Landtages Nr. 3977/78.
Reichsarbeitsblatt. Jahrgang 1915. Sonderbeilage Nr. 3.
Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.
36. Jahrgang (1927) Heft IV, 38. Jahrgang (1929) Heft III und 41. Jahrgang (1932) Heft III.
Wirtschaft und Statistik.
Jahrgänge 1928, 1929, 1931 und 1932.
Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit.
Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen. 1886—1906.
Denkschrift der Kgl. Ansiedlungskommission. Berlin 1907.

Lebenslauf.

Ich, Hans Haehling v. Lanzenauer, kath. Bekenntnisses, deutscher Reichsangehörigkeit, wurde am 7. November 1906 zu Sigmaringen in Hohenzollern als Sohn des als Landesfinanzamtspräsidenten zu Köln verstorbenen Reiner Haehling v. Lanzenauer und seiner ebenfalls verstorbenen Gattin Gertrud, geb. Schraeder geboren.

Infolge mehrfacher Versetzungen meines Vaters, seiner Ausweisung und Verhaftung im Verlaufe des Ruhrkampfes besuchte ich die Gymnasien in Berlin (Friedrichs-Werdersches), Erfurt, Köln (Dreikönigsgymnasium) und Paderborn. Am 16. 3. 1926 legte ich meine Reifeprüfung am Dreikönigsgymnasium zu Köln ab.

Nach halbjähriger praktischer Tätigkeit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft besuchte ich die Technischen Hochschulen Charlottenburg und Danzig und die Universität Berlin. Im Sommersemester 1932 bestand ich die Staatsprüfung als Diplomvolkswirt.